



△ Breslau, 6. Oktober.

Es ist jetzt gerade ein Jahr her, daß die gesammte englische Presse plötzlich und unversehens eine lebhafteste Sympathie für das Kroaten- und Czechenthum und für das slavisch-einheitliche Oesterreich überkam. Die Times schwärmte für Jellachich und rieth dem Kaiser, Prag zur Residenz zu erheben. Morning Chronicle freute sich auf die slavischen roth-gelb-grünen Reiche, welche in Zukunft die Karte von Europa verzieren würden. „Reiche, von denen weder das Gehirn Lord Castlereaghs, noch der Kartenzeichner bei der Gesellschaft für Ausbreitung nützlicher Kenntnisse sich etwas träumen ließen.“ Es handelte sich damals um das Projekt des engen Verbandes Oesterreichs mit Deutschland, und nur die Bildung einer kontinentalen Handelsmacht, welche von der Ost- und Nordsee bis zum Mittelmeer und vom Rhein bis an die Mündungen der Donau reichte und der Einfluß dieser Macht auf den Orient war es, welchem die englische Presse durch die Loslösung der slavischen Nationalitäten von diesem Verbande die Spitze abgebrochen glaubte. Rußland hielt sich zu jener Zeit noch bescheiden im Hintergrunde und schickte nur von Zeit zu Zeit eine diplomatische Note in die Welt, in der es Neutralität versprach und seine Un-eigennützigkeit pries. In den Meinungen der englischen Presse ist nun seit einem Jahre ein gewaltiger Umschwung eingetreten. Sie begünstigt die Bildung des deutschen Bundesstaates, dem sie nicht heftig genug opponiren konnte, sie polemisiert nicht mehr gegen die deutschen „Anmaßungen“ auch ein Gewicht in die europäische Waagschale werfen zu wollen, sie ist nicht mehr so ganz einverstanden mit der Emanzipation und Loslösung der slavischen Nationalitäten Oesterreichs. Sie fürchtet Oesterreichs und Deutschlands Rivalität im Orient; von dieser Furcht ist sie völlig befreit. Aber ein anderer Feind ist es, der jetzt England bedroht. Rußland hat die Maske seiner Neutralität abgeworfen; ihm kommt die Ohnmacht Deutschlands, der Zerfall und Ruin Oesterreichs zu Gute. Zu seinen Gunsten schlägt das gefährliche Spiel aus, welches das österreichische Kabinett unter russischem Einfluß mit der Aufstachelung und Entfesselung seiner slavischen Nationen getrieben hat, die nun den Lohn für die Erhaltung der Dynastie fordern, und die es nicht mehr bändigen kann. Aber Rußland hat in Oesterreich wie in der Türkei minirt. Die Slovaken und Croaten, die Ruthenen und die Serben, und die Montenegriner, welche die Gleichberechtigung der Nationalitäten darin finden, daß sie alle Nationen an ihren Grenzen mit ihren räuberischen Ausfällen bedrücken; sie alle zieht ein geheimer Drang zum weißen Czaren und seinem mächtigen Reiche. So ziehen denn die Fäden des kaiserlichen Palastes von St. Petersburg denen des Kabinetts von St. James entgegen. Und wie sich der russische Einfluß von Nordwest-Asien her, mit dem englischen von Ostindien in Persien zu messen beginnen, so stößt die russische kolossale Landmacht im Südosten Europas mit der englischen Seeherrschaft des Mittelmeeres am Bosporus und den Dardanellen zusammen. Was Oesterreich anbetrifft, so spielt zwar die Times, die alte Freundin Metternichscher Regierungs-Weisheit, nach wie vor den väterlichen Rathgeber des Wiener Kabinetts, und rath ihm zum Beispiel neuerdings in Erinnerung des irischen Aufstandes von 1798 und seiner strengen Unterdrückung so wie der Vereinigung Irlands mit England zu einem einigen Verbande, Ungarns mit der Gesamtmonarchie, eine Erinnerung, die wir in Bezug auf die bekannten irischen Zustände sehr ominös finden. Aber die Politik der Times ist nicht die des jetzigen englischen Ministeriums. Und die beredten Worte, welche Lord Palmerston jüngst gegen die gegenwärtige Politik Oesterreichs im englischen Parlamente sprach, die zahlreichen Meetings in den größten Städten Englands zu Gunsten der Ungarn, haben ebensowenig als das energische Verfahren des englischen Gesandten in Konstantinopel bei der Frage der Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge, dazu beigetragen, die internationalen Beziehungen zwischen Oesterreich und England freundschaftlich zu machen. Unter diesen Umständen darf die Hinneigung Lord Palmerstons zu Deutschland und seine Begünstigung des engeren deutschen Bun-

desstaates, welcher ein gutes Bollwerk gegen die vereinigte österreichisch-russische Macht abgeben würde, nicht befremden. Wir wissen sehr wohl, welchen Motiven wir diese Freundschaft zu verdanken haben. Von Walpole, Pitt und Fox bis auf Aberdeen und Palmerston herab gab und giebt es nur eine Richtschnur des englischen Handelns: die kommerziellen Interessen. Aber diese sehr gesunden Interessen, deren kräftige Vertretung das englische Volk reich, mächtig und wohlgebetend gemacht hat, gingen auch häufig genug mit der Freiheit und dem politischen Fortschritt der Völker Hand in Hand; sie sind es, welche jetzt England gegen Rußland ins Feld führen, und damit der russischen Uebermacht, welche immer mehr nach Westeuropa und zunächst nach Deutschland zu drücken beginnt, das mächtigste Gegengewicht und den kräftigsten thätigen Widerstand gegenüberstellen. Darum haben wir alle Ursache, mit England im Einvernehmen zu sein. Wir werden der „guten Dienste“, welche uns England in der Angelegenheit von Schleswig-Holstein geleistet hat, und der wenig freundschaftlichen Gesinnungen, mit denen es im vorigen Jahre den deutschen Einheitsbestrebungen und der Bildung des Bundesstaates entgegenkam, gern vergessen, wenn es sich um eine englisch-deutsche Allianz gegen Rußland und, traurig genug es zu sagen, gegen Oesterreich, den gegenwärtigen Bundesgenossen Rußlands, handelt. Früher oder später, wenn anders nicht bereits das slavische Element Deutschland überfluthen soll, wird diese Allianz eintreten, und wird dann vielleicht die Frage des Fortbestehens der europäischen Culturstaaten entscheiden.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

1. Kammer. 51ste Sitzung vom 5. Oktober.

(Eröffnung der Sitzung 10 Uhr.)

Die Bänke stehen fast leer. Die Zählung ergiebt, 79 Mitglieder als gegenwärtig, worauf die Sitzung ausgesetzt werden muß.

Um 10 Uhr wird sie wieder eröffnet.

v. Ladenberg: Ich habe mich an der gestrigen Debatte über die Selbstständigkeit der kirchlichen Verwaltung absichtlich nicht betheilig, weil ich die angenommenen Zusätze für überflüssig halte. Bei einer Rechtskollision müssen jedoch die Parteien gehört werden. Auf einige allgemeine Bemerkungen, die im Laufe der Diskussion gemacht worden sind, will ich weiter nicht eingehen, um so weniger, als ich bereits kommissarische Einrichtungen getroffen habe, welche die Garantie geben, daß das Interesse von Staat und Kirche gleichmäßig gewahrt bleiben wird. Obwohl ich aber gestern das Materielle der Debatte nicht berühren wollte, fühle ich mich heute doch gebrungen, das Wort zu nehmen, um den Schleier zu lüften, der auf der Verwaltung lastet. Man hat uns vorgeworfen, wir machten einer kleinen Partei Konzessionen: ich weiß nicht, worin diese Concessionen bestehen sollen. Im Gegentheil steht die Regierung nach meiner Ueberzeugung über den Parteien und wird ihre Versprechungen zu halten wissen. Aber sie darf, auch wenn sie eine Ansicht als richtig erkennt, dieselbe nicht starrsinnig festhalten — sie muß und wird jeder Belehrung zugänglich sein; denn auch sie kann irren. Die Partei, von der hier die Rede ist, ignorirt die Regierung, sie soll und muß sie ignoriren, sie weiß nicht, welchen Namen diese Partei verdient. Ich stehe überhaupt nicht auf dem Standpunkte einer Partei, sondern lediglich unter dem Einflusse meines Gewissens. Es thut mir leid, einer Sache erwähnen zu müssen, die ich lieber unberührt gelassen hätte: ich meine die Denkschrift der katholischen Bischöfe, die so viel Aufsehen erregt hat. Ich forderte dieselben auf, sich mit der Regierung zu berathen. Statt der Antwort auf diese Aufforderung ist mir diese Denkschrift zugesandt, nachdem sie im Buchhandel erschienen war. Wollten die Bischöfe nur ihre Rechte wahren, so gab es dazu einen andern Weg. Ich habe den Bischöfen daher erwidert, daß die Regierung nicht durch Schriften unterhandelt, die ihr im Wege des Buchhandels zukämen. (Lebhaftes

Bravo.) Ich muß schließlich noch auf die wiederholten Worte eines geehrten Redners zurückkommen. Derselbe hat sich Glück dazu gewünscht, meine Aeußerungen bei dem Beginn der Debatte provocirt zu haben: ich habe ausdrücklich gesagt, es sei meine Absicht gewesen, erst bei der Discussion der speziellen Paragraphen zu sprechen — der geehrte Redner habe mich aber dazu genöthigt, die Ansicht der Regierung gleich bei den Generalien klar darzulegen, um das Land nicht der Unruhe preiszugeben. Der geehrte Redner hat indeß gestern wiederum in einer Weise gesprochen, die man für eine Provokation halten konnte: seine Worte berührten aber diesmal so zarte Gegenstände, daß ich es für besser halte, diese Provokation nur durch Stillschweigen zu beantworten. (Lautes Bravo.) Es wäre in der That traurig, wenn die Regierung die Aeußerungen, die sie für notwendig hält, provociren ließe: der ehrenwerthe Redner hat mich nur genöthigt, früher zu sprechen, als meine ursprüngliche Absicht war. (Wiederholtes Bravo.)

v. Gerlach: Ich habe mich nur gefreut, die zeitigere Aeußerung jener Worte veranlaßt zu haben, und bin daher mit dem Herrn Minister in vollem Einverständnis. (Lebhafter Widerspruch von der Linken.)

v. Tzenplig verliest den Bericht über Artikel 13.

Der Abg. Trütschler erhält den nachgesuchten Urtheil. Die Wahlen der Abg. Schneidewind und v. Bassow werden anerkannt.

Art. 13 lautet:

„Der Verkehr der Religions-Gesellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.“

Die Verfassungs-Urkunde hat an Stelle von „kirchlicher“, „ihrer.“ Nach einer kurzen Debatte, an welcher sich Kisker, Bornemann und Walter betheiligen, wird der Vorschlag der Kommission angenommen.

Art. 14 lautet:

„Ueber das Kirchen-Patronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufgehoben werden kann, wird ein besonderes Gesetz ergehen.“

Die Verfassungs-Urkunde hat an Stelle der Worte „aufgehoben werden kann“, „aufzuheben.“

Ein Amendement von Stahl und Genossen wird unterstützt und lautet:

„Ueber das Kirchen-Patronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe durch Beschluß oder mit Genehmigung der verfassungsmäßigen Organe der betreffenden Kirchen aufgehoben werden kann, wird ein besonderes Gesetz ergehen.“

Nitzsch erklärt sich gegen das Stahl'sche Amendement.

Stahl motivirt seinen Verbesserungs-Antrag, indem er darauf hinweist, daß nur der Staat das Patronats-Recht, jedoch auch nicht ohne die Kirche aufheben könne; der Redner hält das Patronat keineswegs für ein so großes Uebel, aber es hat eine Collision in seinem Gefolge, die gelöst werden müsse, und dies sei durch die Annahme seines Antrages möglich.

Ritter: Die Staatsregierung mag eine Norm feststellen, unter welcher die Ablösung des Patronatsrechtes geschehen kann.

v. Gerlach erklärt sich für das Amendement Stahl und entschuldigt sich, den Namen des Königs gestern in die Debatte gezogen zu haben.

Minister der geistl. Angelegenheiten: Die Regierung wird über die Aufhebung des Patronatsrechts Vorlagen machen. Es ist zu beklagen, daß ungeachtet der Fassung des Artikels, ungeachtet der Erläuterungen, die Meinung entstanden, das Patronat sei bereits aufgehoben. Die Regierung kann das Gesetz, welches vollständig mit Motiven und den Instruktionen fertig ist, erst nach erfolgter Revision der Kammer vorlegen; daher muß ich mich jetzt gegen die Aufnahme aller Spezialitäten erklären. In Bezug auf zgl. Patronatsstellen habe ich die Behörden angewiesen, bei Besetzung derselben die Wünsche der Gemeinden zu berücksichtigen. Der Staat ist der Haupt-

Faktor bei den Patronatsrechten und wird dies immer festhalten.

Bei der Abstimmung wird das Amendement Stahl verworfen und der Antrag der Kommission angenommen.

Art. 15 lautet (nach dem Kommissions-Entwurfe): „Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht und nicht auf dem Patronat oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben.“

Auf die Anstellung der Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung.“

Brüggemann erklärt sich für den Vorschlag der Kommission.

Walter motivirt sein Amendement.

Minister der geistl. Angelegenheiten: Ich erkläre mich für die von der Kommission zu diesem Artikel beliebten Zusätze, da die Erfahrung für dieselben spricht und eine verfassungsmäßige Mitwirkung des Staates bei Besetzung der geistlichen Stellen beim Militär notwendig ist.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Art. 16 lautet:

„Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe wird durch deren Abschließung vor dem dazu bestimmten Civilstandsbeamten bedingt. Die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civilaktes statfinden.“

„Die Standesbücher werden von der bürgerlichen Behörde geführt.“

Der letzte Satz ist nicht in der Verfassungs-Urkunde. Es sind Amendements von Ritter, Buslaw und Stahl eingegangen.

Scheller für Artikel 16: Die vier Grundsätze, welche bisher in Bezug auf diesen Theil der Gesetzgebung leitend waren, vereinigt dieser Artikel vollständig. Aus der Freiheit des religiösen Bekenntnisses folgt die Unabhängigkeit der Ehe von der kirchlichen Trauung. Aber auch aus politischen Gründen ist der Artikel zu rechtfertigen; ich erinnere an den Streit zwischen Staat und Kirche über die gemischten Ehen. Man wird wiederum sagen, der Art. 16 sei ein Produkt der Revolution, des Nivellements-Systems; aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß erst seit dem Concil von Trient die Gültigkeit der Ehe von der Kirche abhängig ist und daß selbst Luther dieselbe nicht für notwendig erachtete. Der Redner wendet sich gegen die gestellten Amendements und kritisiert dieselben.

v. Gerlach (wörtlich vom Concept ablesend): Dieser Artikel schreitet unmittelbar ins praktische Leben und hat darum eine große Bedeutung. In Zukunft wird sich in jeder Stadt, in jedem Dorfe ein Lehrer der Revolution finden, welcher gegen die kirchliche Trauung in der Schänke predigt. Wir haben es hier mit dem zu thun, was die Ehe überhaupt gegenwärtig ist, was die Civilehe sein wird. Die Institution ist in alle Lebenskreise eingedrungen, die Civilehe wird alle zarten Bande des Lebens zerstören. Die Gesetzgebung muß auf praktischem Boden stehen, sonst ist ihre Stellung eine fehlerhafte. Der Artikel wird mit einem Worte den Sieg der Revolution aussprechen, darum trage ich auf Streichung an, event. bin ich für das Amendement Stahl.

Ritter für den Centrausschuß.

Stahl für sein Amendement: Art. 16 wird unausbleibliches Uergerniß bereiten und die Heiligkeit der Ehe herabsetzen, die der Träger der Gesittung ist. Es liegt kein praktisches Motiv für denselben vor und die eigenthümliche Stellung der protestant. Kirche spricht gegen ihn.

v. Ammon für den Centrausschuß mit Hinweis auf die Scheidung, die auch von der Kirche ausgesprochen werden müsse, wenn die Civilehe nicht ausgesprochen werden sollte.

Walter bezweifelt die Vortheile der Civilehe für alle Provinzen, nachdem er die Vor- und Nachteile auseinandergesetzt. Schließlich bringt er das Amendement ein, daß die bürgerliche Trauung der kirchlichen vorangehen solle.

Antrag auf Schluß. Ritter gegen, Walter für den Schluß. Verbesserungsanträge von Triest und v. Daniels finden keine Unterstützung.

Der Berichterstatter hebt besonders hervor, daß die Ehe eine weltliche, keine kirchliche Bedeutung habe. Bei der Abstimmung wird Art. 16. nach dem Vorschlage der Kommission angenommen, alle Amendements verworfen.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung am 6. um 10 Uhr.

II. Kammer. 28. Sitzung vom 5. Oktober.

(Eröffnung der Sitzung 11 1/2 Uhr.)

Vorsitzender: Präsident Gr. Schwerin.

Tagesordnung: 1) Aendernde Abstimmung über das Amendement der Abgeordneten v. Patow und Genossen; 2) Erläuterung und Beantwortung der Interpellation des Abg. v. Beckerath an das Staatsministerium; 3) Bericht de

Kommission für Revision der Verfassung, betreffend den Titel IX., die allgemeinen und die Uebergangs-Bestimmungen.

Auf der Ministerbank befinden sich die Minister: v. Strotha, v. Schleinitz, v. d. Heydt.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Die Urlaubsgesuche der Abg. Reuter und Gersting erhalten die Genehmigung der Kammer.

Nachdem nochmals über das gestern bereits angenommene aber noch nicht gedruckte Amendement des Abg. v. Patow wiederholt abgestimmt und dasselbe schließlich angenommen worden, erhält Abg. v. Beckerath das Wort zur näheren Motivirung seiner Interpellation.

M. H. Zur näheren Begründung meiner Interpellation werde ich die folgenden drei Punkte erwägen:

- 1) daß die Errichtung einer provisorischen Centralgewalt, wie sie im Werke ist, als Hinderniß des zu bildenden Bundesstaates erscheint;
- 2) daß die preussische Regierung nicht verpflichtet ist zur Bildung einer solchen provisorischen Centralgewalt ihre Zustimmung zu geben;
- 3) daß die feste Durchführung des von der Regierung eingeschlagenen Weges nunmehr entschiedene Schritte zur Einberufung des Reichstags erfordert.

Die beiden bisher bekannt gewordenen Entwürfe zur Bildung einer provisorischen Centralgewalt unterscheiden sich darin, daß der eine die Vereinbarung über den Bundesstaat vorbehält, der andere im Allgemeinen die deutsche Verfassungsangelegenheit der freien Vereinbarung überläßt, daß ferner der eine ein bestimmtes Schiedsgericht einsetzt, der andere es aber unausgeführt läßt, in welcher Instanz der schiedsrichterliche Ausspruch erfolgen soll.

Darin jedoch stimmen sie überein, daß Oesterreich und Preußen mit je zwei Stimmen die Leitung der Central-Gewalt übernehmen und daß ihre Competenz, die des engeren Rathes der früheren Bundesversammlung sein solle.

Artikel XI. der Wiener Schlussakte bestimmt nun aber für den engeren Rath alle die Fälle, wo das Plenum nicht ausdrücklich eintritt. Namentlich ist es als das Organ zur Schließung des Friedens, Annahme von Gesandten, für Auslagen und Beiträge zur Ausführung von Bundesbeschlüssen u. anzusehen. Welch ein Hemmnis eine Gewalt mit solchen Attributen für den Bundesstaat sein würde, bedarf keiner weiteren Ausführung. Der in dem einen dieser Entwürfe ausgesprochene Vorbehalt über den Bundesstaat kann hiergegen keine Wirkung haben.

Die Regierungen aber, die dem Bunde v. 28. Mai beigetreten sind, können nicht zurücktreten, sie würden sich ihrer Verpflichtung entziehen, die sie im Art. IV. des Bundesstatutes feierlich übernommen haben und ihre Hand zu einer Institution reichen, die keinen anderen Zweck haben kann, als das alte System wiederherzustellen. Besonders hat Preußen eine moralische Ehrenpflicht, solche Institution nicht ins Leben treten zu lassen. Die Proklamation des Königs vom 15. Mai sagt: „Deutschland vertraut der preuß. Regierung; sein Vertrauen wird nicht getäuscht werden.“ Aber auch das Staatsinteresse Preußens ist hierbei zu erwägen. Wie wird sich nämlich das Verhältniß Oesterreichs zu Preußen und Deutschland gestalten? Sehen wir auf die Vergangenheit zurück. Deutschland war mit Dänemark im Krieg, und sämtliche Staaten riefen ihre Gesandten ab, Oesterreich nicht, es stellte auch kein Kontingent. Ferner: Es wurde die Errichtung einer Flotte beschlossen, die deutschen Staaten leisteten ihre Matrikularbeiträge, mehr oder weniger, Oesterreich nicht; und dennoch macht es jetzt Ansprüche, die Flotte durch einen Prinzen seines Hauses in seine Hände zu bekommen.

In der neuen Institution nun, wie sie projektirt ist, hat Oesterreich das Recht, und zwar durch seinen überwiegenden Einfluß, die deutschen Staaten mit fremden Mächten zu entzweien, selbst aber in Frieden zu bleiben. Es hat ferner das Recht, Beiträge auszusprechen, selbst aber nichts zu zahlen, doch die Institute, die durch die Beiträge angeschafft sind, für sich in Anspruch zu nehmen. Doch ich mache Oesterreich keinen Vorwurf deshalb. Weder Oesterreich noch Preußen können sich einem fremden Willen unterwerfen. Oesterreichs Bestimmung geht überhaupt nicht auf Deutschland. Ich mache es ihm aber zum Vorwurf, daß es, nachdem es der Pombardei und Ungarn zur Sicherung seiner Existenz ihre Selbstständigkeit genommen, nun auch seinen Arm über Deutschland ausstreckt, und seine Selbstständigkeit gefährden will. (Bravo!)

Der deutsche Bund soll bei der Institution, die die preussische Regierung im Auge hat, bestehen bleiben; die Bundesversammlung aber ist mit ihren Rechten und Pflichten bereits erloschen. Oesterreich am wenigsten kann die Aufrechterhaltung dieser Bundesversammlung verlangen, da es selber auf ihre Aufhebung angetragen hat. (Der Redner verliest das Protokoll der Bundesversammlung vom 4. Juni und die Anebe des Bundestags-Präsidenten an den Reichsverweser.)

Die Centralgewalt, welcher die Befugnisse der Bundesversammlung auf Oesterreichs Antrag übertragen worden sind, hat nach Auflösung der Nationalversammlung keinen rechtlichen Bestand mehr. Es giebt also kein Organ mehr für die alte Bundesversammlung, und die Rechte, Pflichten, die sich an dieselbe knüpfen, sind erloschen. Der Bund aber ist fortbestehen geblieben, und Preußen hat ein Organ dafür wieder schaffen wollen. Es müßte aber eine moralische Pflicht Preußens sein, erst diesen Bundesstaat festzustellen und dann erst die Verhältnisse desselben zum Bunde regeln.

Oesterreich ging hierin voran und stellte zuerst diese Ansicht auf. (Der Redner verliest das Programm von Kremser.) Es ist vielfach die Rede davon gewesen, daß die Angelegenheit Deutschlands Gegenstand der Verhandlungen eines europäischen Kongresses werden könnten; aber die Bestimmungen der Wiener Traktate können sich nur auf die auswärtigen Verhältnisse Deutschlands beziehen. (Der Redner verliest einen Bundesbeschluß vom 18. Sept. 1834, in welchem erklärt wird, daß den Mächten, die die Wiener Traktate unterzeichnet haben, keine Einwirkung auf innere Angelegenheiten Deutschlands zustehe.) Wenn dieser Bundestag, der die Verachtung der Nation auf sich geladen hat, so die Selbstständigkeit Deutschlands wahrte, um so mehr wird sie jetzt gewahrt werden müssen.

Ich komme jetzt auf den letzten Satz, auf die Einberufung des Reichstags. Nach meiner innigen Ueberzeugung kann zwar der Zeitpunkt für die Einberufung der Reichsversammlung nicht so schnell geschehen, daß dadurch die Revision unserer Verfassung gehindert werde — denn erst müssen wir unsere innern Zustände ordnen — aber ich glaube, die Feststellung eines Termins kann allein das Mißtrauen beseitigen, das sich bereits erhoben hat. Die Ehre schon verpflichtet Preußen zu einem Fortschritt in dieser Sache. Auch die Verbündeten Preußens haben sich nach Art. IV. feierlich verpflichtet, den Bundesstaat in's Werk zu setzen. Sollten dieselben aber trotz dieser ihrer feierlichen Verpflichtung sich zurückziehen: wohlant! der Reichstag vertritt noch immer die große Mehrheit des deutschen Volks; 25 Millionen Deutsche werden auch dann noch das Vaterland zu der alten Größe und Macht zu erheben suchen, und ihren Brüdern mit Freuden die Hand bieten. Ein solcher Schritt wird überall seine Wirkung nicht verfehlen. Die Gründe, die in materieller Hinsicht gegen den Bundesstaat angeführt werden, sind meistens Vorurtheile. Baiern bezieht 6—7 Mill. Gulden aus den Zolleinnahmen des Zollvereins, es würde ein Drittel verlieren, wenn es mit Oesterreich sich vereinigte. Außerdem ist für einen Betrag von 7 Millionen Gulden nach Süddeutschland von Oesterreich aus, mehr ein- als ausgeführt worden, auch dürfte die furchtbare Finanzerrüthung Oesterreichs sich auch über Süddeutschland ausbreiten, wenn dasselbe sich so eng an Oesterreich schloße. Aber die höheren Interessen sind bei weitem wichtiger. Oesterreich will kein Volkshaus, und es fragt sich, ob in jenen undeutschen Staaten Süddeutschlands nicht so viel Freiheits-sinn sich findet, daß es diese Institutionen aufgeben wollte! Doch mögen diese Staaten beschließen, was sie wollen, Preußen muß seine Bahn verfolgen. Im Jahre 1813 standen Baiern und Württemberg mit gewaffneter Hand in den Reihen des Feindes uns gegenüber. Preußen allein erhob die Fahne für die deutsche Freiheit. Aber Alle wandten sich und kehrten zu uns zurück und schlugen den Feind über die Grenzen des Landes. Auch jetzt hat Preußen allein die Fahne Deutschlands erhoben. Möge es dieselbe hoch halten, muthig und unverdrossen, dann werden sich um diese Fahne alle Stämme Deutschlands schaaren. Ich verkenne nicht das Gewicht der Frage, die ich gestellt habe. Es ist die Frage, ob die Verheißungen, die dem deutschen Volke in alter und neuer Zeit gegeben sind, endlich in Erfüllung gehen sollen. Ich würde sie nicht gestellt haben, wenn nicht außer uns diese Frage in Millionen deutschen Herzen lebte, die gespannt auf Antwort harren. Aber das Ministerium des Staats Friedrichs des Großen wird sich großen Dingen auch gewachsen zeigen müssen. Das Schicksal des Vaterlands liegt in den Händen unsers Ministeriums, möge es sich so entscheiden, daß seine Entschlüsse zum Heile des Vaterlands ausschlagen. (Beifall.)

Minister des Auswärtigen: Die Frage über das Centralorgan ist noch Gegenstand einer schwebenden Unterhandlung und daher zur definitiven Mittheilung noch nicht reif, er ist daher nicht im Stande, den 1. Theil der Interpellation sogleich zu beantworten. Er beruft sich bloß auf die Denkschrift der Regierung vom 26. August, welche der Kammer zu einem Vertrauensvotum Veranlassung gegeben.

Was den 2. Theil betrifft, so kann die Regierung schon jetzt mit aller Entschiedenheit erwidern, daß sie fest entschlossen auf dem Wege zur Begründung eines Bundesstaates auf Grund des Bündnisses vom 26. Mai fortzuschreiten, — und sie kann die Ver-

sicherung geben, daß ihre Schritte Erfolg erwarten lassen.

In Bezug auf die Anwendung des Wahlgesetzes für einen Reichstag sind bereits Einleitungen getroffen. Der Entwurf einer Geschäftsordnung für den künftigen Reichstag liegt dem Verwaltungsrath vor, und die Regierung ist fest entschlossen, im Schooße des Verwaltungsrathes dahin zu wirken, daß bald eine bestimmte Zeit für die Ausschreibung der Wahlen festgesetzt werde.

Ueber das Resultat der Verhandlungen in Betreff aller Punkte der Interpellation wird die Regierung seiner Zeit der Kammer Mittheilung machen.

Der Präsident geht jetzt auf die Berathung der Verfassung über. — Tit. IX. Referent Camp hausen.

Art. 104. Es betheiligen sich an einer wenig erheblichen Debatte die Abg. Froehner, Wülfing, v. Auerswald, Seppert. Der Minister des Innern bemerkt, daß diese Angelegenheit in ihren praktischen Einzelheiten in die Diskussion der Gemeindeordnung gehöre.

Art. 104, 1. wird angenommen.

Art. 104, 2. wird angenommen mit dem Zusatz des Abg. v. Eyner: „Die Wahl der Gemeinde-Vorsteher bedarf der Bestätigung der Staatsregierung in den Fällen, welche die Gemeinde-Ordnung bestimmt.“ Alinea 3 und 4 werden in unveränderter Fassung beliebt.

Art. 105. Broicher will den Zusatz zu Alinea 1: „Die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Verordnungen kann nur von den Kammern einer Erörterung unterworfen werden.“ Befürworter erklärt sich auf das Entschiedenste gegen Broicher; er hält es für ein ganz eigentlich germanisches Recht, daß der Richter auf die Rechtsfrage über den Ursprung der Gesetze eingehe.

Minister v. Manteuffel glaubt, daß der viel angegriffene 2. Theil des Art. 105 auch auf die Berathung des 1. Theils Einfluß übe. Das Amendement Broicher gehe von denselben Gesichtspunkten aus, von denen die Verfassungs-Kommission ausgegangen sei. Es habe bei uns wohl keinen Nachtheil gehabt, es habe das Ansehen der Gerichte nicht geschmälert, daß das, was in der Gesessammlung stand, ihnen allein maßgebend war; er will, daß dies auch für die Folge der Fall sei und erklärt sich für den Kommissions-Antrag.

Der Schluß der Debatte wird beliebt.

Camp hausen als Referent recapitulirt die Debatte. Das Amendement von Broicher wird verworfen. — Die Fassung der Kommission wird beliebt.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr.)

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr.

Berlin, 5. Oktober. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Kaiserlich österreichischen Major Grafen Werba den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit Schwertern zu verleihen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert ist nach Stettin abgereist.

Angekommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant Freiherr Roth von Schreckenstein, von Hamburg. Se. Excellenz der General-Lieutenant, General-Inspekteur der Festungen und Chef der Ingenieure und Pioniere, Brese, von Stettin. Der General-Major v. Schack, von Frankfurt a. M.

[Juristisches.] Das Justiz-Ministerialblatt enthält folgende allgemeine Verfügung — das Verfahren in Untersuchungssachen bei Prüfung des Antrages über die Verlegung des Angeklagten in den Anklagestand betreffend:

„Der Justiz-Minister hat aus mehreren bei ihm eingegangenen Berichten ersahen, daß unter den Gerichten eine Verschiedenheit der Ansichten darüber obwaltet: ob der Beschluß des Kreis- oder Stadtgerichts, durch welchen nach § 76 der Verordnung vom 3. Januar d. J. über den Antrag des Staats-Anwalts, den Angeklagten in den Anklagestand zu versetzen, befunden wird, der Angabe von Gründen bedürfe, oder ob dies nur bei der definitiven Beschlußnahme des Appellationsgerichts nach § 78 der Verordnung notwendig sei.“ Der Justiz-Minister nimmt hieraus Veranlassung, den Gerichten zu eröffnen, daß nach seiner Ansicht sowohl der vorläufige Beschluß des Kreis- oder Stadtgerichts, als auch die definitive Entscheidung der Anklage-Kammer des Appellationsgerichts, durch welche die Verlegung in den Anklagestand ausgesprochen wird, durch Gründe motivirt werden muß. — Es liegt theils in der Natur der Sache, daß Beschlüsse von solcher Wichtigkeit nicht ohne Gründe erlassen werden dürfen, theils ist es eben so sehr von Erheblichkeit für die Anklagekammer des Appellationsgerichts, die Motive zu kennen, durch welche die Rathskammer des Kreis- oder Stadtgerichts bei ihrem vorläufigen Befunde geleitet worden, als es andererseits für den weiteren Gang der Untersuchung und namentlich für die Stellung der Fragen an die Geschworenen von wesentlichem Einfluß ist, die Gründe zu erfahren, aus denen die Anklage-Kammer des Appellationsgerichts sich für die Verlegung in den Anklagestand entschieden hat. — Was die Form der Motivirung betrifft, so bedarf es in faktischer Beziehung der Aufzählung und Angabe der einzelnen Verdachtsgründe nicht, vielmehr genügt es, wenn in dem Beschluß nur angegeben wird, daß das Gericht das Vorhandensein hinreichender Anzeichen annehme, um die Verlegung des Beschuldigten in

den Anklagestand für gerechtfertigt zu erachten. — Eben so bedarf es in Bezug auf den Rechtspunkt keiner ausführlichen Darlegung der Rechtsgründe, vielmehr ist es in einfachen und ungewissen Fällen genügend, wenn nur die That genau qualifizirt, d. h. so bezeichnet wird, daß sie unter den Begriff eines bestimmten Verbrechens und unter ein bestimmtes näher zu allegirendes Strafgesetz fällt. Nur dann, wenn die Anwendbarkeit des Strafgesetzes auf die That nicht ohne Zweifel erscheint, ist es notwendig, daß die einzelnen Rechtsgründe näher entwickelt werden. In Ansehung der Qualifizierung der That entspricht der Beschluß über die Verlegung in den Anklagestand seinem Zwecke vollkommen, wenn er die thatsächlichen Merkmale des Verbrechens unter Angabe der Zeit und des Ortes der That so genau und so gedrängt erteilt, daß für die Fragestellung an die Geschworenen nur die Einkleidung seines Inhalts in die Form einer Frage erforderlich ist. — Im Uebrigen muß festgehalten werden, daß die Prüfung des ersten Richters nur eine vorläufige ist, und als ein Beschluß über die wirkliche Verlegung in den Anklagestand nicht angesehen werden kann. Der erste Richter hat sich vielmehr nur darüber auszusprechen, daß nach seiner Ansicht hinreichende Veranlassung zu einer solchen Verlegung des Angeklagten in den Anklagestand vorliege, und daß die Verhandlungen deshalb dem Appellationsgerichte zur Entscheidung darüber einzusenden seien. Bei dem Appellationsgerichte wird sodann am zweckmäßigsten folgendes Verfahren beobachtet: Sobald die Akten des Kreis- oder Stadtgerichts bei dem Kollegium eingehen, sind dieselben dem Ober-Staatsanwalt zur Stellung seiner Anträge vorzulegen, und ist derselbe gleichzeitig zur Verhandlung über die Anklage mittelst Vorlegung der Verfügung auf einen bestimmten Tag vorzuladen. In diesem Termine wird von einem Mitgliede der Abtheilung ein kurzer mündlicher Vortrag über die Sache gehalten, der Ober-Staats-Anwalt gehört, hierauf der Beschluß gefaßt und dem Ober-Staats-Anwalt verkündet. — Die angefertigte Anklageschrift wird hernächst mit den Akten dem zur Abhaltung des Schwurgerichts kompetenten Gerichte zur weiteren Verhandlung der Sache zugefandt. — Da es wünschenswerth ist, daß ein möglichst gleichmäßiges Verfahren in diesen Beziehungen statfinde, so werden die Gerichtsbehörden und Staatsanwälte hierdurch aufgefordert, in Zukunft nach den vorstehend angedeuteten Bestimmungen zu verfahren. Berlin, den 2. Oktbr. 1849. Der Justiz-Minister Simons.“

[Steinkohlen-Transport.] Zur Beförderung des Absatzes von Steinkohlen aus den schlesischen Bergwerks-Revieren, ist auf den Antrag der betreffenden Departements-Minister für die in der Provinz Schlesien geförderten Steinkohlen und die daraus dargestellten Coaks, welche auf der Eisenbahn oder auf der Oder über Breslau abwärts hinausgehen, oder westlich Breslau zur Eisenbahn oder zur Oder gelangen, um in gleicher Richtung weiter gefandt zu werden, so wie für diejenigen Steinkohlen und Coaks, welche auf der Wilhelms-Eisenbahn über die Landesgränze nach Oesterreich ausgeführt werden, eine Remission an dem Vergzehnten in dem Betrage von zehn Pfennigen für die Tonne Kohlen oder Coaks, unter Vorbehalt des Widerrufs vom 15. September d. J. ab, Allerhöchst bewilligt worden. (Staats-M.)

X Berlin, 5. Oktober. [Staatsämter. — Zu den Kammerberichten.] So eben vernahmen wir, daß Herr v. Wigleben, Mitglied der ersten Kammer, zum Finanz-Minister designirt ist, während Herr v. Rabe das Ober-Präsidium von Schlesien übernimmt. — Der Staats-Minister Eichhorn ist bezeichnet, die Stimme Preußens bei der neu zu konstruirenden Centralgewalt in Frankfurt a. M. und nicht, wie Preußen vorgeschlagen hatte, in Mainz, zu führen. Die heutige Interpellation in der zweiten Kammer über die deutschen Angelegenheiten hat keine Befriedigung gewährt, und es ist sehr zu bedauern, daß statt der gegebenen Antwort das Ministerium nicht vorgezogen hat zu schweigen. — Die gestrige Rede des Abg. Milde in der ersten Kammer gab heute Veranlassung zu einer längeren Erklärung des Cultus-Ministers (s. oben den Sitzungs-Bericht der zweiten Kammer), welche in jeder Beziehung Befriedigung bei denen gewährte, welche das konstitutionelle Prinzip ehrlich und wahr wollen. Dem Abg. Milde gebührt das Verdienst, zuerst vor dem Lande das Treiben der Reaction gegenüber der religiösen Freiheit und den Garantien, welche derselben durch die Verfassung gemacht werden sollen, geäußert zu haben.

C. C. Berlin, 5. Oktbr. [Die bairische Politik scheint ihr Spiel zu verlieren.] Es soll noch ungewiß sein, ob die bairische Regierung sich bei der Aufstellung von antideutschen Observations-Korps, womit die österreichische Presse sich jetzt viel beschäftigt, betheiligen wird. Nicht als ob sie in ihren großdeutschen Entschlüssen wankend geworden wäre, denn nach dem guten Sittenzeugnisse, welches Fürst Schwarzenberg dem Herrn v. d. Pfordten als Empfehlungsschreiben ausfertigte, und welches mit dem Bist „Gut nach München“ versehen wurde; nach dem Freundschaftsdienste, welchen Fürst Schwarzenberg dem bairischen Premier neuerlich wieder bei Ausarbeitung der den bairischen Kammern vorzulegenden Denkschrift über die deutsche Frage, namentlich in ihrem Verhältnisse zu Oesterreich erwiesen hat, indem er ihn vertrauteste Blicke in die intimsten Fächer seines Kabinetts thaten lassen, — nach allen solchen Freundschaftsbeweisen sagen wir, ist es unmöglich zu denken, daß Herr v. d. Pfordten in dem Mangel an Dankbarkeit so weit gehen sollte, die Operationspläne in der deut-

schen Angelegenheit, die von Wien aus ihm zukommen in irgend einem Punkte, unbefolgt zu lassen. Hr. von Schwarzenberg wird in dieser Beziehung nicht in die Lage kommen, mit Radowitsch sich eines Tages darüber zu beklagen, daß man in Deutschland die dankbaren Freunde von den undankbaren unterscheiden müsse. Weit eher würden wir es begreifen, wenn man uns mittheilte, daß die bairische Regierung anfinde, das Unheimliche ihrer Lage zwischen Oesterreich, dem es zur Zeit noch als Gallopin dient, und dem Deutschland, welches an Preußen festhält, allmählig zu empfinden, da es ihr unmöglich gelingen kann, Winke von der Deutlichkeit, wie sie die wiener „Presse“ vom 29ten September gebracht hat, auf die Dauer mißzuverstehen oder zu ignoriren. „Die groß-deutschen Insinuationen Baierns“ sagt die Presse „haben vornämlich dazu beigetragen, die Konsequenz der preussischen Politik zu verdächtigen und dem Verhältnisse zwischen Preußen und Oesterreich eine künstliche Verwickelung zu bereiten... Wir erblicken in der bevorstehenden Lösung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Preußen, in welches in der letzten Zeit von verschiedenen Händen und aus verschiedenen Gründen so viel Gift gestreut ist, den eigentlichen, entscheidenden Wendepunkt für die deutsche Frage. Eine Feindschaft zwischen Oesterreich und Preußen für Deutschland oder für irgend etwas Anderes ausbeuten zu wollen, wäre eine politische Ueberrückung, zu der nur ein krankhafter Reiz und das Streben nach einer doch ohnmächtigen und zu nichts entschlossenen Scheingröße verführen könnte.“ — Wir wollen es nicht verhehlen, daß wir über die plötzliche Wendung eines wiener Blattes, wie die „Presse“, der man, wahrscheinlich doch nicht ohne Grund, vertraute Beziehungen zum Kabinet des Fürsten Schwarzenberg nachsagt, in den Anschauungen über die deutsche Frage, und die eigentlichen Motive dieser Schwenkung unsere Gedanken noch nicht vollständig zurechtgelegt haben. Dagegen waren wir nicht einen Augenblick über die Empfindungen im Unklaren, welche nach unserer Meinung die Seele des Hrn. von der Pfordten beschleichen müssen, wenn er wahrnimmt, daß die wiener vertrauten Blätter ihn bereits als einen Schwamm behandeln, den man wegwirft, nachdem man ihn ausgepreßt hat. — Sollten diese Wahrnehmungen die bairische Regierung aber auch nicht veranlassen, in ihrer Hingebung an die österreichischen Interessen mit etwas mehr Vorsicht und Reservation wenigstens eigener Ehre zu Werke zu gehen, so ist ein anderer Umstand, welcher uns vornämlich die Theilnahme Baierns an der Aufstellung von militärischen Observationskorps in etwas zweifelhaftem Lichte erscheinen läßt, nämlich, daß die finanziellen Vorlagen der bairischen Regierung an den Landtag noch immer eine Staatschuld von 129 Mill. Gulden bei 32 Mill. jährl. Einnahmen nachweisen, und die englischen Blätter (wie die Westminster Review) anfangen, über die in Negociation begriffenen Anleihen, selbst über die österreichische Anleihe unruhig zu werden. Ob die Erinnerung an die spanischen und amerikanischen Papiere geeignet ist, die englische Börse einer etwa von München aus proponirten Anleihe günstiger zu stimmen, müssen wir wenigstens dahingestellt sein lassen. Dies ist das Bedenken, welches wir gegen die Theilnahme der bairischen Regierung an der Aufstellung besagter Observationskorps hegen.

C. B. Berlin, 5. Oktober. [Böckerath's Interpellation. — Der Minister v. Ladenberg gegen die Reaktion und Hierarchie.] Die lange erwartete Böckerath'sche Interpellation hat eine befriedigende, vollständige und unumwundene Antwort nicht herbeigeführt, obwohl eine solche bestimmt verheißen war. Am wenigsten erfolgte die erwartete Erklärung, daß Preußen zur Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt nicht die Hand bieten werde. Der erste Theil der Interpellation fand mit seiner Voraussetzung, daß die Errichtung einer provisorischen Bundesgewalt die Vervirklichung des Bundesstaates hindern werde, in der Erklärung des Hrn. v. Schleinitz: die Regierung habe erwartet, die Verhandlungen mit Oesterreich wegen Konstituierung des neuen Provisoriums würden bis heute zu einem Resultate gediehen sein, nicht den gehofften Wiederklang. Darin, daß ein Provisorium von neuem errichtet werden soll, ist Preußen mit Oesterreich einverstanden; nur über die Modalitäten wird noch verhandelt. Dies ist das wichtigste Ergebnis der Interpellation. Denn die Zusicherung, daß Preußen im Verwaltungsrathe die Festsetzung des Termins für die Zusammenberufung des Reichstages beantragen werde, ist schwerlich eine entsprechende Erklärung auf Böckerath's drittes Motiv: daß die Berufung schleunigst erfolgen müsse, wenn man an eine Durchführung der bisherigen preussisch-deutschen Politik glauben solle. — Die erste Kammer war bei Beginn ihrer Verhandlungen wieder einmal unvollständig; es sollte darüber abgestimmt werden, ob in einem neulich beschlossenen Sache „hat“ oder „hatte“, das Präsens oder das Imperfekt, gesetzt werden sollte. Dagegen war Herr v. Gerlach nach endlicher Kompletirung der Kammer wieder plus-

quamperfekt, bis ihm die Abfertigung des Hrn. v. Ladenberg eine Niederlage zuzog, die er wohl kaum erwartet hatte. Daß die Partei des Hrn. v. Gerlach, wie der Kultusminister versicherte, von der Regierung ignoriert werde, wird gewiß Freude im ganzen Lande hervorbringen. Auch gegen die katholische Partei hat Hr. v. Ladenberg Front gemacht. Bei den späteren Bestimmungen der Verfassung über das Schulwesen wird der Kampf der Parteien mit erneuerter Heftigkeit entbrennen. Die pietistische Fraktion, welcher sich Männer wie v. Manteuffel (der Bruder des Ministers) angeschlossen haben, die Partei Stahl, v. Bethmann-Hollweg, Uhden, Caniz u. s. w. wollen die Volksschulen durch eine Vertretung der betreffenden Konfession als konfessionelle gewährleistet wissen. Die katholische Partei Brüggemann, Walter, Ritter werden die Streichung der Artikel 20—23 (über die Volksschule) beantragen; eventuell jedoch werden sie dem Prinzip der konfessionellen Trennung beitreten, indem auch die Mitwirkung der Kirche bei Anstellung der Lehrer und bei Beaufsichtigung des Elementarunterrichts fordern werden. — Die Zusammenrechnung der Einnahmen aus der hiesigen Gewerbeausstellung hat für die polytechnische Gesellschaft als Unternehmern der Ausstellung einen Ertrag von 6763 Rtl. 25 Sgr. 9 Pf. ergeben, nachdem bereits $\frac{2}{5}$ der Gesamteinnahme mit circa 4000 Rtl. an die Besitzerin des Ausstellungslokals gezahlt sind. Der gesamte Ertrag beläuft sich also auf etwa 11,000 Rtl.

A. Z. C. Berlin, 5. Okt. [Tagesbericht.] Die Spannung auf die Verhandlungen in der deutschen Frage hatten heute die Tribünen der zweiten Kammer schon vor Beginn der Sitzung mit einem sehr zahlreichen und zum Theil glänzenden Publikum gefüllt. In der Hofloge sah man den General v. Wrangel und mehrere höhere Offiziere, namentlich auch Adjutanten des Königs. Das diplomatische Korps war wohl vollständig vertreten und hielt seine Loge gedrängt besetzt. Man erblickte insbesondere den würtembergischen und den österreichischen Gesandten, den bayerischen Geschäftsträger u. A. Die Abgeordneten traten gruppenweise im eifrigen Gespräch beisammen. Es zirkulirte unter ihnen das Gerücht, das Ministerium werde die Antwort verschieben. Noch in der Nacht sei in Folge einer gestern Nachmittag eingegangenen österreichischen Depesche eine Sitzung des Verwaltungsrathes angesetzt gewesen, welche aber, da man zwei Mitglieder nicht habe auffinden können (!), ohne Resultat geblieben sei. Den Abg. v. Bodelschwingh-Hagen, bekanntlich jetzt Mitglied des Verwaltungsrathes, sah man vielfach in Anspruch nehmen, wahrscheinlich um Auskunft zu erhalten. Auch die Abgeordneten v. Beckerath und v. Auerwald konferirten eifrig mit dem Minister des Auswärtigen. Die Verlesung des Protokolls erfolgte unter so großer Unaufmerksamkeit, daß der Präsident wiederholtlich zur Klingel greifen mußte, um die nöthige Ruhe zu erlangen. Als der Abg. v. Beckerath zur Begründung seiner Interpellation die Tribüne betrat, entstand die tiefste Stille im Saal. Sein, wie immer von warmer Hingebung an die deutsche Sache zeugender, nur hin und wieder etwas zu dogmatischer Vortrag, wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und besonders die Stelle, daß Oesterreich auch uns zu den Nationen rechne, deren politische Selbstständigkeit es brechen wolle, mit rauschendem Beifall begleitet. Dem Herrn v. Prokesch entlockte diese Demonstration ein feines, spöttisches Lächeln. Von dem Interpellanten gleitete die Aufmerksamkeit im gleichen Maße zum antwortenden Minister hinüber. Allein weder Form noch Inhalt, schien hier besonders zu befriedigen. Während Beckerath, besonders gegen den Schluß hin, sich zu lebhafter Begeisterung erhoben und dem Ministerium mit warmer Fülle in Wort und Ton die Sehnsucht des deutschen Volkes nach Entscheidung ans Herz gelegt hatte, hörte man den Minister im frostigen, oft stockenden Tone die Erwiderung geben, daß er weiteren Aufschub nöthig habe und sich seine Mittheilung vorbehalte. Die Kammer hörte diese Erklärung schweigend an, und das Publikum räumte nach ihrer Beendigung schleunig und in Masse die Tribünen. Was man von allen Seiten gehofft und erwartet hatte — Gewissheit, das hatte Niemand erhalten! Wir sind weiter entfernt, die Schwierigkeit der Sachlage zu verstehen, aber möge man nicht vergessen, was der Abg. v. Beckerath von „wachsendem Mißtrauen“ sagte, und möge man sich beeilen, aus dem mystischen Halb Dunkel der Diplomatie an das Tageslicht der kräftigen That hervorzutreten. — Die enttäuschte Kammer fand sich nur langsam und zerstreut in den Gang ihrer weiteren Verathung zurück. — Die Aeltesten der Kaufmannschaft haben an den Handelsminister das Gesuch gerichtet, die durch den elektromagnetischen Telegraphen gebrachten Coursberichte sofort auf der Börse anschlag zu lassen, damit die Mittheilungen nicht von Einzelnen ausgebeutet werden. — Das Verhalten der Mehrzahl der hiesigen Buchdruckereibesitzer hat bereits gegen 400 Buchdruckergesellen bewogen, den Ansichten ihrer Prinzipale

beizutreten und aus dem Gutenberg-Verein zu scheiden, auch die 103 Gehäusen der hiesigen Deckerschen geh. Oberhofbuchdruckerei haben sich jetzt entschlossen, den von dem gestern erwähnten Komitee entworfenen Statuten zu einem neuen Buchdruckerverein beizutreten. — Das 14te Regiment, wovon die beiden ersten Bataillone in Berlin und das 3te in Brandenburg steht, ist beordert worden, am 15. d. M. nach Stettin abzumarschiren. — Von gestern bis heute Mittag sind 8 neue Choleraerkrankungen gemeldet, darunter 3 Todesfälle. Vom Bestande verstarben 2, Summa 5 Todesfälle. — Mehrfach ist unrichtiger Weise davon die Rede gewesen, daß ein Soldat in der Hasenhaide standrechtlich erschossen sein soll. Dieser Fall ist nun heute wirklich eingetreten. Es ist nämlich der Soldat Wolff vom 14. Infanterie-Regiment, dort Morgens 5 Uhr hingerichtet worden, weil er vor einigen Wochen den Versuch gemacht hat, seinen Hauptmann, der ihn durch eine zu strenge Behandlung gereizt hatte, zu erschließen. Der Delinquent starb mit großer Fassung. — Der Oberbürgermeister von Brandenburg, Herr Ziegler, ist am 3. d. M. Abends wieder aus dem Militär-Arrest in seine Wohnung zurückgekehrt, wo er indeß unter polizeilicher Aufsicht sich befindet und Hausarrest hat.

C. C. Herr v. Radow ist aus Erfurt hier wieder eingetroffen. — Der dänische Bevollmächtigte Herr v. Pechlin ist in Berlin angekommen. — Herr Constantin Schinas, früher Kultus-Minister in Athen und Schwiegerjohn des Ministers v. Savigny, ist zum griechischen Gesandten in München ernannt. — Griechenland scheint in diesem Augenblicke der Sammelplatz aller revolutionären Flüchtlinge zu werden. Aus Benedig, Genua und Konstantinopel treffen dieselben zu vielen Hunderten in Athen ein. Die griechische Regierung geräth bereits in die ernsteste Sorge über diese Massen unruhiger Geister. Unter den Flüchtlingen in Athen befindet sich auch die bekannte Fürstin Belgiojoso aus Genua.

[Universität. Post.] In der Konferenz der Abgeordneten der preussischen Universitäten ist beschlossen worden, vor Beendigung der Verhandlungen und deren Druck nichts von ihnen zu veröffentlichen. Der Leipziger Universitätszeitung, die gern fortlaufende Nachrichten hätte, ist dies ausdrücklich gemeldet worden. Die Verhandlungen rücken langsamer vor, als man dachte. Montags beehrte der Minister die Versammlung mit einem Besuch, hielt eine Ansprache und nahm eine längere Zeit selbst an der Debatte Theil. Die wichtige Frage über die akademische Gerichtsbarkeit, für welche die zweite Kommission die Vorarbeit zu machen hatte, wird wohl dahin entschieden werden, daß eine eigentliche Gerichtsbarkeit als ein Ausnahmegericht fernerhin nicht stattfinden wird. Es soll ein Disziplinargericht in der Weise organisiert werden, daß die Kammern die Grenzen der akademischen Disziplinargewalt feststellen und innerhalb dieses gesetzlichen Spielraumes die Universitäten ein Reglement nach individuellen Bedürfnissen entwerfen, welches sie dem Ministerium zur Begutachtung und Bestätigung einreichen.

Die auf das Post-Departement und das demselben zugewiesene Telegraphenwesen sich beziehenden Angelegenheiten werden jetzt von dem General-Post-Amte, als der ersten Abtheilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, bearbeitet und beziehungsweise erledigt. Der Entschlußung und Vollziehung des Handelsministers bleiben vorbehalten: sämtliche Immediat-Berichte; alle Schreiben und Vota an das Staatsministerium und an andere Ministerien; alle Mittheilungen an die Kammern; alle Schreiben an auswärtige Ministerien oder Central-Post-Behörden, so weit sie nicht bloß den laufenden Dienst und das Abrechnungswesen betreffen; die Erlasse an die Ober-Präsidien; die in Gemeinschaft mit anderen Ministerien ergehenden Erlasse; die Verfügungen, bei denen mehrere Abtheilungen des Ministeriums konkurriren; die Eröffnungen auf remittirte Immediat-Vorstellungen, oder auf Eingaben, in denen ausdrücklich oder dem Sinne nach gegen die Entscheidung des General-Post-Amtes des Ministers eigene Entscheidung in Anspruch genommen wird; alle Erlasse, durch welche früher von dem Minister ergangene Entscheidungen zurückgenommen oder modifizirt werden sollen; alle Angelegenheiten, welche die Gesetzgebung, die Organisation oder allgemeine Verwaltungs-Grundsätze betreffen, so wie alle wichtigen Entscheidungen, insbesondere Verfügungen über erhebliche Geldbewilligungen; die Verfügungen, durch welche die Errichtung neuer Post-Course von Bedeutung genehmigt wird; alle Verfügungen wegen des Abschlusses neuer Postfuhr-Kontrakte, wegen Ankaufs, Erweiterung oder Verkaufs von Posthäusern und andern Gebäuden oder Grundstücken; alle Verfügungen wegen Anstellung, Versetzung oder Emeritirung der Beamten des General-Post-Amtes, so wie der übrigen Postbeamten bis zum Postsekretär einschließlich; alle Disziplinarsachen; alle Verfügungen wegen Bewilligung von Unterstufungen, Vorschüssen, Postfreipässen, Portofreiheit und Porto-Moderationen. (Sp. 3.)

P. C. [Die türkische Frage.] Der russische Aar schaut neuerdings lüstern nach der Kuppel der Sophienkirche, um Katharins Traum der Erfüllung näher zu bringen. Oesterreich vergißt, daß die Donau bereits halb de facto und halb durch Annäherung russisch ist. Anstatt 100,000 Mann an die deutsche Grenze zu schieben, um eine schwarz-gelbe Demonstration ohne Noth zu machen, möchte es den eigenen und den deutschen Interessen angemessener sein, die Thore des Orients zu überwachen. — Alles, was Oesterreich für Deutschland gethan, geht in dem großen Fehler auf, den gebührenden Einfluß nach Osten verloren zu haben. — So möge denn Preußen nicht vergessen, daß Friedrich der Große der Verbündete der Pforte war und die Interessen unseres Handels nach den Donauländern und dem schwarzen Meere nicht aus den Augen verlieren. — Der Tag der Abtretung Krakau's ist noch wieder gut zu machen. — Schlessen hält Rechnung über diese Schuld — und noch heute, wie zu Jafons Zeiten ist von Koldis das goldene Bließ zu holen, wenn auch nur durch Kaufleute.

B. Pissa, 4. Oktbr. [Nachwahlen. Schwurgericht.] Anstatt des für den hiesigen Wahlkörper am 12. Februar gewählten Abgeordneten zur ersten Kammer, Gutsbesitzer Göbel, der sein Mandat niedergelegt, ist zum Schrecken aller Polen und Gegner der Demarkation, der Major v. Voigt-Reeg gewählt worden. Ebenso sah sich Fürst v. Hagsfeld auf Trautenberg aus Familienrücksichten veranlaßt, seine Stellung in der zweiten Kammer aufzugeben und mußte auch an seiner Statt eine Neuwahl vollzogen werden. Zu diesem Zweck traten die Wahlmänner am 22sten v. Mts. in Rawicz zusammen. Gegen alle Erwartung war die deutsche Partei numerisch der polnischen überlegen, so daß bei einer Anwesenheit von 297 Wahlmännern, von denen 136 der Polenpartei angehörten, 161 Stimmen sich auf den Brauereibesitzer Gebauer, einen höchst achtbaren Bürger aus dem, im Kröbner Kreise belegenen Städtchen Wojanowo vereinigten. — Am 1sten d. M. trat hieselbst zum ersten Mal das Schwurgericht für die Kreise Fraustadt, Kosten und Kröben zusammen. Zum Vorsitzenden des Gerichtshofes wurde von Posen aus der geheime Rath Sieghart vom Appellationsgericht daselbst hierher deputirt. Mit Umsicht und Gewandtheit leitete er die Sitzungen des völlig neuen Instituts. Unter den vier den Geschwornen vorgelegten Fällen befanden sich zwei wegen Majestäts-Beleidigung von der Staatsanwaltschaft in Anklagezustand versetzte Personen, von denen jedoch der Eine mit 6 gegen 6, der Andere mit überwiegender Mehrheit für unschuldig erklärt, und demnach aus ihrer Untersuchungsfrei gelassen wurden. Der dritte Fall betraf ein mehrfach bestrafte Individuum, das wegen Drohung zur Brandstiftung Behufs Erpressung von Geldern angeklagt, von den Geschwornen für schuldig befunden und von dem Gerichtshofe zu einjähriger Zuchthausstrafe und dem Verlust der preussischen National-Kokarde verurtheilt ward. Der vierte Fall endlich, der heute zur Erledigung kam, betraf einen wegen vorsätzlichen Tödschlages Angeklagten. Derselbe, ein Glaser, Namens Schwarzwald, zu Rawicz ansässig, hatte am 11. April d. J. durch einen Schuß aus einem mit grobem Schrot geladenen Gewehre, einen sonst wegen anderweitiger Verbrechen vielfach bestrafte Tagelöhner im Herzen tödtlich verwundet, in dessen Folge der letztere nach 34 Stunden seinen Geist aufgab. Der Angeklagte leugnete die That begangen zu haben. Das Zeugenverhör ergab jedoch einen objektiven Thatbestand, auf deren Grund die Geschwornen nach fast 1½ stündiger Verathung mit 8 Stimmen gegen 4 den Angeklagten des begangenen Tödschlages für schuldig erklärten und der Gerichtshof ihn dem Antrage der Staatsanwaltschaft gemäß zu einer sechs jährigen Zuchthausstrafe verurtheilte. Nach dieser Verhandlung, die fast 8 Stunden währte, ward die erste Sitzung vom Vorsitzenden des Schwurgerichts für geschlossen erklärt.

Koblenz, 3. Oktober. [Verschiedenes.] Sicherm Vernehmen nach wird in diesen Tagen der Prinz von Preußen hier eintreffen, um auf längere Zeit hier zu weilen. — An die Stelle des heute Morgen nach Trier abmarschirten 2. Bataillons 25. Infanterie-Regiments rückt heute Abend das 2. Bataillon des 27. Regiments von Aachen hier ein. Letzteres wird jedoch auch nur zeitweise hier bleiben, bis die hiesige Besatzung durch in Baden noch stehende Truppen ergänzt ist und dann seiner Bestimmung gemäß dahin gehen. Gestern kam der früher nach Baden abgegangene Brücken-Train mittelst eines besondern Schleppezuges hier zurück. Das nach Köln bestimmte 18te Infanterie-Regiment ist nunmehr ganz hier vorbeigezogen. (Koblenz. Bl.)

Die Düsseldorf-Zeitung theilt ein aus Münster datirtes Schreiben Lemmes an den Präsidenten des Appellations-Gerichts Herrn Mintelen mit, in welchem er die Freilassung aus seiner Haft verlangt. Er

(Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung.)

Sei jetzt beinahe 12 Wochen in Haft, man habe vier Verhöre mit ihm abgehalten, am 5. und 10. Juli, am 16. und 25. August. Am 10. Juli und 16. August sei materiell genau dasselbe verhandelt worden, was am 5. Juli; man habe nur artikuliert, was man früher generell niedergeschrieben hatte. Am 25. August seien ihm die stenographischen Berichte des Frankfurter Parlaments aus dem Monat Mai zur Anerkennung vorgelegt, zu welchem Zwecke habe der Herr Inquirent selbst nicht gewußt. Temme schilderte hierauf die Art seiner Gefangenschaft. Auf Befehl des Gerichts wurde er in der Strafanstalt wie ein gemeiner Verbrecher behandelt, sogar der karg zugemessene Genuß der freien Luft werde ihm dadurch verkümmert, daß ein Soldat auf jedem Schritt, obwohl innerhalb des fest umschlossenen Raumes der Strafanstalt, ihn begleiten muß. Herr Temme hält sich weiter für den Einzigen, der von den preussischen Mitgliedern des Parlaments verhaftet sei, gerade wie im vorigen Winter die Gerichte ihn allein aus den Mitgliedern der preussischen Nationalversammlung herausgegriffen hätten. Am Schluß des Briefes heißt es: „Ich mußte mich an Sie unmittelbar wenden, weil der Anklagesat des Appellations-Gerichts gerade aus solchen Mitgliedern besteht, die ich verhorresciren mußte und die ich auch ferner als meine Richter nicht anerkennen kann.“

Deutschland.

Frankfurt, 3. Okt. [Tagesbegebenheiten.] Heute Morgen sind die beiden Jülicher-Bataillone des 12. und 35. Landwehregiments aus Baden zurück hier angekommen. Sie stellten sich auf dem Rosmarkt auf, und alsbald erschien, von dem General Koch und dem Stadtkommandanten Major Deek begleitet, der Prinz von Preußen. Ein dreifaches Hurrah schallte ihm entgegen. Der Prinz ging durch die Glieder, sprach zu einzelnen Soldaten einige freundliche Worte, und ließ die Bataillone dann vor sich vorüberdefiliren. Auch diese Bataillone berühren übrigens Frankfurt nur auf dem Durchmarsch. — Wirgens Frankfurt nur auf dem Durchmarsch. — Wirgens werden aus unmittelbarer Quelle davon in Kenntniß gesetzt, daß die Nachricht von der Rückberufung des Schöffen Herrn Harnier aus Berlin — die wir übrigens brachten, nachdem hiesige Blätter sogar schon dessen Wiedereintreffen in Frankfurt gemeldet hatten — durchaus unbegründet sei; vielmehr nehme die Verhandlung über den Beitritt ihren Fortgang. Auch sei den Besuchen der Herren Bürgermeister bei des Erzherzogs königl. Hoheit eine andere Bedeutung nicht zuzumessen, als daß sie mit demselben über nächstliegende Verhältnisse verkehrt hätten, namentlich über Maßregeln zur Verhütung fernerer blutiger Reibungen unter den hier garnisonirenden Truppen. — Nach einer uns zugegangenen glaubwürdigen Privatmittheilung aus Karlsruhe hätten sich die eidgenössischen Behörden nunmehr bequemt, die Auslieferung des in die Schweiz geführten badischen Kriegsmaterials nicht mehr an die Bedingung einer allgemeinen Amnestie zu knüpfen. Die Verabsolung desselben ist demnach in Kürze zu erwarten. — Aus Darmstadt geht so eben die Nachricht ein, daß der Großherzog den Oberbefehlshaber der gegen Baden im Felde gestandenen hessischen Division, Freih. v. Schaffner-Bernstein, auch in Berlin noch neuerdings als Reichskommissar in Posen bekannt, mit Beibehaltung seines Divisionskommando's, zum Kriegsminister ernannt hat. (Reform.)

Karlsruhe, 2. Okt. [Ernennungen.] Se. königliche Hoheit der Großherzog haben den königlich preussischen General-Lieutenant v. Scharnhorst zum Gouverneur, den königlich preussischen Major v. Gansauge zum Kommandanten, und den königlich preussischen Hauptmann Hoffmann zum Artillerie-Offizier vom Plaze der Bundesfestung Rastatt ernannt. (Karlsru. Ztg.)

München, 4. Oktober. [Tagesbericht.] Unser Justizminister hat in neuester Zeit durch den Entwurf eines Gesetzes über den Schutz gegen Mißbrauch der Presse, den er in der dritten Sitzung der Kammer der Abgeordneten übergeben, eine allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Selbst der ultramontane „Volksbote“ und die „Augsburger Postzeitung“ sprechen sich in scharfen Worten dagegen aus. — Der bayerische Gesandte bei der französischen Regierung in Paris, Ritter v. Wendland, ist hier angekommen und hat sich zum König nach Egerm angeschlossen. Der bisher bei der bayerischen Gesandtschaft in Berlin als Legations-Sekretär funktionirende Graf von Paumgarten ist von dort abgerufen und bereits hier eingetroffen, dagegen der Freiherr von Niederer an dessen Stelle beordert worden. — Die Minister hatten heute eine erstaunlich lange Konferenz, in der Dr. Aschenbrenner (Finanz-

minister) dem Herrn v. d. Pfordten ganz unerwartet bedeutend opponirt hat. Aschenbrenner ist ein durchaus ehrlicher und wohlwollender Charakter, der gar gut einsieht, daß Baiern durch die v. d. Pfordtensche-österreichische Politik ins Verderben gestürzt wird. — Auf Befehl des Königs hat das Justizministerium und das Ministerium des Aeußeren den Kommandirenden in der Pfalz, Generalleutnant Fürst von Thurn und Taxis, und dem außerordentlichen Gesandten am badischen Hofe, Freiherrn von Berger, beauftragt, ungesäumt die Auslieferung aller bayerischer Staatsangehörigen, welche sich beim badisch-pfälzischen Aufstande betheiligten, gegenwärtig dort in Gefangenschaft sind und deren Anzahl 283 beträgt, zu verlangen. Die badischen Behörden sollen zugleich ersucht werden, speziell anzugeben, welcher Verbrecher sich die Gefangenen schuldig gemacht haben, um die betreffenden bayerischen Gerichte, denen sie zur Aburtheilung zugewiesen werden, hierüber instruiert zu können. Uebrigens will sich der Baiernkönig auch bei den allenfalls schon standrechtlich Verurtheilten, wenn sie bayerische Staatsangehörige sind, ein Recht auf Amnestirung vorbehalten. Zwei Abgeordnete aus Ludwigshafen haben es durch ihr Bemühen dahin gebracht, daß der durch das Bombardement verübte Schaden von 270,000 Fl. aus der Staatskasse, vorbehaltlich des Regresses, ersetzt werde. — Bekanntlich wurde in der letzten Regierungsperiode d. Königs Ludwig ein Rescript erlassen, wonach den Jesuiten wohl die Durchreise durch Baiern gestattet, aber jeder Aufenthalt über 24 Stunden an einem Ort bei Vermeidung des Transportirens untersagt war. Dieses Verbot wird unter der jetzigen Regierung so wenig aufrecht erhalten, daß gegenwärtig hier alles voll von Jesuiten wimmelt, dieselben offen in ihrer Orbenstracht einhergehen, auf dem Lande Volksversammlungen halten, die Bauern für ihre Zwecke bearbeiten und das Volk gegen die wahrhaft edlen und echt deutschen Bestrebungen der preussischen Regierung aufheizen. — Die fast in allen Zeitungen verbreitete Nachricht von einem Gesandtenwechsel zwischen Wien, Berlin, Stuttgart und Hannover, bestätigt sich nicht und reduziert sich ganz allein auf die Pensionirung des bayerischen Gesandten Grafen Lurzburg in Wien und auf die Besetzung dieses Postens durch den bisherigen Gesandten in Berlin, Grafen von Lerchenfeld-Rösering. — Das „Frankfurter Journal“ hat einen sehr hochgestellten Korrespondenten erworben, indem, wie ich Ihnen aus bester Quelle berichten kann, die „Artikler“ datirt vom Main, aus der Feder des Ministers v. d. Pfordten fließen. Derselbe eifert in Nr. 234 genannten Journals gewaltig gegen die beiden Korrespondenten der Köln. Zeitung aus Berlin und des Nürnberger Kuriers aus München, nebenbei fällt Se. Excellenz der Herr „Main-Korrespondenzler“ des „Frankfurter Journals“ wie wüthend über alle diejenigen her, die seiner „antideutschen“ Politik (eigentlich hat Herr v. d. Pfordten gar keine Politik, sondern wird nur von Oesterreich mit fortgezogen) nicht Weibrauch streuen und heiße sie in seinem gerechten ministeriellen Born: „Feinde Baierns“. Im ganzen Aufsatze lautet nichts possibler als die Stelle: „In München sitzen Korrespondenten, welche einem ganz anderen Boden entsprungen sind und ihre Instruktion in der Tasche haben.“ Wie klar leuchtet hieraus nicht der Aerger hervor, von dem Se. Excellenz der Herr Minister und Main-Korrespondenzler des „Frankfurter Journals“ befallen worden sind, weil von ihm bisher noch kein Journalist Instruktion angenommen, als die Doktoren Heller und Zander, von denen der eine Redakteur der „Neuen Münchener Zeitung“, der andere Redakteur des „Volksboten“ ist und höchstens nur noch, wie jetzt bekannt, das „Frankfurter Journal“. — Das Stadtgespräch bildet ein Brief der Lola Montez, worin diese Dame einer hiesigen Freundin ihre baldige Uebersiedelung nach München ankündigt.

Schwerin, 3. Oktober. [Verfassungs-Angelegenheiten.] Die Wirren mehrten sich bei uns von Tag zu Tag. Ich kann Ihnen aus zuverlässiger Quelle melden, daß der nächste Agnat unsers großherzoglichen Hauses, der Prinz Wilhelm, gegen die Verfassung protestirt hat! Einen besonderen Grund soll er in der Abtretung der Domainen an den Staat gefunden haben. Trotzdem soll der Großherzog noch fest entschlossen sein, an der Verfassung zu halten, und Manche meinen sogar, daß sie in den nächsten Tagen veröffentlicht werde. — Die „Medlenb. Zeit.“ ist in den Stand gesetzt, einen dem Großherzoge von den neuen Ministern v. Lützow, Stever, v. Liebeherr und Meyer übergebenen Vortrag vom 30. September in Betreff der Gültigkeit des mit der Abgeordnetenversammlung vereinbarten Staatsgrundgesetzes zu veröffentlichen. In diesem ausführlichen Promemoria werden zuerst die Gründe der Gegner des

Staatsgrundgesetzes vorgeführt, und sodann die bisher entgegengesetzte Regierungspolitik in folgenden Sätzen ausgeführt: 1) Ritter- und Landschaft haben auf das Recht der Landesvertretung auf dem Frühjahrs-Landtage 1848 definitiv zu der Folge verzichtet, daß künftig nur gewählte Repräsentanten die Ständerversammlung bilden; die gewählte Abgeordnetenversammlung war daher die wahre Landesrepräsentation. — 2) Die von Ritter- und Landschaft gestellten Bedingungen sind resp. erfüllt, oder doch deren Erfüllung für die weitere Entwicklung der Verfassung gesichert worden. Das Letztere steht dem Ersteren nach Lage der Sache gleich. — 3) Die Union hat keinen wesentlichen Inhalt mehr, ist daher nur noch ein Name und kann nach dem ganzen Verlaufe aller staatsrechtlichen Verhandlungen der Rechtsgültigkeit des diesseits vereinbarten Staatsgrundgesetzes nicht im Wege stehen. — 4) Wäre dennoch das vereinbarte Staatsgrundgesetz ungültig, so würde es, wenn man den Rechtsboden nicht verlassen will, nur einen Weg geben, die Verhandlungen zu erneuern: die Einberufung einer gemeinschaftlichen Abgeordnetenversammlung auf Grund des 1848 mit Ritter- und Landschaft vereinbarten Wahlgesetzes. — Am Schluß der Ausführung dieser Sätze heißt es dann: „Sonach läßt sich in Ueberschauung der Gesamtlage des Landes kein Mittel finden, welches auf gesetzlicher Grundlage die verschiedenen Bestrebungen zu vereinigen vermöchte. Die vorgetragene Rechtsüberzeugung wird daher, allei Unzulänglichkeiten ungeachtet, ihre Folgen haben müssen, wenn das bis dahin angestrebte Ziel erreicht und der Gerechtigkeit Genüge geschehen soll. — Wegen der zu ergreifenden Maßregeln erbitten Unterzeichnete die Erlaubniß, weitere Vorschläge machen zu dürfen.“

Brake, 2. Oktober. [Deutsche Marine.] Das Kriegsdampfschiff Erzherzog Johann ist soeben wohlbehalten im hiesigen Drydock eingebracht, was mit Kanonenschüssen vom Lande begrüßt ward. Der Lübeck ist angekommen, um die Waggernmaschine wieder hinzubugfieren. (N. B. Z.)

Hamburg, 4. Oktober. [Deutsche Marine.] Man erzählt sich hier allgemein, daß Herr Adolph Godeffroy, der ein Anspruchsrecht auf die Reichsfregatte „Deutschland“ hat, dasselbe geltend machen wolle, für den Fall, daß die sogenannte Centralgewalt eine Dislokation der an der Weser- und Elbmündung stationirten deutschen Flotte bewerkstelligen sollte. Herr Syndikus Banks, das hiesige hiesige Mitglied des Verwaltungsraths, ist seit einigen Tagen hier, um mit dem Senate wegen gewisser Punkte, welche das Handels-Interesse unseres Staates betreffen, mündliche Rücksprache zu nehmen. (Reform.)

Oesterreich.

Wien, 5. Okt. [Börse.] Die Türken rüsten. Kossuth. Die Börse in Fonds und Aktien war durch ausländische Verkaufsangebote gedrückt, sonst wenig Verkehr. — Die hiesigen Großhandlungshäuser subscribirten noch gestern auf das neue Anleihen den fehlenden Rest mit beiläufig 25 Millionen. — Die Türken rüsten sich förmlich zum Kriege. Kossuth steht mit 9000 Polen und Ungarn in Widdin. — Heute gingen 72 Kanonen zum Observationcorps nach Böhmen.

[Die sardinischen Gelder kommen an.] Am 3. l. M. ist der Staatssekretär und Rath im königl. sardinischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Chevalier Jocteau, hier eingetroffen. Derselbe war Uebersbringer von sechzig auf dem großen Buche der sardinischen Staatsschuld haftenden Inskriptionen, jede zu einer Million Fres. Kapital, welche laut des zweiten Zusatzartikels zu dem Friedensvertrage vom 6. August l. J. der österreichischen Regierung als Bürgschaft für die genaue Einhaltung der Zahlungstermine der festgesetzten Kriegsschädigung in Verwahrung übergeben werden müssen. Diese Inskriptionen sind von der kaiserlichen Regierung gegen Zurückstellung der provisorischen Schuldverschreibungen, welche ihr beim Austausch der Ratifikationen des Friedensvertrags einzuweisen übergeben worden waren, in Empfang genommen worden. Chevalier Jocteau ist außerdem noch beauftragt, bis zu der nahe bevorstehenden Ankunft eines königl. sardinischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers als Geschäftsträger zu fungiren und die durch den Friedensschluß zwischen beiden Höfen glücklich wieder hergestellten freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen. (Wiener Z.)

N. B. Wien, 5. Okt. [Tagesbericht.] Ungeachtet erst neuerlich die Klagen über den im größten Maße an der Nordgrenze getriebenen Waarensmuggel verlauteten, finden sich die Reisenden Placereien ausgelegt, die jenes Unwesen nur noch greller herausstellen. Die heutige „Alldeutsche Post“ führt hierüber als Beleg die Darstellung eines aus Berlin mit der Nordbahn hierher gelangten Reisenden an, wobei es unangenehm auf-

fällt, daß die Erlangung eines Freischießens an der Grenze durch abermalige Visitation ganz illusorisch gemacht wird. — Aus Anlaß der in den Gewässern des Archipelagus vorkommenden Seeräuberereien ist eine k. k. Kriegskorvette zur Kreuzung in jene Gewässer beordert worden, der ein zweites größeres Kriegsfahrzeug folgen wird. — Das schwierige Werk der Einverleibung Ungarns und der konstitutionelle Bau des Gesamtstaates beschäftigt fortwährend die politischen Kreise. Leider, daß die Presse meist kenntnislos die Sache bespricht. Zu den wenig besten Artikeln gehören seit einigen Tagen die im „Wanderer“ erscheinenden Briefe aus Pesth. Darin heißt es, daß der Ungar mit Mißtrauen erfüllt ist über den Einfluß des Deutschthums auf die künftige Gestaltung des Landes. Die Magyaren sind ein geistesfrisches, lebhaftes Volk und die natürliche Beredsamkeit selbst des gemeinen Ungars ist eine ergiebige Quelle der Agitation. Gegen keine Nation regt sich das ungarische Selbstgefühl so sehr, als gegen die deutsche. Die Regierung wird belogen, wenn man ihr von einem deutschen Elemente in Ungarn vorspricht. Die deutsche Jugend gehört dem Magyarisismus an und darf man den ungarischen Deutschen nicht mit dem siebenbürger vergleichen. Der Ungar achtet den Slovaken mehr als den Deutschen, die Serben aber haßt er. Ein ungarisches Sprichwort sagt: „Aus einem Serben macht man zwei Zigeuner und es bleibt noch ein Jude übrig.“ Die Magyaren werden bei Antastung ihrer Nationalität und Sprache den entschiedensten Widerstand leisten und in Amt und Schule eher die lateinische als deutsche Sprache annehmen. Der Verfasser der Briefe nennt es einen gefährlichen Irrthum, wenn man das verfloßene Jahr als einen vorübergehenden Rausch und nicht als eine gründliche Revolution anerkennen wollte. Die Ungarn sind überzeugt, daß die Verhältnisse nicht so bleiben werden, wie bisher; die Regierung hat aber noch keinen Schritt gethan, um die Richtung anzugeben, welche man einschlagen dürfte.

M. Wien, 5. Oktober. [Allgemeine Amnestie. — Finanzfrage.] Das Gespräch des Tages bilden die gestern bekannt gewordenen Bedingungen, unter denen Komorn kapitulirte. Sie geben Anlaß, nach Gerechtigkeit und gleichem Rechte für Alle zu rufen. Während die Regierung Görgey pardonirte, der Komorner Besatzung umfangreichste Amnestie gewährt, die kontrahirten Schulden derselben berichtigt, ihr Löhnungen und Befoldungen auszahlt, kann es doch Niemandem gleichgültig sein, wenn Tausend andere, wo nicht für geringere, doch ganz sicher für dieselben Vergehen, deren sich Görgey und Klappa mit ihrem Korps schuldig machten, dem bürgerlichen Leben entzogen, im schmachlichsten Kerker schmachten. Der Ruf nach vollständiger Amnestirung aller politisch Gefangenen und Verfolgten ertönt immer hörbarer. Möge die Regierung denselben beachten und nicht verklingen lassen! — Obgleich man der Mäßigung, die bei der Kapitulation Komorns obwaltete, ungetheilten Beifall zollt, so ist auch das ganze Volk, welches einstimmig nicht so sehr eine Amnestie als gleiche Behandlung Aller wünscht. Wie man hört, hat das Ministerium diesem Gegenstand bereits einen Theil seiner Aufmerksamkeit geschenkt, und man erwartet täglich, ob und wie viel in dieser die öffentliche Meinung so sehr beschäftigenden Angelegenheit geschehen werde. — Der heute erschienene Bankausweis liefert ein trauriges Bild der Finanzen Oesterreichs. Die Vorschüsse auf Staatspapiere sind seit vier Wochen um 3 Millionen gestiegen. Der Banknotenumlauf ist 258,424,291 Fl., den nicht mehr als 27,384,024 Fl. an Silbervorräthen decken, daher kaum der neunte Theil der eirkulirenden Banknoten in Silber umgewechselt werden könnte, während doch die Bankstatuten die ausdrückliche Bestimmung enthalten, daß der Banknotenumlauf den Werth der Silbervorräthe um das Dreifache nie übersteigen dürfe. Unter solchen Umständen ist es ganz natürlich, wenn das Volk den Glauben an den Werth des Papiergeldes aufgibt und ein Institut verwünscht, welches nicht geeignet ist, dem Staate in irgend einer Geldverlegenheit zu helfen, weil jeder neue Banknotenvorschuss, wie der jüngste Ausweis zeigt, ein die Kreditverhältnisse im Allgemeinen sehr gefährdender Schritt ist. — Wie man hört, soll nun auch dem Gefandtschaftswesen eine eingreifende Reform bevorstehen.

* Wien, 5. Oktober. [Räumung von Komorn. Fünf ungarische Generale werden gehängt und 5 andere erschossen.] Nach Berichten aus Komorn vom 4. Oktober erfolgte der Abzug der Honveds am 3. und 4. theils zu Wasser theils zu Land mit der größten Ordnung und Ruhe. Die Auszahlung des Soldes mußte natürlich eine Verzögerung von einigen Tagen veranlassen. Es sind gegen 18000 Mann abgezogen. — Morgen wird H. v. Haynau in die Festung einziehen. — Man erwartet den Marshall Radetzki und den Banus von Croatien, der dem Marshall gestern nach Pressburg folgte, in Acs.

Nachschrieft. Nach Berichten aus Acs vom 2ten zufolge, sind in Folge kriegsrechtlichen Urtheils,

die magyarischen Generale Ernst Kiss, Damjanich, Nagy Sandor, Kulich, Graf Leiningen zum Lode mittelst Strang, und noch 5 andere mittelst Pulver und Blei zum Lode verurtheilt worden. Das Urtheil ist bereits vollzogen. Sämmtliche sogenannte Generale waren früher als Stabs-Offiziere in kaiserl. Diensten.

Junnsbruck, 2. Oktober. Heute marschirte die erste Kompagnie des hier garnisonirenden Bataillons Wohlgemuth nach Böhmen ab, wo sie vor der Hand nach Budweis bestimmt sind. (Wiener Z.)

Von der ungarischen Grenze, 30. Septbr. [Verhältnisse der ungarischen und österreichischen Offiziere. Die russische Hilfe und Beute.] Die meisten jener Offiziere, welche zur Zeit des Fürsten Windischgrätz zur k. k. Armee übertraten oder in den ersten Gefechten gefangen wurden und später auf Geheiß der Pucifizierungskommission aus dem kaiserlichen Dienste ausscheiden mußten, sollen nun wieder angestellt werden; die zwölf Husarenregimenter zumal behalten mit wenigen Ausnahmen ihre früheren Führer, nur die Mannschaft wird stark auseinandergerüffelt werden, so zwar, daß kaum der dritte Theil der alten Soldaten in den Regimentern verbleibt. Dies wird nicht hindern, die Stellung der ungarischen Offiziere, die, wenn auch nur im Beginn des Kampfes der magyarischen Revolution gedient haben, im österreichischen Heere überaus schwierig zu machen und die Zahl der Duellle, zwischen den ungarischen und österreichischen Offizieren, die schon jetzt bei der Gerechtigkeit der Magyaren und bei der plumpen Loyalitätsentfaltung der Andern nicht unbedeutend war, wird ungeheuer werden, falls nicht ein kaiserlicher Befehl jede Anspielung an die Vergangenheit und jede Kränkung des Nationalgefühls im Offizierkorps strengstens verbietet. Die kaiserlichen Truppen haben denn auch gar keine Ursache, sich zu brüsten, denn haben sie im ungarischen Kriege ihre Schuldigkeit gethan, so kann man doch den Ungarn nicht minder das Lob großer Tapferkeit zuerkennen und man sollte nie vergessen, daß Oesterreich sein Unvermögen, Ungarn zu besiegen, durch die Anrufung der russischen Waffenhilfe vor Aller Augen erklärt hat. — Die bittere Erfahrung, welche übrigens Oesterreich mit der russischen Hilfe gemacht hat, dürfte diese Macht auch abhalten, jemals ähnlichen freundschaftlichen Beistand in Anspruch zu nehmen, denn der Kaiserstaat könnte eine öftere Wiederholung russischer Dienste in inneren Angelegenheiten kaum vertragen. Wahrhaft empörend sind die langen Züge von Rüstwagen, welche die russische Armee auf ihrem Heimmarch durch Galizien begleiteten und die mit Beute beladen sind. Daß dies unter den Augen der Generale geschieht, macht die Sache eben so schmachvoll, denn hier gilt nicht die Entschuldigung des Nichtwissens, allein man hat der Soldateska eben nur einen Raubzug versprochen und muß jetzt das Versprechen halten. In Tarnow ging erst neulich ein russischer Soldat von Haus zu Haus, um ein geraubtes Diadem, mit Diamanten und Perlen reich geziert, zu verkaufen. Obgleich ihm ein Jude bereits 16,000 Fl. geboten hatte, so gab er es doch nicht her, was beweist, daß der Russe von dem wahren Werthe des geraubten Kleinods eine richtige Vorstellung besaß, denn plündernde Kroaten geben häufig Gegenstände von 500 Fl. Werth für einige bunte Silberstücke her. Silberne Waschbecken, Teller und dergl. haben die Russen nicht wenige und Epilbernhörnchen und Fingerringe zeigen nicht selten noch rostige Blutspuren der beraubten Schlachtopfer.

Pesth, 3. Oktober. Die Zufuhren an erbeutetem Kriegsmaterial, welches nach Acs geschafft wird, dauern noch immer fort. Man spricht von 400,000 Stück Handwaffen aller Art, welche dafelbst bereits aufgespeichert seien; dann von 400 Stücken, die von den Insurgenten größtentheils serbischen und romanischen Gemeinden abgenommen wurden, um daraus Kanonen zu gießen. (Pest. Z.)

Frankreich.

+ Paris, 3. Oktober. [Die türkische Angelegenheit.] Die „Patrie“ enthält heute folgendes Schreiben aus Konstantinopel vom 18. Septbr.: „Die Lage ist immer noch dieselbe: von der einen Seite droht Rußland und von der andern giebt die Pforte nicht nach. Die Pessimisten behaupten, daß man aus diesem Konflikt nur durch einen Krieg herauskommen werde; ich glaube es nicht. Ich bin genau unterrichtet von dem, was Herr v. Titow im Namen des Czaren zu dem Divan gesagt hat: „Wir wollen nichts als die Ausführung der Verträge, aber wir wollen sie ganz. Wenn man unserm Verlangen nicht gerecht wird, so werden wir in Uebereinstimmung mit Oesterreich die Donau-Provinzen besetzen und sie nur verlassen, wenn wir 60 Millionen Entschädigungsgelder erhalten haben.“ — Ich weiß ferner, daß Herr v. Titow gedroht hat, „seine Pässe zu verlangen, wenn seiner Reklamation nicht sofort Folge gegeben wird.“ — Allein das Alles erschreckt noch nicht. Die Taktik Rußlands gegen die Pforte ist seit lange bekannt; sie ist in drei Worten enthalten: zuerst Drohungen, sodann Drohungen, endlich Drohungen. —

Bis jetzt hat diese Taktik reüssirt; aber sie wird es nun nicht mehr. Warum? Die Ursache ist ganz einfach folgende. Die Türkei, welche gewöhnlich den Drohungen nachgiebt, weil sie dieselben leicht ausführbar glaubt, wird dieses Mal nicht nachgeben, weil sie heute nicht an die Realisation der Drohungen glaubt. Sie fühlt sich durch Frankreich und England unterstützt, und sieht übrigens ein, daß Rußland keinen Krieg wagen könne, der den sofortigen Ruin seines Handels herbeiführen müßte, indem das schwarze Meer den englischen Schiffen geöffnet würde. Die Türkei sieht ferner auch ein, daß Oesterreich ebenfalls kein Verlangen zum Kriege haben kann, wenn es anders nicht den lombardischen Provinzen und Ungarn das Signal zu einer neuen Insurrektion geben will. Sie zeigt daher eine Festigkeit, die Niemand von ihr erwartet hat. Einige wollen behaupten, die Pforte werde in dieser Festigkeit nicht ausdauern. Ich glaube wohl, da sie schon Zeit gehabt hat, zu erkennen, daß die Drohungen sich nicht alsbald verwirklichen. Es wurde dem Divan angezeigt, daß die Gesandten Rußlands und Oesterreichs abreisen würden, wenn er nicht ohne Weiteres nachgebe. Er hat nicht nachgegeben, und die Gesandten sind nicht abgereist. — Es ist evident, daß der Czar, trotz seiner Entrüstung, keine Gewalt anwenden wird; er wird sich ohne Zweifel vorbehalten, sich diesen „Verrath“ theuer bezahlen zu lassen, aber auch vorläufig die Diplomatie den Knoten lösen lassen. Das wird lange dauern; man wird heftige Noten auswechseln, aber nicht zur That schreiten. Bereits zirkulirt auch schon das Gerücht, daß man vorgeschlagen hat, die Flüchtlinge nach der Insel Kandia zu schaffen, und daß dieser Vorschlag nicht ganz zurückgewiesen worden sei. Sir Stratford Canning unterstützt das türkische Kabinett sehr kräftig, und verspricht ihm die bewaffnete Unterstützung Englands. General Ruzick ist zurückgehalten. Einige klagen ihn deshalb an seine Freunde sagen, es sei Klugheit.

× Paris, 3. Oktober. [Ministerielles. Die Angeklagten vom 13. Juni. Murat, de la Moriciere. Börsengerüchte.] Die Nationalversammlung hatte heute keine öffentliche Sitzung. In den Abtheilungen dagegen wurde die Diskussion über die römische Angelegenheit eröffnet, und die Wahl der zur Prüfung der Creditvorlagen ernannten Kommission bekundet keine sehr liberale Disposition von Seiten der Versammlung. Die Vorlagen des Kabinetts in dieser Angelegenheit werden indeß, allem Anscheine nach, mit einer großen Majorität angenommen und dessen Haltung gebilligt werden, da die Rechte beschlossen hat, die ministerielle Frage bei der römischen Angelegenheit aus dem Spiele zu lassen. Der Kampf gegen das Kabinett soll bei Gelegenheit der Wiederbesetzung einer Anzahl von Präsektoren eröffnet werden. Die Hoffnung, daß die Generalkonferenz diese Frage anregen werden, ist unerfüllt geblieben; das Comité der Rue de Poitiers hat daher beschlossen, die Angelegenheit selbst auf die Tribüne zu bringen. Die Proposition von Jerome Napoleon wird von den demokratischen Journalen gelobt, von den orleanistischen mit Schweigen übergangen und von den legitimistischen angegriffen. Man kann hieraus auf die Meinung der Parteien in der Versammlung schließen und auf den Erfolg, den die Proposition haben wird. — Die kontumazirten Angeklagten vom 13. Juni werden nunmehr ganz bestimmt nicht vor dem Gerichtshofe in Versailles erscheinen. Die demokratischen Journale veröffentlichen heute eine aus London datirte Deklaration, in welcher Ledru Rollin, Etienne Arago, Martin Bernard, Landolphe, Rattier, Ribeyrolles und Mozdier de Montjau die Erklärung abgegeben, daß sie es gegen die Interessen ihrer Partei erachten, sich ihren Feinden auszuliefern. — Lucien Murat ist zum Gesandten in Turin ernannt. — Dieser Tage war ein Gerücht in Umlauf, daß General de la Moriciere von St. Petersburg zurückkehre. Der Moniteur hat dieses Gerücht widerlegt, worauf das „Evenement“ heute die Bemerkung macht, daß das Gerücht allerdings begründet gewesen, daß es jedoch aufgehört hat wahr zu sein, seitdem die Angelegenheiten in Konstantinopel die Anwesenheit eines tüchtigen Gesandten in St. Petersburg mehr als jemals nöthig gemacht haben. — Die Börse war heute sehr gedrückt. Man hatte allerlei Gerüchte über die Angelegenheiten in Konstantinopel in Umlauf gesetzt. Wie es hieß, hatte Lord Palmerston dem französischen Kabinette eine Note zukommen lassen, um die Haltung zu erfahren, die dasselbe in der orientalischen Frage einzunehmen gedenke. Das französische Gouvernement soll geantwortet haben, daß es mit England im Einverständniß zu handeln entschlossen wäre. Ein anderes Gerücht wollte noch wissen, daß bereits Befehle nach Toulon gegeben worden seien, die Eskadre von den Hyereschen Inseln nach den Dardanellen zu schicken.

Großbritannien.

London, 2. Oktober. [Die englische Presse über den Konflikt zu Konstantinopel.] Der bevorstehende vollständige Bruch der Türkei mit den beiden nordischen Kaiserreichen berührt zu sehr die Interessen Englands, als daß sich nicht alle größeren

Organe mit dieser Angelegenheit beschäftigen sollten. — Die Times, welche bisher so eifrig die österreichische Politik vertheidigte, sagt darüber: „Rußland zeigt einen Charakter, der sich, selbst wenn er auch früher schon hervorgetreten sein mag, nicht rechtfertigen läßt. Durch die Forderung, welche es jetzt an die Türkei stellt, maßt es sich ein Recht der Einmischung an, welches niemals irgend einer Nation gewährt worden war. Es sucht in der That die türkische Regierung zur Verletzung eines Gesetzes zu zwingen, welches bisher von allen civilisirten Gemeinschaften als bindend angesehen worden ist. Die Zulassung von Fremden in die Grenzen eines Staates ist an sich eine Garantie, daß der Souverän dieses Staates auf sie die Rechte der eigenen Unterthanen ausdehnen will. Dieses allgemein angenommene Gesetz kann nur durch besondere Verträge aufgehoben oder verändert werden. Solche Verträge, seien sie geheim oder öffentlich, bestehen, aber beziehen sich meistens nur auf nicht politische Verbrechen. Außerdem aber ist Gegenseitigkeit bei denselben die erste Bedingung. Wenn also ein Vertrag besteht, welcher die Türkei verpflichtet, russische Flüchtlinge herauszugeben, so würde derselbe auch Rußland zwingen, ein Gleiches mit türkischen zu thun. Dieser Vertrag würde ausgeführt werden müssen, wenn die Flüchtlinge, welche die türkische Grenze überschritten haben, russische Unterthanen wären. Aber bei gegenwärtiger Sachlage hätte nur Oesterreich das Recht, diese Forderung zu stellen, und zwar könnte es dies nur auf Grund bestehender Verträge thun. Der Kaiser von Rußland hat dazu nicht mehr Recht, wie der Kaiser von China. Aber es handelt sich hier offenbar nicht um die Rechtsfrage. Rußland ist stark und die Pforte schwach. Rußland beabsichtigt dieselbe durch ein serviles Zugeständnis zu demüthigen oder einen ungleichen Streit hervorzurufen. Aber die Antwort der Letztern ist ihrer früheren Größe würdig gewesen. Die Moral der Muselmänner beschämt die der Christen. Die Pforte wird die ungarischen Flüchtlinge nicht herausgeben, trotz der Drohung des mächtigen Autokraten, welcher 700,000 Bewaffnete ins Feld senden kann. Sie ist zwar nur der Schatten ihrer frühern Macht, aber sie stützt sich auf den edelsten Grund ihres Glaubens und hält ihn wie einen Schild über die Hülflosen und Gebeugten gegen den Selbstherrscher des Reiches der Welt!

Der „Globe“, das Organ Lord Palmerstons, drückt sich noch viel bestimmter aus. „Wir wollen kühn es sagen, die britischen Staatsmänner brauchen an der Unterstützung des britischen Volks nicht zu zweifeln, wenn sie die entschiedenste Haltung gegen eine solche Anmaßung, solche Nichtachtung des Gesetzes des civilisirten Europa's annehmen. Der größte Styl, in welchem der Czar neuerdings über die Angelegenheiten Europa's spricht, ist nicht wenig lächerlich. Geschmack und Wahrheit weisen seine ungebührlichen Anmaßungen zurück, nicht so die großen Armeen und die rohen Millionen, auf welche er wirken will. Als Rebuladnegar, der König, seine Dekrete erließ, „an alle Völker, Nationen und Zungen, welche die Erde bewohnen,“ so war der Styl seiner offiziellen Schreiben für den Meridian von Babylon berechnet. Wenn aber Kaiser Nikolaus das westliche Europa erlkommuniziert, so werden seine Verwünschungen mit vollkommenerer Gläubigkeit überall in seinem weiten Reiche aufgenommen. Doch Rußland möge sich nicht täuschen. Die Beute ist vielleicht nicht so unvertheiligt, als es glaubt und das Unrecht ist zu schreiend, daß es mit gutem Erfolg vor den Augen Europa's verübt werden konnte. Wir können nur annehmen, daß die verschiedene Haltung, welche der britische und französische Gesandte auf den Hülfseruf Ali Paschas angenommen haben, die vollständige Sanktion ihrer Regierungen und alle erforderliche Unterstützung erhalten wird.“

Lokales und Provinzielles.

Sitzung der Stadtverordneten am 1. Oktober.

Vorsitzender: Dr. Gräber. Anwesend 84 Mitglieder der Versammlung.

Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung wird verlesen und genehmigt. Magistrat beauftragt die Versammlung, daß die königliche Regierung die Wahl des Kaufmanns Herrn Dr. jur. Friedenthal zum unbesoldeten Stadtrath bestätige. Auf den in der vorliegenden Sitzung gestellten Antrag um Aufschluß, ob die von einigen Mitgliedern behauptete Differenz zwischen der vom k. Militär-Gesetz reglementmäßig gewährten und der den Hausbesitzern von der Servis-Deputation berechneten Einquartierungs-Vergütung begründet sei, war die Mittheilung eingegangen, daß die aufgestellte Behauptung, nach näherer Untersuchung als unbegründet befunden worden sei. Der Anlaß zur Entdeckung vermeintlicher Irrthümer könne nur in der unrichtigen Auffassung der Reduktionsabelle, im Gegenheil zum Reglement liegen. Durch die Normierung einer graduirten Militärperson auf Gemeinköpfe werde nur der Maßstab für die einem Grundstück nach dessen Ertrage aufgelegte Bequartierungs-

last bestimmt, keineswegs werde aber in diesem Verhältnisse die Servisvergütung nach der Normierungszahl auf Gemeinköpfe, sondern nach der für einen graduirten reglementmäßig festgesetzten Bonifikation mit Zurechnung des Servis-Zusatzes berechnet. In Folge dieser Auskunft erklärte die Versammlung ihren Antrag für erledigt.

In einer andern Mittheilung erklärte sich Magistrat gegen die von der Versammlung vorgeschlagene Verpachtung der Brücken- und Wegegebühren, in Rücksicht der Einführung eines neuen, den Staatsbehörden zur Bestätigung vorgelegten Tarifs. Der Ansicht des Magistrats, die Erhebung der Gebühre durch Selbstadministration so lange fortzuführen, bis man, nach Anwendung des neuen Tarifs, eine genaue Kenntnis von dem jährlichen Ertrage erlangt und bis sich der ganz danieder liegende Verkehr wieder gehoben haben würde, wurde beigestimmt. — Aus dem Berichte des Schulamts-Inspektors Herrn Harnecker über die von ihm gemachten Vorarbeiten zur Fortsetzung der Breslauer Chronik ging hervor, daß bereits ein reichhaltiges Material gesammelt ist. Nach dem skizzirten Plane beabsichtigt Hr. Harnecker die Geschichte der Stadt vom Jahre 1807 ab in die drei Hauptabschnitte der Zeit zu theilen; der erste soll die Zeit von 1807 bis 1815, der zweite die von 1816 bis 1847 und der dritte die Zeit von 1848 u. f. umfassen. Der Bericht wurde im Bureau der Versammlung zur näheren Einsicht für die Mitglieder ausgelegt. — Eine Erklärung der Herren Haus-Curatoren im Kranken-Hospital zu Altschellen über die Möglichkeit beim Verbrauch der Brennmaterialien Ersparnisse zu erzielen, gelangte an die Hospital-Kommission zur Prüfung und Untersuchung, ob und in welcher Weise die Anlage von Kohlenfeuerung in der Hospitalstätte sich ermöglichen lasse.

[Bauten.] Der Bau einer massiven Scheune auf dem Hospitalgute Herrnprotisch wurde dem Generalpächter Oberamtmann Herrn Ragner für die im Licitations-Termin mit 2500 Thalern gestellte Mindest-Forderung übertragen.

[Verpachtungen.] In Folge des Herrnprotisch-Brand-schülers Dammbaues sind von dem Herrprotisch'schen Hof jetzt 57 Morgen abgeholzt worden, die nunmehr in Ackerland umgewandelt werden sollen. Nach dem Vorschlage des Magistrats genehmigte die Versammlung, daß die erwähnte Fläche im Wege des Ausgebots zinsfrei auf drei Jahre in Pacht ausgehen werde, mit der Verpflichtung, nach Ablauf dieser Frist, das Land rein gerodet und pflugschick zurück zu gewähren.

Die Proposition des Magistrats, den Pachthof vor dem Nikolaitore mit dem daran anschließenden Holzbock und dem am Stadigraben liegenden freien Plage vom 1. Jan. 1850 ab in Selbstadministration zu nehmen, alle drei Plätze in einen zu vereinigen und denselben durch Aufführung erforderlicher Gebäulichkeiten zu einem Hauptkapellplatz für die zu Schiffe ankommenden Waaren umzuwandeln, ging an die Gewerbe-, Handels- und Markt-Kommission zur Prüfung und Begutachtung.

[Wahlen.] Wegen des Ablaufs der Wahlperiode bei 7 Mitgliedern der Abgaben-Deputation und wegen der durch den Tod des Radermeisters Lindner bei derselben Deputation entstandenen Vacanz, lag der Antrag auf Neuwahlen vor. Von den Deputirten, deren Wahlzeit zu Ende geht, empfahl Magistrat zur Wiederwahl die Herren: Gastwirth Lando, Schneidermeister Löschburg, Mühlen- und Brenne-reibeger Anwand und Kaufmann Neugebauer wegen ihrer regen Theilnahme und Thätigkeit an den Geschäften der Deputation. Unter Anerkennung der Leistungen berief die Versammlung diese vier Herren zur weiteren sechsjährigen Verwaltung der Kasse und wählte als neue Mitglieder den Gasthofbesitzer Herrn Burghart, den Maurermeister Herrn Winkler und den Kaufmann Herrn Hübnert. Die Besetzung der achten Stelle wurde zur nächsten Sitzung vertagt.

Die Versammlung wählte ferner den Hausbesitzer, Strumpf-fabrikanten Herrn Finn zum Vorsteher des Neuen Welt-Bezirks, und den Barbier Herrn Hauptmann zum Stellvertreter des Vorstehers im Rosenbezirk Altschellen II.

Die Vorschläge des Magistrats in Betreff der Wiederbe-setzung der Kassenstellen bei der Kammerei-Haupt-Kasse und der interimistischen Verwaltung des Rentanden-Postens bei der Holz-Debits-Kasse gelangten an die Finanz- und Steuer-Kommission zur Prüfung und Begutachtung.

[Bewilligungen.] Dem Steuer-Billeteur Klink bewilligte die Versammlung nach 35jähriger tadelvoller Dienstzeit, auf den Antrag des Magistrats, eine Pension von 200 Thalern jährlich, und dem invaliden Nachwächter Konek eine dauernde Unterstützung von 4 Thalern monatlich. Der Nachwächter Lorenz erhielt eine Prämie von 2 Thalern für seine Aufmerksamkeit und für sein umsichtiges Benehmen, wodurch es gelungen ist, mehrere Diebe mit gestohlenen Sachen zu verhaften. Im Einverständnisse mit dem Magistrat wurde dem hiesigen Frauen-Verein zur Bespeisung der Armen, zwei Parterre-Zimmer nebst Küche in der Paradies-Kaserne zur unentgeltlichen Benutzung für den bevorstehenden Winter überlassen. Ein vom Magistrat beauftragtes Gesuch des Pächters des Lauffteges über den Stadigraben am Ausgange der Graupenstraße, um eine Pacht-Revision, als Entschädigung für die Verluste, welche ihm aus der Anordnung der Militärbehörden erwachsen waren, daß während des Belagerungszustandes sämtliches in Ausübung des Dienstes befindliche Militär den Laufftege freipassiren konnte, lehnte die Versammlung mit der Hinweisung ab, daß den aus dem Belagerungszustande entspringenden Kalamitäten wohl ein Jeder unterworfen gewesen sei und größere oder geringere Opfer habe bringen müssen.

[Verschiedenes.] Der Bericht der Stadt-Bau-Deputation über die Ertheilung der Fluchtlinie zum Reestablishmentbau des abgebrannten Hauses Nr. 21 der Gartenstraße erhielt den Nachweis, daß bei der Festsetzung der Fluchtlinie die erforderliche Erweiterung der neuen Schweidnitzer Straße Berücksichtigung gefunden hatte. Für eine sofortige Acquisitio des zur Straßenverbreiterung erforderlichen Terrains war die Deputation nicht, sie sprach sich vielmehr dafür aus, daß günstigere Zeitverhältnisse und der Ausbau der Straße jenseits der Thorbarriere abgewartet werden möchten. Die Versammlung trat in Uebereinstimmung mit dem Magistrat diesen Vorschläge bei.

Früheren Anträgen gemäß, war der Versammlung das Verzeichniß der Eximirten vorgelegt worden, welche zu Gunsten der Kammerei auf die Steuer-Immunität freiwillig verzichtet hatten. Die Zahl derselben war nicht groß, und die aus jener Verzichtleistung gewonnene höhere Steuereinnahme nur unbedeutend, so daß die Abgaben-Deputation darauf antrug: die weitere Aufforderung zur freiwilligen Entfaltung fallen zu lassen. Bei der Verschiedenheit der Meinungen über den Antrag wurde bestimmt, vor der definitiven Beschlußnahme die Sache der Finanz- und Steuer-Kommission zur gutachtlichen Erklärung vorzulegen. Dem vorerwäh-

ten Verzeichnisse lag die Correspondenz bei, welche in derselben Angelegenheit zwischen dem hiesigen Domkapitel und dem Magistrat geführt worden war, desgleichen eine schriftliche Erklärung des Herrn Grafen von Burghaus als Antwort auf die von der Abgaben-Deputation an ihn ergangene Aufforderung.

Die Herren Domkapitularen begründeten in umfangreicher Deduction das der katholischen Kirche als Eigenthümerin der Pfründen, seit den ältesten Zeiten ganz allgemein zustehende Recht der Abgabefreiheit als ein bingliches Recht und setzten auseinander, daß sie als bloße Nutznießer der Pfründen nicht befugt wären, auf die verliehenen Benefizien zu verzichten. Sie führten an, daß sie zur Abwendung des scheinbar Gefährlichen, was aus der Ablehnung einer verbindlichen Erklärung aus sie fallen könnte, zu der besondern Erklärung sich veranlaßt fänden: wie sie für ihre Person nicht abgeneigt wären, zur Milderung des Nothstandes, so viel der zu berechnende Steuerbetrag ausmachen würde und noch mehr beizusteuern, wie sie dies bei allen früheren derartigen Gelegenheiten bewiesen hätten, wenn die städtische Behörde anfangen würde, die Stadt als eine paritätische zu betrachten und die Interessen und Bedürfnisse der Katholiken gleichmäßig mit denen der Evangelischen zu berücksichtigen. Eine Zurücksetzung der katholischen Interessen erblickten sie: in den wiederholten namhaften Beiträgen zur Erhaltung der Kongegischen Sekte welche, den Katholiken zum Hohn auch aus deren an die städtische Kammerei bezahlten Abgaben bestritten worden wären und noch bestritten würden; in der Unterhaltung der evangelischen Pfarren zu St. Elisabeth und St. Maria Magdalena, während für die Seelsorge der Katholiken sogar an den städtischen Kranken- und Verpflegungs-Anstalten nichts geschähe, so daß die größere Mehrzahl derselben ohne die heiligen Sterbesacramente verstarbe; in der Unterhaltung der 3 evangel. Gymnasien aus der Kammerei, wogegen für die Einrichtung eines 2. kath. l. Gymnasiums nichts zu erlangen wäre, obgleich das Bedürfnis für dasselbe schon lange vorliege. Ueberhaupt möge man das schreiende Mißverhältniß daraus entnehmen, daß, während der Etat für protestantische Zwecke 70,000 Thlr. ausweise, für katholische nur 800 Thlr. fließen, ungeachtet die katholische Bevölkerung so ziemlich den dritten Theil ausmache.

Die Entgegnung des Magistrats hierauf schickte voraus, daß in dem Ansuchen der Abgaben-Deputation von einem Fallenlassen der Steuerfreiheit der geistlichen Pfründen nicht die Rede sei, das Gesuch vielmehr nur an die Person des derzeitigen Inhabers der Pfründe gerichtet wäre, von dem Rechte der Abgabebefreiung zum Besten der bedrängten Stadt-Gemeindekasse fortan keinen Gebrauch zu machen resp. zu verzichten. Ueber die Lebenszeit hinaus dies auszusprechen und der Stelle etwas zu vergeben, sei nicht verlangt worden. Auf die einzelnen Vorhaltungen zurückgehend, weist Magistrat den Vorwurf der Zurücksetzung der katholischen Einwohner gegenüber denen anderer Confessionen entschieden zurück. Denn was die so sehr verübte Unterstüßung der sogenannten Christkatholiken anlange, so sei dieselbe nach dem vollberechtigten Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung als Unterstützung für Befriedigung der religiösen Bedürfnisse eines Theiles der hiesigen Einwohnerchaft aus der Kammerei geleistet worden, wofür nicht bloß die Römisch-Katholiken, sondern auch die der Evangelischen, der Christkatholiken und der Juden in Breslau fließen, während bei der Steuerfreiheit des katholischen Klerus von diesem noch nichts dorthin gezahlt worden sei. Wenn ferner eine Zurücksetzung der katholischen Interessen darin erblickt werde, daß die evangelischen Pfarren zu St. Elisabeth und St. Maria Magdalena von der Stadt unterhalten werden, während für die Seelsorge der Katholiken nichts geschähe, so bedürfe die Ansicht einer Berichtigung, dahin, daß nur die erstgenannte Kirche einen Zuschuß aus der Kammerei, und zwar nicht aus freiem Belieben, sondern auf Grund der auf der gesammten Stadtgemeinde ruhenden Patronats-Verpflichtung erhalte, während die Magdalenen-Kirche selbstständig fundirt sei und keinen Zuschuß empfangt. Für die Seelsorge der römisch-katholischen Einwohner sei durch die zahlreichen, hinlänglich dotirten hiesigen Pfarr- und andern Kirchen genügend gesorgt; für die städtischen Kranken- und Verpflegungs-Anstalten, insofern solche nicht von Evangelischen für Evangelische gestiftet, geschehe, was irgend erforderlich sei, wie denn auch jetzt beabsichtigt werde, einen eigenen katholischen Geistlichen lediglich für diese Anstalten anzustellen. Als eben so ungerichtet wird der Vorwurf in Bezug auf die Schulen zurückgewiesen. Die Commune hat in Folge des Patronatsrechtes die Verpflichtung, den beiden städtischen Gymnasien, soweit deren Bedürfnisse durch das Schulgeld nicht gedeckt werden, Zuschüsse zu gewähren; dagegen bezieht das dritte hiesige evangelische Gymnasium (Friedrichs-Gymnasium) als königliche Anstalt aus der Kammerei keinen Zuschuß. In die städtischen Gymnasien werden übrigens Schüler aller Confessionen aufgenommen und die evangelischen genießen nicht den geringsten Vorzug vor den katholischen. Das Bedürfnis für die Errichtung eines zweiten katholischen Gymnasiums erkennt Magistrat nicht an, indem das hier bestehende im Stande ist, außer den einheimischen noch eine große Zahl auswärtiger Schüler aufzunehmen. Zum Beweise, daß der Stadtbehörde das katholische Schulwesen eben so am Herzen liegt, wie das evangelische, wird Berufung genommen auf die vielfachen Bemühungen beim königlichen Fiskus, um die Verbesserung der katholischen Schulen königlichen Patronats, und auf die aus Kammerei-Mitteln aus freier Liberalität bewerkstelligte Errichtung katholischer Schulen. Die Aufstellung, daß der Etat 70,000 Thlr. für evangelische und dagegen nur 800 Thlr. für katholische Zwecke nachweise, wird als unrichtig widerlegt und die Begründung erwartet. Den Schluß der magistratualischen Erwiderung bildet die Erklärung, daß die Stadtbehörde sich von jeher, sowohl in ihrem Gewissen, als von Amts wegen, verpflichtet gehalten habe, ihre Fürsorge allen Einwohnern ohne Unterschied der Confession in gleichem Maße, namentlich den in Armuth gerathenen und sonst Hülfbedürftigen, zuzuwenden, und daß sie in diesem Bestreben unbeeinträchtigt fortzufahren werde, wenn dasselbe auch nicht überall Anerkennung finde.

Herr Graf v. Burghaus räumte in seinem an die Abgaben-Deputation gerichteten Schreiben ein, daß die Kammerei-Kasse einer extraordinären Unterstützung bedürfen möge, und daß auch ihm als angehörigen Bürger von Breslau die Verpflichtung obliege, mitzuwirken, um die Verlegenheit zu beseitigen. Dabei wird aber die Betrachtung aufgestellt, daß die gegenwärtige Verlegenheit der Kammerei zum Theil mit durch Verwendungen entstanden sei, die zu der über die arme Stadt Breslau hereingebrochenen Kalamität wesentlich

beigetragen hätten, und daß es somit für diejenigen Bürger, welche mit jenen Bewandlungen durchaus nicht einverstanden wären, doppelt unangenehm sein müsse, jetzt nachträglich Geldopfer zu bringen. Ueber die abzugebende Erklärung wegen Verzichtleistung auf die Exemption findet sich der Hr. Graf in Verlegenheit und zwar deshalb, weil sein Privatvermögen bereits besteuert sei, sein Gehalt als Gen.-Land-schafts-Direktor aber mehr als vollständig durch die nothwendigen Betriebskosten des Amtes absorbiert werde, er sich also in einer Steuer-Exemption durchaus nicht befinde. Fußend auf die Erwähnung im Schreiben der Deputation, daß die neuere Gesetzgebung alle Steuer-Exemptionen aufheben und diese Verhältnisse definitiv regeln werde, hält der Herr Graf es für das Zweckmäßigste, wenn auch die definitive Regelung in Bezug auf sein Steuerverhältnis bis zu jenem Zeitpunkt aufgeschoben bleibe. Um sich jedoch seiner Verpflichtung als Bürger inzwischen nicht zu entziehen, hat der Hr. Graf einen freiwilligen Beitrag von 20 Thalern zur Unterstützung der Kammerei-Kasse übersendet.

Magistrat und die Abgaben-Deputation erklärten, daß die für die Kammerei eingelegte Unterstützung von 20 Thalern nicht angenommen werden könne und die Versammlung trat dieser Erklärung einstimmig bei.

Die Redaktions-Kommission der Stadtverordneten.
Dr. Bräker. Galetschky. Worthmann.

† Breslau, 6. Oktober. [Polizeiliche Nachr.] Am 4. d., Nachmittags, fiel ein 6 Jahr altes Mädchen, welches sich aufschüttele an der Ueberfähre in der Fährgasse befand, in die Oder und wurde vom Strome bis in die Nähe des Militär-Lazareths geführt, woselbst es dem Zimmergefelten Riemer gelang, das Mädchen zu retten.

Am 5. wurden aus einer mittelst Nachschlüssel geöffneten Küche in dem Hause Nr. 3 am Königsplatz sechs silberne Eßlöfel und eine dergleichen Suppenkelle gestohlen.

In der beendigten Woche sind (excl. vier todtgeborener Kinder von hiesigen Einwohnern gestorben: 36 männliche, darunter 5 an der Cholera, 33 weibliche, darunter 7 an der Cholera, zusammen 69 Personen. Von diesen starben an Abzehrung 9, Altersschwäche 4, Cholera 14, Darmerweichung 1, Gehirnentzündung 2, Lungenentzündung 1, Zehrfieber 1, gastrisches Fieber 1, Nervenfieber 2, Wochenbett-fieber 1, Gehirnanschwellung 1, Herzleiden 1, Krämpfe 5, Lungenlähmung 2, Magenerweichung 1, Rose 1, Ruhr 1, Schlagfluß 2, Unterleibschwindsucht 4, Lungenschwindsucht 6, Luftröhrenschwindsucht 4, allgemeiner Wassertuch 2, Brust-Wassertuch 2. Unter diesen starben in öffentlichen Krankenanstalten und zwar in dem allgemeinen Krankenhospital 12, in dem Hospital der barmherzigen Brüder 1. Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen unter 1 Jahre 14, von 1 bis 5 Jahren 1, von 5 bis 10 Jahren 6, von 10 bis 20 Jahren 5, von 20 bis 30 Jahren 8, von 30 bis 40 Jahren 12, von 40 bis 50 Jahren 6, von 50 bis 60 Jahren 6, von 60 bis 70 Jahren 7, von 70 bis 80 Jahren 4, von 80 bis 90 Jahren 0.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 11 Schiffe mit Eisen, 2 Schiffe mit Zinkblech, 2 Schiffe mit Mehl, 10 Schiffe mit Ziegeln, 1 Schiff mit Roggen und 1 Schiff mit Heu.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Ober-Pegel 14 Fuß 5 Zoll und am Unter-Pegel 1 Fuß 8 Zoll, mithin ist das Wasser seit dem 5. d. nur am letzteren um 1 Zoll gefallen.

§ Breslau, 6. Oktober. [Konstitutioneller Central-Verein.] Nachdem bereits in voriger Sitzung die nöthig gewordene Abänderung der Statuten berathen und eine Kommission mit der Redaktion derselben beauftragt worden war, kamen gestern die einzelnen Punkte des Statuts zur nochmaligen Debatte und definitiver Beschlußnahme. Hierauf beantragte der Vorsitzende, Herr Direktor Wissowa, den Druck der Statuten und des Mitglieder-Verzeichnisses; die Versammlung erklärte sich für den ersten, aber gegen den zweiten Theil dieses Antrages. Professor Wilda schlägt vor, die gedruckten Statuten mit einem Aufsatze zu versehen, um den Anschluß möglichst vieler Konstitutionellgesinnter zu bewirken. Nach einer längeren Debatte über diesen Gegenstand beschließt die Versammlung, den Tendenz-Paragraphe des Statuts, begleitet von einer Ansprache, durch die Zeitungen zu veröffentlichen; gleichzeitig soll zur Einzeichnung in die Liste der Mitglieder eingeladen werden. Ueber die Art und Weise, wie die künftigen Sitzungsabende auszufüllen seien, entspann sich eine lebhaft Diskussion. Einige Redner sprachen für die Einrichtung eines Fragekastens, andere wünschten, daß belehrende Vorträge gehalten würden, u. daß überhaupt die Verhandl. einen mehr konservativen Charakter annähmen, da der auf die Kammerbeschlüsse zu übende Einfluß immer nur vorübergehend wäre. Dagegen erklärten sich die Herren Gräff und Haase. Letzterer will diese Angelegenheit dem Ausschusse vorbehalten wissen, womit sich auch die Versammlung einverstanden erklärt. Das Provinzial-Komitee, welches aus den Verhandlungen des Konstitutionellen Kongresses im Dezember hervorgegangen ist, und von jedem der hier bestehenden sechs Vereine durch drei Deputierte besetzt wurde, konnte wegen des Belagerungszustandes nicht in der statutenmäßigen Frist durch Neuwahlen ergänzt werden.

Die Herren Köppl und Wassersleben haben ihren Austritt genommen, an deren Stelle sind die Herren Gräff und Wilda getreten. Jenes Komitee, welches namentlich für die Wahlwecke gegenüber der demokratischen Partei gebildet wurde, soll einer Reorganisation unterworfen werden. — Auf Antrag mehrerer Redner wurde die Debatte und Beschlußnahme über diesen Gegenstand bis zur nächsten Sitzung, welche in 14 Tagen stattfindet, aufgeschoben.

§ Breslau, 6. Okt. [Öffentliche Sitzung des Stadtgerichts.] Nach Verurtheilung zweier Landstreicher zu Zwöchentlicher und 5monatlicher Gefängnißstrafe erschien der Angeklagte Schrebel aus Merzdorf vor den Schranken. Die gegen ihn gerichtete Anklage lautete auf Widerseßlichkeit gegen Soldaten im Dienste; bei Gelegenheit einer Arretirung soll er ein Mitglied des Wachtpostens unweit der Oderbrücke bei der Brust gefaßt haben. Inculpant stellt das ihm zur Last gelegte Vergehen in Abrede. Die Belastungszeugen sind nicht erschienen, sie haben ihre Aussagen in der Voruntersuchung zu Protokoll gegeben und eidlich erhärtet. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erkennt der Gerichtshof gegen den Angeklagten eine 2monatliche Gefängnißstrafe. Hierauf sollte der Prozeß des Aktuars Gorisch zur Verhandlung kommen. Der Angeklagte war nicht erschienen, die Staatsanwaltschaft beantragte einen neuen Termin, da eine genügende Entschuldigung angebracht war. Die Untersuchung wird vertagt. (Man sehe weiter unten.) Schuhmacher Zimmerling aus Romberg, der Unteroffizier war und bereits ein Mal wegen vorsätzlicher Brandstiftung mit 3jährigem Zuchthausarrest bestraft ist, hat gegen einen Exekutor, der mit seiner Emission beauftragt war, wiederholt beleidigende Aeußerungen gethan. Auch soll er denselben das erste Mal zum Hause hinausgeworfen haben. Als jedoch der Exekutor mit 2 Gensdarmen wiederkehrte und Anstalten traf, daß das Mobiliar des Zimmerling auf die Straße gebracht wurde, ergriff dieser ein Messer mit den Worten: „Ihr seid an meinem Unglück schuld, es geschieht ein Mord und wenn ich auf dem Schaffot sterben soll!“ Den Abgeordneten der Obrigkeit verbot er, sein Mobiliar anzurühren, bis man ihm eine andere Wohnung zugewiesen habe. Dann bot er sich freiwillig zur Verhaftung, da er nirgends unterzukommen wußte. Die Staatsanwaltschaft beantragte unter Hervorhebung mehrerer Schärfsungsgründe eine 6monatliche Zuchthausstrafe. Der Vertheidiger, Herr Referendar Pfahl, focht den Belastungsbeweis an, da eine thätliche Widerseßlichkeit nur durch die Aussagen des Exekutors bezeugt werde, einen erheblichen Milderungsgrund aber findet die Vertheidigung in dem aufgeregten Zustande des Angeklagten bei Ausräumung seiner Sachen auf die Straße. Es sei daher entweder gänzliche Freisprechung oder eine 4wöchentliche Gefängnißstrafe zu erkennen. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 3monatlicher Zuchthausstrafe. Inzwischen war der Aktuar Gorisch aus Merzdorf hier angekommen, es wurde daher zur Untersuchung gegen denselben noch heute geschritten. Nach der Anklageschrift war Inculpant des Nachts zwischen 12 und 1 Uhr in die Wachtstube vor dem Oderthore gekommen, um daselbst zu übernachten. Als der wachhabende Unteroffizier ihm begegnete, daß dies nicht angehe, beleidigte er die Mannschaft. Man merkte, daß er betrunken sei und brachte ihn gewaltsam auf die Straße. Hier raufte er den Angeklagten, bis die Wache zu seiner Verhaftung schritt. Hierbei widerseßte er sich und versuchte auf den Offizier einer ankommenden Disziplinartrouille einzudringen. Heute giebt der Angeklagte an, daß er von dem ganzen Vorgange nichts wissen könne, er habe sich damals in völlig trunkenem Zustande befunden. Auf die Frage des vorsitzenden Richters, warum er in das Wachtlokal gedrungen sei, antwortete er, es sei dies eine Gewohnheit aus seiner Studienzeit. Damals habe er in ähnlichen Fällen oft in der Wachtstube übernachtet und dabei die freundlichste Behandlung erfahren. Nach Verlesung der schriftlich eingereichten Zeugenaussagen stellt die Staatsanwaltschaft den Strafantrag, mit Bezug auf § 166 A. L. R., auf 2monatliche Gefängnißstrafe. Das Erkenntniß des Gerichts bestätigt diesen Antrag.

Breslau, 5. Okt. [Breslauer Verein gegen das Branntweintrinken.] Am Sonntage den 30. Septbr., an welchem die evangelischen Gemeinden des preussischen Staates das Cente-Dankfest gefeiert hatten, haben theilnehmende Frauen und Jungfrauen diesem Vereine eine angenehme Ueberraschung bereitet. Für den Tisch, von welchem aus der Vorstand die Monats-Versammlungen leitet, hatten dieselben eine kostbare Bekleidung von Tuch geschenkt, die von der Büchsenmacher-Wittfrau Simon geschmackvoll gestickt, den Mitgliedern das hehre Ziel ihres Strebens vor Augen halten und sie erinnern soll und die Worte der Schrift, Pred. Sal. 5, 3: „Was Du gelobtest, das halte.“ Nach einigen Worten des Dankes und einer kurzen Erklärung der sinnigen Stickerien nahm Präsident Rutta 6 Personen in den Verein auf. Hierauf

fiel die Wahl des Vorstandes für das Jahr 1849/50 auf die Herren Senior Bernbe, Riemermeister Zeltisch, Prediger Kutta, Tischlermeister Rupperecht, Diakonius Weiß, Sekretär Wicker und Glasmeister Zeeb.

Wie sehr der Branntweingenuss die Menschen entmenslicht und sogar zu Verräthern des Heiligen, der Religion, macht, zeigte das vorgelesene Selbstbekenntniß eines Verbrechers, der durch das Branntweintrinken zu wiederholten Malen ins Zuchthaus geführt wurde, vornämlich aber folgende Thatsache, die vor einigen Wochen sich ereignet hat.

Eine Anzahl von Männern aus Langenbielau, nicht gerade der untersten Klasse angehörig, begab sich nach einer etwa eine halbe Stunde von ihrem Wohnorte entfernten Kolonie und lehrte in einem Wirthshause ein. Hier setzten sie natürlich dem vermeintlich unentbehrlichen Volksgetränk, dem Branntwein, tüchtig zu, und da er lose Leute und miß macht, so kamen sie endlich auf den Gedanken, das heilige Abendmahl zu feiern. Einer unter ihnen, ein gewisser E..., stellte den Herren vor; die andern die Apostel. Zunächst hielt E. eine Rede, sprach hierauf die Eingesungsworte über die dünn geschnittenen Wurstscheiben und über den in einem großen Glase befindlichen Branntwein und ertheilte endlich den Segen. In welchen Formen, in welchen Ausdrücken dies geschehen, darf wohl nicht geschildert werden!

Doch bald brach das Gericht über diese Gotteslästerer herein! Zunächst wurde der ruchlose Pseudochrist ernstlich unwohl, so daß er in einem Wagen nach Hause gebracht werden mußte. Unterwegs wurde er vom Schlage getroffen und sein Lastermaul arg verzogen. Nach mehrtägigen Schmerzen starb er. Auch die übrigen Sakramentschänder sollen erkrankt und zwei derselben gestorben sein.

Solche Erfahrungen — denn vor einigen Jahren soll sich eine ähnliche in dem Dorfe V. bei Goldberg sogar in einer Kirche nach der Christnachtsfeier dargeboten haben — müssen doch endlich die verderbliche Natur des Branntweins enthüllen, die wichtigen Gründe der Gegner der Enthaltensvereine zum Schweigen bringen, vor dem Genuße des Branntweins ernstlich warnen und zum entschiedenen Kampfe gegen denselben mahnen, damit nicht das deutsche Volk durch dieses verderbliche Getränk entnervt, entmenslicht, entchristet und unchristlich werde! Rutta.

Breslau, 5. Oktober. [Handelskammer.] Zu der am gestrigen Tage stattgehabten Sitzung war durch Umlaufschreiben eingeladen worden. Es kamen zunächst Anträge zur Berathung, welche einen Aufruf der Handelskammer zur Unterstützung der durch den neuen Brand in Brody verarmten dortigen Bevölkerung bezweckten. In Erwägung der großen Noth in der heimischen Provinz, welche alle Kräfte ihrer Bewohner genughin in Anspruch zu nehmen geeignet ist, beschloß die Handelskammer jenen Anträgen nicht Folge zu geben. — Aus Anlaß mehrfach aufgetauchter Zeitungsgerüchte, daß das Gouvernement die Absicht hege, die Einfuhr böhmischer Leinwand nach Schlesien zu beschränken, war der Antrag eingegangen, den Herrn Minister für Handel u. s. w. auf das Gefährliche einer solchen Maßregel für das schlesische Leinen-Exportgeschäft aufmerksam zu machen, und ihn zu ersuchen, von jeder etwa beabsichtigten beschränkenden Aenderung in den betreffenden Verhältnissen Abstand nehmen zu wollen. Es wurde beschlossen, eine Vorstellung deshalb an den Herrn Minister zu richten und in derselben in der Hauptsache auszuführen, daß die böhmischen Leinen, welche in Schlesien Weiche und Appretur erhielten, zum schlesischen Leinen-Exportgeschäft nothwendig gebraucht würden, indem vorzugsweise für sie auch Begehre auswärts vorhanden, und nur durch und neben dem Absatz derselben schlesisches Fabrikat in erheblicher Quantität auf jenen Märkten anzubringen sei; — daß die mehrfach angestellten Versuche, den schlesischen Arbeiter zur Herstellung einer dem böhmischen Fabrikate gleichstehenden Waare zu bewegen und anzulernen, vergeblich gewesen seien, daß es ferner gefährlich wäre, denselben nunmehr durch eine Beschränkung der Einfuhr der böhmischen Leinwand nach dieser Richtung hin thätig zu machen, indem im besten Falle durch den in erster Zeit entstehenden Mangel der betreffenden Waare der auswärtige Absatz verloren gehen würde, und außerdem Seitens des österreichischen Gouvernements Repressalien zu erwarten ständen, welche die diesseitige begünstigte Garnaufuhr nach Böhmen hart treffen dürften. — In Folge eines Antrages, die Berliner Kurse täglich durch den elektrischen Telegraphen hierher kommen zu lassen, beschloß man, in Erwägung, daß der hier in Betracht kommende Telegraph Eigenthum der niederschlesisch-märkischen Eisenbahngesellschaft sei, die nöthigen Einrichtungen zur Benutzung desselben für die Privatkorrespondenz noch nicht getroffen, auch weder der Tarif für die Benutzung, noch der zur Beförderung von Depeschen erforderliche Zeitaufwand festgestellt sei — über alle 3 Punkte zunächst mit der betreffenden Bahnverwaltung (Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

(Fortsetzung.)

in Unterhandlung zu treten. — Vorgelegt wurden, mehrere von dem Herrn Handelsminister eingesendete Berichte über die Gewerbe-Ausstellung in Paris; ein Exemplar einer von dem Hrn. Spezialdirektor Lwalsch verfaßten und von demselben übergebenen Darlegung betreffend die niederschlesische märkische Eisenbahn in ihren Beziehungen zu der oberschlesischen Eisenbahn; so wie Listen über die Bewegung des Bremer Handels im vorigen Jahre. Diese sämtlichen Piecen beschloß man in dem Gesellschaftslokale der Handelskammer, — das sich nunmehr in dem Hause Hofmarkt Nr. 3 befindet und zu welchem ein zweiter Zugang vom Blücherplatz aus über den Hof des Hauses Nr. 14 führt, — zur Einsicht aller dafür Interessirten auszuliegen.

* **Viegnitz, 4. Oktober.** [Die zweite Sitzungsperiode des hiesigen Schwurgerichtshofes,] welche heute ihren Anfang genommen hat, wird einen bedeutend größeren Zeitraum umfassen, als die erste. Es liegen dies Mal nicht weniger als 15 Fälle vor, über welche von den Geschworenen abgeurteilt werden soll. Nach der vorläufigen Berechnung wird am 19. d. Mts. die letzte Sitzung stattfinden. Die Geschworenen sind dies Mal größtentheils aus Gutsbesitzern und Beamten zusammengesetzt. Für den heute zur Verhandlung gebrachten Fall wurden die Namen folgender Herren aus der Urne gezogen: 1) Schulz Schubert aus Walbau, 2) Justizrath Haffe aus Viegnitz, 3) Müller Häring aus Goldberg, 4) Schulz Blümel aus Prinkendorf, 5) Dr. med. Walzthaus aus Groß-Bauditz, 6) Reg.-Sekret. Hilbig aus Viegnitz, 7) Reg.-Sekret. Berndt aus Viegnitz, 8) Gutsbesitzer Bieder aus Gölschau, 9) Bürgermeister Witke aus Rickoldstadt, 10) Vorwerksbesitzer Rabitz aus Hainau, 11) Gutsbesitzer Rocholl aus Rohn, 12) Reg.-Sekret. Schuhmacher aus Viegnitz. Der Gerichtshof, unter dem Vorstehe des Kreis-Direktor Lühse war, kombiniert aus den Gerichtsräthen Eissenhardt und Barthels, aus den Assessoren Hoffmann, Basse und Nische und aus dem Justiziarus Gringmuth, welcher als Gerichtsschreiber thätig war. Kriminalrath Gropius fungierte als Staatsanwalt. Nachdem der Vorsitzende, Kreisgerichts-Direktor Lühse, die betreffende Sitzungsperiode durch eine kurze und sehr gehaltreiche Rede eröffnet hatte, wurde der Dekonon Friedrich Wilhelm Geisler aus Thomaswalbau auf die Anklagebank geführt. Als Verteidiger sah ihm zur Seite der Rechtsanwalt Simon von hier. Die Anklage gegen den ic. Geisler lautete auf Mordversuch. Derselbe sollte am Abend des 10. April d. im berauschten Zustande nach Hause gekommen sein und seine Braut, die Wirthschafterin Ringel, welche sich bei ihm in Diensten befand, und mit der er bereits ein Mal kirchlich ausgetraut worden war, bedroht haben, sie zu erschlagen oder zu erschießen, weil sie einen ihm ärgerlichen Versuch angenommen habe. Um sich etwaigen Eventualitäten zu entziehen, sei die ic. Ringel aus dem Zimmer gegangen, der Angeklagte ihr aber nachgesprungen und habe ein Pistol nach ihr abgefeuert. Inculpatus leugnet das Faktum, besonders aber die Absicht, seine Braut mißhandeln oder erschließen zu wollen auf das Bestimmteste, und zwar einige Mal mit Ausdrücken, welche die Lachmuskeln der Zuhörer in Bewegung setzten. Die vorgeführten Belastungszeugen waren nicht im Stande, die Anklage so zu unterstützen, daß sie als gegründet erschienen wäre. Ihr Wissen um die Sache beruhte nicht auf eigener Anschauung, sondern war lediglich hervorgegangen aus Redereien, wie sie so häufig im Publikum kursiren. Daher gewann auch der Staatsanwalt eine Ansicht von dem Sachverhältnisse, die ihn veranlaßte bei den Geschworenen zu beantragen, den Angeklagten für „nicht schuldig“ zu erklären. Dies geschah auch nach folgender ihnen vom Gerichtshof vorgelegten Frage: „Ist der ic. Geisler schuldig in der Absicht auf seine Braut, die ic. Ringel, am 10. April d. 3. geschossen zu haben, um sie zu verletzen, resp. zu tödten?“ In Folge des durch die Geschworenen hervorgegangenen Verdikts sprach auch der Gerichtshof den ic. Geisler von der gegen ihn verhängenen Anklage frei.

* **Schweidnitz, 5. Oktbr.** [Vermischte Nachrichten.] Die Thätigkeit der politischen Vereine hat hier, wie anderwärts, seit geraumer Zeit ihre Endschafft erreicht; eben so hat sich die Anzahl der hier erscheinenden Wochenschriften bis auf zwei vermindert. Das Terrain, auf dem noch hin und wieder eine politische Frage zur Erörterung kommt, ist der seit dem Jahre 1846 hierorts bestehende Verein für Bürger und Bürgerfreunde, der vom 1. Oktober ab seine Versammlungen wieder in dem für die Winterabende bestimmten Lokale, des Gasthofs zum goldenen Scepter, abhält.

Die Anzahl der Mitglieder derselben ist ziemlich beträchtlich. Die Zeit der Zusammenkünfte ist Montags Abend. Außerdem bestehen für geselliges Vergnügen am hiesigen Orte jetzt zwei Ressourcen, von denen die eine seit einer langen Reihe von Jahren besucht gewesen, aber im Herbst vorigen Jahres bei der geringen Zahl der Mitglieder vertagt worden war, die andere unter dem Namen „Logenressource“, da ihre Begründung zunächst theilweise von Mitgliedern der hiesigen beiden Freimaurerlogen ausgegangen ist, sich in diesem Herbst konstituiert hat. — Für den Neubau des Gymnasiums, dessen Nothwendigkeit sich von Jahr zu Jahr mehr herausstellt, sind jetzt nähere Aussichten eröffnet, da die Stadtkommune vom Fiskus das alte Stadtgerichtsgebäude und die daran stoßende ehemalige Minoritenkirche, welche eine Zeitlang als Salzmagazin benutzt worden ist, durch Kauf an sich gebracht hat. An der Stelle, wo diese Gebäude jetzt stehen, soll das Gymnasium aufgeführt werden, da fortifikatorische Rücksichten den Neubau in der Vorstadt, wo sich das alte Gymnasium befindet, nicht zulassen. Der Plan zu dem neuen Gebäude ist bereits entworfen; die Beschleunigung desselben hängt davon ab, in wie weit sich Fiskus als Compatron des Gymnasiums mit seinen Geldmitteln betheiligen wird. — Die hiesige katholische Gemeinde hat den Prozeß, den sie wegen des Besitzes der Rathhauskapelle, deren Räumlichkeit zu einem innern Umbau mehrerer Lokalitäten des Rathhauses verwendet werden sollte, gegen die Stadtverordneten angestrengt hat, in zweiter Instanz verloren, wird sich aber, wie ich höre, auch bei dieser Entscheidung noch nicht beruhigen.

— **r — Groß-Glogau, 4. Oktober.** [Schulnachrichten, das königliche Gymnasium betreffend.] Die öffentlichen Prüfungen nahmen gestern an genannter Anstalt ihren Anfang und enden mit dem 6. d., an welchem Tage zugleich das Schuljahr schließt. Dem im Programm (S. 4.) enthaltenen und vom Direktor Dr. Klopff verfaßten Schulnachrichten geht eine Abhandlung (S. 1. bis 17.) des Gymnasial-Lehrer Stridde „Probe einer Erklärung des Herodot, 1. Buch, Kapitel 29 bis 33“ voran. Die Schülerzahl hat sich auch bei dieser Anstalt gegen voriges Jahr verringert um 13; dieselbe beträgt am Schlusse des Schuljahres 180. Der diesjährigen Michaelis-Prüfung unterwarfen sich unter dem Vorstehe des Konsistorials und Schulrathes Herrn Menzel 3 Abiturienten, wovon 2 das Zeugnis der Reife erhielten. Die 4 Abiturienten am Oster-Termin wurden sämtlich für reif befunden. — Die Lehrerbibliothek ist von 3048 Nummern auf 3155 angewachsen; die Schülerbibliothek von 2822 Nummern auf 2943 und auch die Musikalien- und Landkarten-Sammlung wurde namhaft vergrößert. — Unterstutzung zur Einrichtung des Schulgelbes erhielten aus der Palmschen Stiftung 27, und aus 3 anderen Fonds 12 Schüler; 6 fleißige Schüler erhielten Prämien an nützlichen Büchern. — Ausschließlich der kombinierten Stunden und solcher, an welchen nicht alle Schüler theilnehmen, (wöchentlich 17 Stunden) beträgt die Stundenzahl wöchentlich 186; davon kommen auf Prima, Sekunda und Quarta je 31, auf Tertia 32, auf Quinta 29 und auf Sexta 28 Stunden. — Die Verordnungen und Erlasse des königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums und anderer hoher Behörden, sowie die zur Anschaffung empfohlenen wissenschaftlichen Werke sind dieselben, wie die, in dem Verzeichniß über das hiesige katholische Gymnasium genannten. (Siehe Breslauer Zeitung Nr. 232 vom 5. Oktober.) Das neue Schuljahr beginnt, wie bei dem katholischen Gymnasium, mit dem 15. d.

□ **Natibor, 4. Oktober.** [Laubstumm-Institut. — Dankadresse.] Gestern wurden die Zöglinge des hiesigen Laubstumm-Instituts geprüft, und Herr Weinhold, Lehrer und Erzieher derselben, bewies aufs Neue, wie sehr er seinen Platz ausfüllt und wie wohl er es versteht, den schwierigen und anstrengenden Unterricht mit Kraft, Umsicht und Ausdauer zu leiten. Die vom Herrn Kuratus Hauptstock gebildeten, von der Laubstumm Apollonia Schubert am Schlusse der Prüfung gesprochenen Abschiedsworte machten einen ergreifenden Eindruck, rührten zu Thränen. Die ausgelegten weiblichen Arbeiten, unter Leitung der Frau Weinhold angefertigt, befriedigten ungemein. Zu erwähnen ist auch, daß diesmal neben der Geistlichkeit beider Konfessionen und der Schuldeputation auch von den übrigen Ständen der Stadt auffallend mehr als sonst der Prüfung beizuhelfen. Endlich ist aus dem vom Lehrer Weinhold ausgegebenen Programm ersichtlich, daß die Anstalt seit ihrem Eröffnungstage, — dem 1. Mal 1836, — 50 Laubstumme, von denen bereits 33

entlassen sind, zählt, und daß kommenden Sonnabend wiederum 6 auscheiden, nachdem sie noch Tags vorher in der Kirche zu Altendorf zum ersten Male das heilige Abendmahl werden erhalten haben. — Es traten 2 ständische Zöglinge und 3 Zöglinge der Anstalt hinzu, so daß diese 16 zählen wird. — Dem hiesigen Abgeordneten zur zweiten Kammer, Hrn. Senator Grenzberger, ist von dem hiesigen Handwerker-Verein eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Dankadresse dafür übersandt worden, weil er mit Eifer sich der Gewerbe-Angelegenheiten annimmt und recht fleißig ausführliche Berichte einsendet.

Viegnitz. Die Votationen für den bisherigen Pfarrverweier Sadebeck zum Pastor in Nieder-Rosen, Kreis Strehlen, so wie für den dortigen Schullehrer Schinke zum Organisten und Küster daselbst sind bestätigt worden. — Dem Kaufmann Karl Weinmann zu Hirschberg ist zur Uebernahme einer Agentur für die Geschäfte der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft die Genehmigung erteilt worden, nachdem der Kaufmann Laband daselbst diese Agentur niedergelegt hat. Dem Kaufmann Eduard Fells giebel zu Schönberg ist zur Uebernahme einer Agentur für die Geschäfte der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft die Genehmigung erteilt worden, nachdem der Kaufmann Ottokar Müller daselbst diese Agentur niedergelegt hat. An Stelle des Förster Jonas ist der Mühlenbesitzer Wegko zu Neustadt für Neustadt und Döschke, Kreisgerichtsbezirks Spremberg, zum Schiedsmann erwählt und bestätigt worden. — Der bisherige Lehrer in Sacro Schöhold, als Schullehrer und Organist an der evangelischen Schule und Kirche zu Bohna, im Kreise Hoyerswerda. Die Votation für den bisherigen Predigamts-Kandidaten Sieget zum Pastor in Alt-Röhrsdorf, Kreis Bollenhain, ist bestätigt worden.

(**Oppeln.**) Der Stadtverordnete, Spelwirth Joseph Kraus zu Gleiwitz, ist zum unbesoldeten Rathsherrn — und der seitherige Kammerer in Grottkau, ic. Allder, abermals auf sechs Jahre erwählt und bestätigt worden — die von der königl. Ober-Bau-Deputation zu Berlin als Feldmesser approbirten Kandidaten der Feldmesskunst: Oscar Illing zu Reiffe, Otto Urban eben daselbst, und Louis Wähner aus Waidenburg, sind als Feldmesser vereidigt worden. — Der Kreis-Sekretär Banke in Lubinitz ist in gleicher Eigenschaft nach Reiffe versetzt — der seitherige Kreis-Kanzlist Beck zu Falkenberg ist zum Bürgermeister und der dortige Kammerer Jachimsky abermals als solcher erwählt und bestätigt worden.

Manngaltiges.

— Ueber die mikroskopischen Untersuchungen in Betreff der Cholera bringen englische Blätter Näheres. Die Doktoren Brittan und Swaine hatten sowohl in der Atmosphäre inficirter Orte als auch in den sogenannten Reiskwasser-Entleerungen der Cholera-kranken gewisse früher unbekannte organische Körperchen von gleichartiger Beschaffenheit entdeckt, und die nämlichen Substanzen sind jetzt von einem anderen Bristolser Arzt, Dr. Budd in allem Trinkwasser der Cholera-gezierte und nur in diesem wiedergefunden worden. Wo die Seuche am heftigsten ausbrach, fanden sich diese Theilchen am häufigsten in jedem Wasser vor. Dr. Budd zieht aus den gedachten Wahrnehmungen folgende Schlüsse: 1) Die Ursache der Cholera ist ein bestimmter lebender Organismus von eigenthümlicher Species. 2) Dieser Organismus, der zur Klasse der Schwämme zu gehören scheint, geht durch Verschluckung in die Eingeweide über und vervielfältigt sich durch Selbstfortpflanzung ins Unendliche. 3) Die Folge davon ist der Cholera eigenthümliche Durchfall. 4) Die genannten Organismen entwickeln sich nur in den Eingeweiden der Menschen. 5) Diese Organismen werden theils in der Luft verbreitet in unsichtbare Partikelchen, theils in Contact mit Lebensmitteln, theils und hauptsächlich im Trinkwasser inficirter Orte. In der Luft mögen sie vielleicht sich längere Zeit mit ihrer ganzen Wirkungs-fähigkeit erhalten, im Wasser dagegen, dem Hauptvehikel ihrer Verbreitung, werden sie rasch zerstört und, wie die anderen Spezies dieser Klasse, eine Beute der Thierchen höherer Ordnung. Sind diese Annahmen richtig, namentlich die, daß allein in den Eingeweiden des Menschen sofort das Choleragift erzeugt wird, so würde sich, meint Budd, überall verhindern lassen, daß die Krankheit epidemisch werde. Man brauche nur alles in den Körpern erzeugte Gift sofort zu zerstören und der Wirkung des bereits verbreiteten vorzubeugen. Das erste dadurch, daß man sofort in den Entleerungen der Kranken die Schwämme durch ein heilendes Mittel — z. B. Zinnchlorid — vernichtet, das andere, indem man die inficirten Lokalitäten mit Trinkwasser aus cholerafreien Gegenden versorgt oder in dem am Ort vorhandenen Trinkwasser durch Kochen, Desinfection zc. die etwa vorhandenen Körperchen zerstört. Inficirte Häuser müssen gewischt und die von den Kranken benutzten Gegenstände purificirt werden.

(Köln. 3.)

— In Stettin erkrankten seit dem ersten Auftreten der Cholera (am 12. Juni d.) 1039 Personen und starben bis ult. Septbr. 488. Die Krankheit ist daselbst für verschwunden zu erachten, da seit Mitte

September bis hieher durchschnittlich täglich nur ein Sterbefall vorkam. C. C.

[Widerlegung.] Die „Klagenfurter Zeitung“, die bisher ein geheimnißvolles Schweigen in allem was Görgey betrifft, beobachtet hatte, sieht sich endlich in ihrer neuesten Nummer durch das verbreitete Gerücht, „als sei Görgey erschossen“, bewogen, ihr Schweigen zu brechen und folgende Berichtigung zu bringen: „Ohne zu forschen, wie dies Gerücht nach Wien kam und so immer weiter verbreitet werden dürfte, sehen wir uns der Folgen wegen verpflichtet — dasselbe als gänzlich unwahr zu erklären und die löbl. Redaktionen zu ersuchen — dasselbe zu berichten.“

— (Köln.) Der König hat dem Königl. Musik-Direktor Franz Commer, ordentlichem Mitgliede der Königl. Akademie der Künste, für die Uebersetzung seines Werkes: „Collectio Operum Musicorum Batavorum saeculi XV.—XVI.“ die große goldene Medaille für Wissenschaft verliehen. (Köln. Z.)

Handelsbericht.

Breslau, 6. Oktober. Auch in dieser Woche war das Geschäft am Getreidemarkt nicht unbedeutend, da sehr vieles von Weizen und Gerste zum Versandt zu eher bessern Preisen gekauft wurde. Roggen hingegen blieb vernachlässigt, obgleich die billigen Preise desselben, Spekulantentheranlassen sollten, darin etwas zu unternehmen. Wir können daher vermuthen, sobald die Winter-Saaten besorgt sind, ferner mit Roggen niedriger gehen zu müssen, weil alsdann die Zufuhren bedeutender und unsere Konsumenten die Preise noch mehr zu drücken suchen werden.

Heute waren die Zufuhren beträchtlich und es wurde bezahlt: weißer Weizen 45 bis 56 Sgr., gelber Weizen 43 bis 54 Sgr., Roggen 25 bis 28 1/2 Sgr., Gerste 21 bis 24 1/2 Sgr. und Hafer 14 1/2 bis 16 1/2 Sgr. 60 Mispel gelber Weizen pro Rahn 89 Pfd. wiegend, sind à 46 Rthlr. begeben worden.

Für Delsaaten bleibt die Frage gut und es wird bezahlt: Rapps 102 bis 108 Sgr. Rüben 91 bis 94 1/2 Sgr. In Kleesaat ist der Handel sehr schwach, es herrscht dafür keine Kauflust wenn selbst billigere Offerten gemacht werden, einige Reflektanten bemerkten wir auf gute und feine weiße Kleesaat, die Rander à 10 1/2 bis 11 1/2 Rthlr. bezahlte; rothe Saat hingegen ist ganz vernachlässigt und nur für neue Waare würden sich Liebhaber finden, wenn davon etwas zum Markte käme. 8 1/2 bis 11 1/2 ist daher für jährige Waare nominell anzunehmen.

Spiritus kommt nun in beträchtlichen Partien zum Verkauf und da unsere Konsumenten reichlich versorgt sind, so mußten bei größern Offerten Preise weichen; gestern wurde Einiges à 6 1/2 bis 6 3/4, selb bezahlt und à 6 1/2 Rthlr. blieb heute angetragen, ohne daß sich Käufer zeigten. Für Kleinigkeiten dürfte vielleicht per nächste Woche zu liefern 6 1/2 Rthlr. zu bedingen sein. Auf Lieferung pr. Oktbr., November und Dezember sind 400 Eimer à 6 1/2 Rthlr. begeben worden, heute dürfte nur 6 1/2 Rthlr. zu erreichen sein.

Rüböl wird auf 14 1/2 Rthlr. gehalten, Käufer wollen jedoch nur 14 1/2 bis 14 3/4 Rthlr. anlegen.

Von Zink sind 2000 Ctnr. ab Gleiwitz à 4 Rthlr. 1 Sgr. begeben worden, nachdem aber die flauen Berichte aus Hamburg und England eingetroffen, ruht das Geschäft ganz, weil Inhaber bis jetzt nur auf hohe Preise halten.

Rappstücken wurden 1000 Ctnr. pr. Oktober und November à 25 Sgr. und 1000 Ctnr. die Hälfte bald und die andere Hälfte per Frühjahr zu liefern, à 26 Sgr. begeben.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 23. bis 29. Septbr. d. J. 10247 Personen und 33578 Rthlr. 19 Sg. 1 Pf. Gesamteinnahme für Personen, Güter- und Vieh-Transport etc. vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Kontrolle.

Inserate

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Vorschrift im § 23 des Statuts für die hiesige städtische Bank vom 10. Juni 1848 — Geses-Sammlung pro 48, Seite 145 — bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß vom 2ten d. M. ab Herr Stadtrath Dr. Wilhelm Friedenthal zum Mitgliede der Bank-Deputation und für Behinderungs-Fälle zugleich zum Stellvertreter des Vorsitzenden derselben ernannt worden ist.

Breslau, den 6. Oktober 1849.
Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Bekanntmachung.

Unter Wiederaufhebung unserer Bekanntmachung vom 24. Mai d. J. wird den Hauseigenthümern die frühere Freiheit, ihre Einquartierung auszumieten, unter der Bedingung wieder gestattet, daß sich das

Miethsquartier in dem, dem Truppentheile angewiesenen Revier befindet und nach seiner Beschaffenheit den allgemeinen gesetzlichen Erfordernissen entspricht.

Es werden daher die zu Unteroffizieren und Gemeinen klassirten Hauseigenthümer, welche die im Laufe künftigen Jahres dieselben betreffende Einquartierung nicht in ihre Häuser aufnehmen, sondern ausmieten wollen, hierdurch aufgefordert: dies spätestens bis zum 1. Januar 1850 bei uns schriftlich anzuzeigen und dabei zugleich den Stellvertretenden Wirth und dessen Wohnung anzugeben. — Es haben diejenigen, welche diese Anzeige unterlassen, zu gewärtigen, daß ihnen die Ausmietung nicht gestattet und, insofern die Aufnahme der Einquartierung in natura unmöglich ist, außer der Nachtragung der zu wenig getragenen Einquartierung die reglementmäßige Strafe aufgelegt werden wird.

Breslau, den 5. Oktober 1849.

Die Servis-Deputation.

Geliebte Mitbürger!

Seit vielen Jahren hat die Einwohnerschaft Breslau's die Wirksamkeit des unterzeichneten Vereins als eine zweckmäßige anerkannt, seit eben so lange derselben ihre wohlthätigen Spenden in dem Grade reichlich zufließen lassen, daß es dem Vereine möglich wurde, während der 5 Wintermonate täglich 3—400 Arme mit warmer kräftiger Suppe und mit wärmender Kleidung zu versehen.

Wir beabsichtigen, dieselbe Wirksamkeit auch für den kommenden Winter wieder aufzunehmen, wenn unsere geliebten Mitbürger durch reichliche Gaben der Mildthätigkeit uns dazu in den Stand setzen.

Indem wir demnach, im Rückblick auf die Vergangenheit, zu einer derartigen Beihilfe hierdurch aufzufordern uns abermals ermutigt fühlen, bitten wir, dabei nur noch auf den Umstand gefälligst achten zu wollen,

daß die Sammelisten, die von Colporturen in den 10 Bezirken der Stadt umher getragen werden, mit dem Siegel unseres Vereines und in der Seitenzahl mit der fortlaufenden Nummer versehen sein müssen, um sie, als von dem Vereine ausgehend, betrachten zu können.

Breslau, den 7. Oktober 1849.

Der Frauen-Verein zur Speisung und Bekleidung hilfsbedürftiger Armer.

Constitutionelle Bürger-Ressource.

Zufolge Beschlusses der Gesellschaft werden vom 15. Oktober d. J. ab anstatt der bisher gültigen nur die neu angefertigten Mitglieds- und Familien-Karten für die Winter-Konzerte der Ressource gelten, und auf jede Familien-Karte, welche am Eingange vorzuzeigen ist, nicht mehr als drei Familienglieder, d. h. im Hause desjenigen, auf welchen die Karte lautet, lebende Verwandte, eingelassen werden.

Die geehrten Mitglieder der Ressource werden daher ersucht, gegen Auslieferung der erhaltenen Mitglieds- und Familien-Karten die neuen Karten in dem Bureau Dhlauer Straße Nr. 21 eine Treppe hoch, vom 8. bis zum 13. Oktober in den Nachmittagsstunden von 2 bis 4 Uhr in Empfang zu nehmen, und dabei gewissenhaft anzugeben, ob sie in dem oben angegebenen Sinne Familie haben.

Der Vorstand der konstitutionellen Bürger-Ressource.

Erklärung.

In einem anonymen Briefe, datirt Breslau, unterschrieben: „Einer für Viele“ wurde mir mitgetheilt, daß das Niederbrennen meiner Mühle und übrigen Gebäude der Lohn gewesen sei für meine Wirksamkeit in Berlin. Wenn ich auch früher nicht geglaubt habe, daß der politische Haß eine solche Höhe erreichen könnte, so bin ich doch längst an politische Anfeindungen gewöhnt. Um so wehrlos aber hat mir, wie ich offen gestehe, die herzliche Theilnahme und Unterstützung gethan, die ich von vielen Seiten, insbesondere aber von meinen Mitbürgern bei dem Unglücke, das mich betroffen, erfahren habe. Allen diesen wackern Männern fühle ich mich gedrungen, öffentlich meinen herzlichsten Dank abzustatten.

Kryshanowicz, den 6. Oktober 1849.

Zwand.

Der evangelische Verein

versammelt sich Montag, den 8. Oktober, Abends 7 Uhr im Eufabats-Gymnasium. Rhode wird über die Verhandlungen der ersten Kammer in Betreff der §§ 11 und 12 der Verfassung Bericht erstatten.

General-Versammlung des wundärztl. Vereins wichtiger Vorlagen wegen, Dienstag den 9. Oktober, Abends 6 Uhr, im Impflokale.

Konzert-Anzeige.

Das große Vokal- und Instrumental-Konzert, welches der Herr Konzertmeister Rudersdorff zum Festen des Ruhn'schen Frauen-Vereins veranstaltet, wird am künftigen Mittwoch, den 10. Oktober, im Aula-Saale der Universität, Abends um 7 Uhr, stattfinden. — Wir dürfen uns einen sehr reichhaltigen Genuß versprechen, indem eine sehr geschätzte junge Dilettantin sich auf dem Piano forte wieder hören lassen; Fräulein Bannig und Herr Wohlbrück haben ebenfalls ihre Mitwirkung gütigst zugesagt. Außerdem wird auch noch eine dritte Tochter des Herrn Rudersdorff, welche noch nie in Breslau gesungen hat, in diesem Konzert als Sängerin auftreten. — Das Programm wird das Nähere enthalten. — Eintrittskarten à 15 Sgr. sind in der Hof-Musikalienhandlung der Herren Bote und Bock, so wie in der Musikalienhandlung des Herrn Leuckart zu bekommen, Abends an der Kasse 20 Sgr.

Gegenbericht

auf die hier ausgegebenen Wollberichte.

Schon lange ist es von dem handelnden Publikum mifällig aufgenommen worden, daß die am Schlusse eines jeden Wollmarkts erscheinenden Berichte nur von einzelnen Mätlern, ohne Zuziehung der in diesem Fache am meisten beschäftigten Wollmäler ausgegeben werden, indem dadurch häufig sowohl für den Käufer, als für den Produzenten selbst die größten Nachtheile erwachsen. Wir glauben nur unsere Pflicht gegen das Publikum zu erfüllen, wenn wir auf mehrere auffallende Unrichtigkeiten in diesen Berichten die Aufmerksamkeit lenken.

- 1) Hatten wir auf dem so eben vorübergegangenen Markte von ungarischen und österrheischen Wollen, deren in dem Wollberichte Erwähnung geschieht, fast gar keine Zufuhre. Auch sind diese Wollen in diesen Staaten nicht so billig als dort angegeben wird; dieses beweisen die Käufer aus Jannunglau, Bietz, Reichenberg und Wien, denn trotzdem, daß die Wollen in Wien und Pesth im Preise um 10 à 15 Fl. gewichen, rentirt daselbst der Einkauf noch nicht, weil der Cours des Geldes wieder um 15 à 20 Fl. gestiegen ist.
- 2) Sprechen die Herren Berichterstatter von einer Preisermiedrigung für schlesische Einschuren von 2 bis 3 Rthlr., eine Angabe, welche wir um so mehr berichtigen müssen, als bewiesen ist, daß diese Gattung Wollen eher um so viel höher im Preise stiegen, und hat dieser Fall nur auf bemängelte Wollen seine Anwendung.
- 3) Geben die Herren Berichterstatter das unverkauft gebliebene Quantum des Wollmarkts auf circa 15000 Centner an, was nicht minder in Abrede gestellt werden muß, als daß 30000 Ctnr. Wolle zu Markt vorhanden waren. Dagegen werden noch im Laufe dieser Woche Zufuhren hier erwartet, so daß bei verminderter Konkurrenz eine große Auswahl der Waare und billigere Preise stattfinden werden.
- 4) Abgesehen davon, daß die speziellen Notirungen der Wollpreise zwecklos sind, da man die Wollen gesehen haben muß, um ein sicheres Urtheil darüber zu fällen: so sind auch die für die Lammwollen gezahlten Preise in diesem Berichte nicht genau angegeben, da für hochfeine Lammwolle nicht bis 95, sondern bis 110 à 115 Rthlr. bezahlt worden sind, und eine Steigerung von 3 à 5 Rthlr. für polnische und russische Einschuren gegen den Juni-Markt gewiß festgefunden hat.

Ueberhaupt können wir diesen Markt nicht als einen flauen, sondern vielmehr als einen sehr lebhaften betrachten, was schon daraus hervorgeht, daß notorisch sowohl hiesige Groß-Händler, als auch Händler aus dem Großherzogthum Posen, welche mit großen Lagern hieher kamen, fast vollständig geräumt haben.

Möchte es doch dem Vorstande der wohllöbl. Kaufmannschaft gefallen, die Redaktion und Ausgabe der jedesmaligen Wollberichte einer gleichen Norm zu unterwerfen, wie der, welche bei den Wechsel- und Selbcouts-Berichten stattfindet, wodurch allein das Publikum für die durchgängige Wahrheit und Genauigkeit der Angaben genügende Bürgschaft erhalten wi d.

Adolph Bodstein, Herrmann Lewin.

veredelter Taxator. M. Neumann, H. Schlesinger.

veredelter Wollmäler. Gebrüder Alexander. A. Guttentag,

veredelter Wollmäler.

Emanuel Neumann.

Auswärtige Handelsgeutungen bitten wir um Aufnahme dieses Berichtes, welcher in besonderen Abdrücken bei Herrn J. Cohn, Ring Nr. 9, und bei Rahmer, Stern u. Comp., Ring Nr. 60, zu haben ist.

Bei D. B. Schuhmann, Albrechtsstraße Nr. 53, erschieen soeben:
Die Verweisung der Christkatholiken in Breslau aus der Kirche zu St. Bernhardin. Zur Rechtfertigung der christkatholischen Gemeinde altenmäsig dargestellt und der Öffentlichkeit übergeben vom Vorstands- und Kellereien-Kollegium der Gemeinde. Preis 2 1/2 Sgr.
Der Provinzialvorstand der Christkatholischen Gemeinden Schlesiens den deutschen Mitbürgern. Preis 2 Sgr.

Bei Karl Schmiedler in Breslau, Schweidnitzerstraße Nr. 40, ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:
Mineralogische Untersuchungen des Dr. G. A. Renngott. Erstes Heft. Mit einer Steindrucktafel. Gr. 8. Geh. 20 Sgr.

Unterzeichnete haben ihre Wohnung von der neuen Taschenstraße 6 d nach dem Schweidnitzer Stadtgraben 29 verlegt und empfehlen ihr alleiniges Depot von Asphalt und Goudron aus Epyssil zur Ausführung vorkommender Asphalt-Arbeiten.

A. Kuhpfahl u. Comp.,

privilegirte Asphalt-Arbeiter für Schlessen und Posen.

Kaffee-Brennöfen,

außerserne, sehr dauerhaft, deren Brenner circa 8 Pfund faßt, empfiehlt besonders den Herren Spezerei-Kaufleuten als sehr zweckmäßig: Melchinger, Mehlgasse Nr. 6.

Theater-Nachricht.

Sonntag. Die Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. **Sechstes Gastspiel des Frl. Sabnigg, welche, außer in der heutigen Partir, nur noch zwei Mal vor ihrer Abreise auftreten wird.** „Robert der Teufel.“ Große Oper mit Tanz in 5 Akten, Musik von Meyerbeer. — Isabella, Fräulein Sabnigg. Helena, Fräulein Stroh, vom Stadt-Theater zu Königsberg, als Gast.

Montag. 7te Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Neu einkubirt: „Das Turnier zu Kronstein“, oder: „Die drei Wahrzeichen.“ Romantisches Ritter-Epikspiel in 5 Aufzügen von Franz v. Holbein.

H. 9. X. 6 1/2. I. □ I.

K. 8. X. 6. Conf. □ I.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung ihrer Nichte und Mündel Ida Pusch mit dem Kaufmann Herrn Adolph Fiesler in Breslau, beehren sich entfernten Verwandten und Freunden ergebenst anzuzeigen:

Sensleben und Frau.
Bresl., 30. September 1849.

Verlobungs-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter Theophilie mit dem königlichen Lieutenant Herrn v. Gersdorff, im 7ten Linien-Infant.-Regmt., beehren wir uns hierdurch Freunden und Verwandten ganz ergebenst anzuzeigen.

Heinzendorf bei Gubrau in Niederschlesien, im Oktober 1849.
Konstantin v. Gersdorff, Hauptmann v. d. A.,
nebst Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Karoline Schauer,
Ernst Reichel.
Bresl., 1. Oktbr. 1849.

Verbindung-Anzeige.

Die gestern vollzogene eheliche Verbindung seiner jüngsten Tochter, Auguste, mit dem königlichen Lieutenant im 10ten Infanterie-Regmt., Herrn von Emsberg, jetzt seinen verehrten Verwandten, Freunden und Bekannten, in Stelle besonderer Meldung, hierdurch ganz ergebenst an:

von Safft,
General-Lieutenant a. D.
Bresl., den 6. Oktober 1849.

Entbindung-Anzeige.

Die heute früh erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau Bertha, geb. Pasche, von einem gesunden Knaben, zeige ich Freunden und Bekannten hierdurch ergebenst an.
Zauer den 5. Oktober 1849.
Petrich, D.S.-Assessor.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen in der 6ten Stunde endete an einem organischen Herzleiden unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schneidermeister Friedrich Schmarbeck, im Alter von 61 Jahren, sein viel bewegtes und so theures Leben. Diese Anzeige widmen allen Freunden und Bekannten des Verstorbenen, um stille Theilnahme bittend, statt jeder besonderen Meldung:

die Hinterbliebenen.

Bresl., den 6. Oktober 1849.

Die Beerdigung findet Montag Nachmittag 3 Uhr auf dem großen Kirchhofe statt.

Todes-Anzeige.

Diesen Morgen um 1/2 auf 2 Uhr endete ein Nervenschlag, als Folge eines rheumatischen-nervösen Fiebers, das schöne irische Dastel unser innig geliebten Tochter und Schwester Agnes, in dem blühenden Alter von 16 1/2 Jahren. Je schöner die Hoffnungen waren, zu welchen uns ihre kindlich frommes Gemüth und ihre sittliche und wissenschaftliche Bildung berechtigten, desto tiefer und gerechter ist unser Schmerz, für welchen wir um stille Theilnahme bitten.

Bresl., den 5. Oktober 1849.

Dr. Springer, als Eltern,
Helene Springer,
Klara Springer, als Schwester.

In dem k. k. Impf-Institut, Katharinenstraße Nr. 18, wird während der Winter-Monate alle Freitage von 2 bis 4 Uhr Nachmittags geimpft.

Breslau, den 5. Oktober 1849.
Königl. Impf-Institut.

Altes Theater.

Sonntag, den 7. Oktb. Erste Vorstellung. „Ehrgeiz in der Küche.“ Lustspiel in 1 Akt, nach dem Französischen. Hierauf: „22 Minuten in Grünberg.“ Poffenspiel in 1 Akt (von Postel). Zum Schluss: „Paris in Pommern“ oder „die seltsame Testament-Glausel.“ Vaudeville in 1 Akt (von Angely).

Billets zu allen Plätzen sind in den Musikalienhandlungen der Herren Bote und Bock, des Herrn Schöffler (vorm. Krantz), wie im Comtoir des Hotel Zettlich zu haben. Zu dieser Vorstellung ladet ergebenst ein:

Ludw. Aug. Wohlbrück.

Preise: Loge u. Sperrst. 15 Sgr. Parterre 10 Sgr. Gallerie-Loge 7 1/2 Sgr. Gallerie 5 Sgr.

Cours de langue française;
Leçons particulières, chez

M. Ch. Freymond,

Zwinger-Strasse Nr. 4 au premier.

Cours de grammaire et de conversation française. Ohlauer Strasse Nr. 23 au premier. L'honoraire est d'un Thaler par mois.

H. Pallas.

Ich erlaube mir hiermit ergebenst anzuzeigen, daß bei Verlegung meines Geschäfts-Lokals nach der

Albrechts-Strasse Nr. 37

auch die von mir seither beibehaltene Firma

Lous Sommerbrodt

erlischt, und meine eigene

Otto Börner

an deren Stelle tritt.

Breslau, den 5. Oktober 1849.

Otto Börner.

Meine Kanzlei ist jetzt Ring 57, Raschmarkt.
Rhan, Rechtsanwalt und Notar.

Lokal-Veränderung.

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß ich mein Drechslerwaaren-Geschäft nebst Werkstätte von der Schuhbrücke nach der Bischofsstraße Nr. 3, dicht neben dem Hotel de Silsie verlegt habe.

Julius Schröder, Drechslermstr.

Im Glashause

heute, Sonntag den 7. Oktober Konzert.
Entrée für Herren 1 Sgr.

Wintergarten.

Heute, den 7. Oktober:

Erstes

Sonntags-Abonnement-Konzert
Die Abonnements-Billets sind heute bis Mittag 12 Uhr in der Hofmusikalien-Handlung der Herren Bote u. Bock zu haben.

Liebichs Lokal.

Heute, den 7. Oktober: erstes

großes Konzert

in dem mit Blumen und Bäumen, wie mit 400 Ellen Guirlande neu decorirten Saale; bitte bei Uebernahme des Lokals um das bisher Hr. Kugner geschenkte Vertrauen und verspreche prompte und billige Bedienung.
Beiler.

Fürstengarten.

Heute Sonntag Konzert.

Wiener Elysium.

Sonntag und Montag

großes Concert.**Weiß-Garten.**

(Gartenstraße Nr. 16.)

Sonntag den 7. Oktb. Nachmittags u. Abend-Konzert, Dienstag, den 9. Oktb. Abend-Konzert der Philharmonie unter Direktion des Herrn Johann Göbel. Entrée für Herren 1/2 Sgr. für Damen 1 Sgr.

Den geehrten Mitgliedern die ergebene Anzeige, daß das frühere Donnerstag-Kränzchen im Hartmannschen Lokale auf der Gartenstraße, für diesen Winter Mittwoch abgehalten wird und künftigen Mittwoch den 10. d. seinen Anfang nimmt.

Die Vorsteher.

Montag den 8. Oktober

findet das erste Kränzchen im „russischen Kaiser“ statt. Dies den geehrten Mitgliedern zur Nachricht.

Der Vorstand.

Dem Lehrer Herrn Heidenfeld zu Kreuzburg sage ich hiermit für den regen und erfolgreichen Eifer, den er bei der Vorbereitung meines Sohnes für die Quarta des Doppelner Gymnasiums gezeigt, öffentlich meinen innigsten Dank.

W. Eisenberg in Kreuzburg.

Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau (Ring Nr. 47.)

In der Nikolai'schen Buchhandlung in Berlin ist erschienen und in Breslau bei Ferdinand Hirt (Raschmarkt Nr. 47), im Ratibor bei A. Repler, in Krotoschin bei A. E. Stock vorrätig:

Die Blumentreiberei,

oder praktische Anleitung zur Erziehung und Pflege der Gewächse, welche vom Herbst bis Frühling, sowohl in Treibhäusern, als auch im Zimmer, künstlich zur Blüthe gebracht werden können. Nebst einer Uebersicht der bei den Treibgewächsen vorkommenden monatlichen Arbeiten und einer Anleitung zur Aufstellung der Gewächse.

Ein Handbuch**für Gärtner und Blumenfreunde**

von Karl David Buche.

Inspektor des königl. botanischen Gartens in Berlin.

Mit 4 Kupfertafeln. Geh. Preis 1 1/2 Rthl.

Der Inhalt des Buches ist folgender:

Zuerst die Einleitung. Ueber Geschichte, Wesen, Erfordernisse zur Blumentreiberei; über Konservatorien, Treibhäuser, Blumenhäuser; über die Erwärmung durch Feuer oder fermentirende Stoffe; über den Einfluß von Frost, Feuchtigkeit, Erde, Licht, Schatten, Luft; allgemeine Regeln über Anzucht, Pflege etc.; endlich über Transport.

Dann folgt im zweiten, dem Haupt-Theile, die Behandlung der einzelnen Arten vor und während der Treiberei. Der Verfasser hat die Pflanzen aus den oben angeordneten Rücksichten, nach den natürlichen Familien geordnet und durch zwei Register (lateinisch und deutsch) das Auffinden für diejenigen erleichtert, denen die Eintheilung un bequem erscheinen könnte. — Als Anhang sind dreizehn die Abschnitte: „Uebersicht der monatlichen Arbeiten, Anleitung zur zweckmäßigen und geschmackvollen Aufstellung; Verzeichnisse von Pflanzen, die sich zur Anzucht für Blumenhäuser eignen; Verzeichniß von Zierpflanzen“ hinzugefügt.

Bei Ferdinand Hirt in Breslau (Raschmarkt Nr. 47), A. Repler in Ratibor, A. E. Stock in Krotoschin sind zu haben:

Rath und Hülfe für Bruchpatienten

jedes Alters und Geschlechts. Oder: Allgemein faßliche Belehrungen, wodurch sie in den Stand gesetzt werden, nicht nur diese Gebrechen richtig zu erkennen und durch eine passende Behandlung unschädlich zu machen, sondern auch selbst radikal zu heilen, und bei stattdessen der Entleerung durch eigene Hülfe den Bruch bald zurückzubringen und sich so vor den lebensgefährlichen Folgen derselben zu bewahren. Nach eigenen Erfahrungen und mit Benutzung der besten neuesten Schriften über diesen Gegenstand abgefaßt von einem praktischen Arzte. Zweite Auflage. 8. Geh. Preis: 15 Sgr.

Dr. Aug. Schälze:

Die Weintrauben-Kur.

Eine Darstellung der zweckmäßigsten Anwendung und ausgezeichneten Heilwirkungen der Weintrauben gegen viele hartnäckige und langwierige Krankheiten, namentlich: Ruhr, Unterleibschmerzen, Verdauungsfehler, Hämorrhoiden, Milzkrankheiten, Magenkrampf, Magenentzündung, Magensäure, Hypochondrie, Hysterie, allgemeine Krämpfe, Selbstmord, unregelmäßige Leibesöffnung, Schwindel, Podagra, Gicht, Krätze, Herzkrankheiten u. Scharbock. Zweite Auflage. 8. Geh. Preis: 10 Sgr.

Die Krätze in zwei Tagen heilbar.

Oder: Das wahre Wesen der Krätze und die Art ihrer Verbreitung, so wie über die wichtigsten älteren und neueren Heilmethoden derselben, mit besonderer Rücksicht auf die neue englische Behandlungsweise, nach welcher sie in zwei Tagen sicher, leicht und ohne irgend, nachtheilige Folgen geheilt wird. Von Dr. R. P. Haufchild. 8. Geh. Preis: 7 1/2 Sgr.

In Breslau bei Ferdinand Hirt (Raschmarkt Nr. 47), in Liegnitz bei Reissner in Glogau bei Flemming, in Schweidnitz bei Seege ist zu haben:

Dr. Albrecht, (Arzt in Hamburg)

Der Mensch und sein Geschlecht,

oder Belehrungen über die Erzeugung des Menschen, Fortpflanzungstrieb, Befruchtung, Weisheit, Empfängniß, Enthaltbarkeit und Beibehaltung der Kräfte und Gesundheit. — Dritte verbesserte Auflage. Preis 15 Sgr.

Auch in Glogau bei Hirschberg, in Sorau bei Appun und Julien, in Reisse bei Hennings vorrätig.

Neueste Musikalien.

Concone, J. Introduction à l'Art de bien chanter. Elementar-Gesangschule, enth. eine Erläuterung und Begleitung der Grundregeln des Gesanges, Beispiele und Uebungen, Vokalisations-Studien nach Werken Rossini's. 2 Rthl. 10 Sgr.

Evirs, C. Op. 13. Chansons d'Amour p. Piano. Nr. 16. Danemark. 20 Sgr.

Kücken, Fr. Op. 51. Zwei Lieder (Nr. 1. Es liegt der heisse Sommer, Nr. 2. Vöglein im Wald) f. 1 Singst. m. Piano. 20 Sgr.

— Op. 52. (Nr. 1) Lied „Gute Nacht fahr wohl mein treues Herz“ f. Bass (oder Alt) m. Piano. 10 Sgr.

Liszt, F. Fest-Album zu Göthe's 100jährigem Geburtstage. Enthaltend „Festmarsch und Vokalcompositionen.“ Clav.-Ausz. 1 Rthl. 20 Sgr.

Marschner, H. Op. 143. Drei Gedichte (Rose und Rosmarin — Am Thore — Vöglein im Wald) v. N. Vogl. f. 1 Singst. m. Piano. 15 Sgr.

Rosellen, H. Op. 113. Fantaisie brill. sur l'Opéra „le Caid“ de Thomas p. Piano. 25 Sgr.

Strauss, J. Op. 230. Frederica-Polka f. Piano. 5 Sgr.

Voss, C. Op. 100. Fantaisie de Concert sur des Thèmes de l'Opéra „Martha“ de Flotow. p. Piano. 25 Sgr.

F. E. C. Leuckart in Breslau, Kupferschmiedestraße 13.

Aufforderung an alle Bewohner Breslau's.

Zum 15. Oktober d. J. beginnt der Druck des Wohnungs-Anzeigers für 1850, und liegt das Manuscript bis dahin im Wohnungs-Nachweisungs-Komtoir, Ohlauer Straße Nr. 79, zu Herrnmanns Einsicht Behufs Uebersetzung von der richtigen Eintragung bereit. — Zugleich ergeht an alle Einwohner Breslau's die Aufforderung, besonders an alle diejenigen

a) welche im 1849er Jahrgang unrichtig oder gar nicht aufgeführt sind, b) welche noch im Laufe des künftigen Quartals ihre Wohnung wechseln, mit umgehend Vor- und Zuname, Stand und Wohnung anzuzeigen. Kaufleute wollen die Branche des Geschäfts, die Firma und das Geschäftslokal, Aerzte und höhere Staatsbeamte die Sprechstunde hinzufügen. Die General-Aufnahme wird zwar mit der größten Sorgfalt betrieben, einzelne Auslassungen, Namens- oder Standesverfälschungen sind jedoch unvermeidlich, umso mehr, da ein großer Theil der Hauseigentümer, trotz der Aufforderung des Magistrats, die Gewährung der gewünschten Notizen über ihre Miether oft sogar nicht in der feinsten Manier verweigern.

Der Wohnungs-Anzeiger erscheint diesmal pünktlich in den ersten Tagen des Januars im Verlage des Wohnungs-Nachweisungs-Komtoirs.

Pränumerations-Preis 1 Rthl. 5 Sgr.

Subscriptions-Preis 1 Rthl. 10 Sgr.

Es werden nicht mehr Exemplare gedruckt, als bestellt sind, weshalb ich alle darauf Reflektirenden ersuche, ihre Bestellung in dem genannten Komtoir abzugeben, um so bald als möglich die Auflage bestimmen zu können, die bis jetzt nur 10000 betrug.

Höhere Bürgerschule.

Der Unterricht beginnt nicht Montag den 6., sondern erst Mittwoch den 10. Oktb. um 8 Uhr.
Dr. Klette.

Gewerbe-Verein.

Allgemeine Versammlung. Die vom Hr. Dr. Marbach zugesagten Vorträge über die Gewerbe beginnen Montag den 8. Oktb. um 7 Uhr, in der Börse auf dem Hauptplatze.

In der Buchhandlung S. P. Adersholz in Breslau (König- und Stockgassen-Ecke Nr. 53), J. H. Hensel in Leobischütz, F. F. Koblitz in Reichenbach, J. F. Heintzsch in Neustadt und J. B. Pohl in Oppeln zu haben:

Der Allgemeine Volks-Kalender auf das Jahr 1850.

Preis auf fein Velin-Papier in farbigem Umschlag 10 Sgr., mit Papier durchschossen, gebd. 12 Sgr.

Auch dies Mal enthält unser Volks-Kalender eine Reihe sauber ausgeführter Stahlstiche, welche durch die im Buche sich findenden Erzählungen und Gedichte erläutert werden. Den gewöhnlichen chronologisch-astronomischen, roth und schwarz gedruckten monatlichen Nachrichten, der Genealogie der hohen Regentenhäuser, einem vollständigen, nach Monat und Datum geordneten Jahrmärkte-Verzeichnisse, dem Witterungs-Anzeiger des 100-jährigen Kalenders und einem Notizbuche für alle Monate des Jahres, schließt sich dem Allgemeinen Volks-Kalender für 1850 an: Erzählungen, Charakteristiken, Länder- und Völkerkunde, Naturhistorisches, Gemeinnütziges.

Ferner sind für das Jahr 1850 noch erschienen:

Joh. Neubarth's Kalender in 4. Mit einem Stahlstiche: „Der patriotische Pfarrer.“ Geh. 7 1/2 Sgr., durchschossen 10 Sgr., in Pappe gebd. 12 1/2 Sgr.

Der Duodez-Kalender. Geh. 5 Sgr., gebd. mit Papier durchsch. 7 1/2 Sgr.

Der Schreib- oder Termin-Kalender in 12. Gebd. 22 1/2 Sgr.

Der Taschen-Kalender in 24. Mit 8 Lithographien in Fendruck und dazu gehörenden Gedichten. Elegante gebunden. 10 Sgr.

Der große Komtoir-Kalender in Plakatformat. Aufgezogen 5 Sgr.

Der kleine Komtoir-Kalender in quer Folio. Aufgezogen 4 Sgr.

Der kleine Tafel-Kalender. Aufgezogen 5 Sgr.

Der kleine Hand-Kalender. In Futteral 5 Sgr.

Hiermit beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich das Waaren-Lager des Detail-Geschäfts meiner unter der Firma:

C. Magirus und Habicht

bestandenen Papier-, Schreib- und Zeichen-Materialien-Handlung an Herrn

Joh. Urban Kern, Junkernstraße Nr. 7,

käuflich abgetreten habe, und bitte ich meine geehrten Kunden, das mir gütigst geschenkte Vertrauen auf den neuen Besitzer gefälligst übertragen zu wollen.

Breslau, den 1. Oktober 1849.

M. A. Unger.

In Bezug auf obige Anzeige, daß ich die Waarenvorräthe der

Papier-, Schreib- und Zeichen-Materialien-Handlung von C. Magirus und Habicht,

(früher Dhlauerstraße Nr. 83)

unter heutigem Datum durch Kauf erworben habe, erlaube ich mir zu bemerken, daß ich dies Geschäft (bis zur neuen Verlegung in mein neues Lokal am Ringe Nr. 9) vorläufig in meinem jetzigen Buchhandlungs-Geschäfts-Lokal

Junkernstraße Nr. 7,

fortbetreiben, sorgfältig ergänzen und aufs Neueste assortiren werde. Gleichzeitig erlaube ich mir meine reichhaltigen Vorräthe von guten alten Bütten-Schreib-, Zeichen- und Bücher-Papieren, so wie von allen Sorten der neuesten und besten Maschinen-Kanzlei-, Konzept-Schreib- und Druck-Papieren, Schreib-, Zeichen- und Maler-Materialien, französischer Luxus-Papiere, Papeterien, Offenbacher Federwaaren etc. zu zeitgemäßen billigen Preisen zur gefälligen Abnahme zu empfehlen.

Breslau, den 1. Oktober 1849.

Joh. Urban Kern,

vordem C. Magirus u. Habicht, Junkernstr. Nr. 7.

Janus,

Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

Die Gesellschaft versichert unter den liberalsten Bedingungen und zu den billigsten Prämien. Die Versicherten können sich an dem Gewinne der Gesellschaft betheiligen, haben aber Nachschüsse niemals zu leisten. Die Prämien können in vierteljährigen und monatlichen Terminen bezahlt werden. Um Tausend Thaler zu versichern, sind monatlich nur 50 Cent zu entrichten, wenn der Versicherte beim Eintritt alt ist:

35 Jahr: 30 Jahr: 25 Jahr: 40 Jahr: 50 Jahr:
1 Thlr. 20 1/2 Sgr. 1 Thlr. 27 1/2 Sgr. 1 Thlr. 5 1/2 Sgr. 1 Thlr. 16 1/2 Sgr. 3 Thlr. 16 Sgr.

Diese Beiträge bleiben für die ganze Dauer der Versicherung gleich. Krankliche Personen werden gegen entsprechende höhere Prämien ebenfalls aufgenommen. Bei Lebensversicherungen giebt die Gesellschaft nach dem Gesundheitszustande des Eintretenden im Alter von 50 Jahren bis 15 pCt., im Alter von 60 Jahren bis 20 pCt., sofort jährlich vom eingeleigten Kapital. Für die Sicherheit der Gesellschaft bürgen das statuten-gemäße Grundkapital und die Öffentlichkeit der Verwaltung.

Vom 1. Januar bis 1. August d. J. erfolgten 1,253,915 Mark Banco neue Versicherungs-Anträge.

Statuten und Prospekt unentgeltlich bei:

Lübbert & Sohn, B. Voas, A. Geisler, } in Breslau.
Junkernstraße Nr. 2, Büttnerstr. Nr. 3, Schuhbr. Nr. 57,

Louis Kreißler in Liegnitz.

W. A. Ackermann in Namslau.
A. Bacher in Raudten N. Schl.
Sigism. Berliner in Groß-Glogau.
H. Blangner in Briesg.
Heinr. Bräuner in Goldberg.
Dreyschuch, Registrator, in Löwenberg.
C. B. Gerke in Görlitz.
Theodor Glogner in Haynau.
C. Henning in Rothenburg.
J. Hoeniger in Rybnitz.
J. Hoffmann, Kommissionär, in Glog.
E. Junghans sen. in Schweidnitz.
Kuchler, Kammerer, in Nimpsch.
C. Lubowski in Gleiwitz.
G. Matthées in Grünberg.

J. Pappenheim in Tarnowitz.
Pfeffer, Senator, in Suhr.
R. W. Pfänder in Waidenburg.
H. Raymond in Lüben.
L. Raymond in Seidenberg.
L. Sachs jun. in Guttentag.
J. L. Schmal in Vollenhain.
L. Simmel in Neumarkt.
J. S. Teichmann in Neisse.
A. Tschich in Jauer.
Ferd. Warmuth in Steinau a. D.
Weber, Schornsteinfegermstr., in Strehlen.
C. Weinmann in Hirschberg.
Fr. Wm. Weiss in Reichenbach.

Oberschlesische Eisenbahn.

Die vom Januar 1847 bis ult. August 1849 in den Expeditionen der Oberschlesischen Eisenbahn zurückgebliebenen, sowie die vom 1. Juli 1848 bis 31. August 1849 auf der Bahn gefundenen Sachen können bis zum 1. November d. J. von den sich legitimirenden Eigenthümern bei unserer hiesigen Bahnhof-Inspektion in Empfang genommen werden. Nach Ablauf der oben gedachten Frist werden diese Gegenstände zum Besten des Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds meistbietend verkauft werden.

Breslau, den 18. September 1849.

Das Direktorium.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:

1. Herrn Seefelder Gustav Hoffmann, 3te Komp. 11. Regts.,
2. Schuhmachermeister Lehmann,
3. Frau Grilmeier,
4. Herrn Maurermeister Döberich,
5. Frau Destillateur Kästner,
6. Herrn Julius Sturz,
7. Dito Kübler,
8. Holzaußseher,
9. Kaufmann Schiller,
10. Franz Schütz, 1. Komp. 11. Regts.,
11. Studios. jur. Lange,
12. Sidors Frankfurter,

se e n e r:

ein Brief nebst Paket: C. S. an Fräulein

Schlanske in Dels,

ein Brief mit 1 Mr. Kassen-Anw. an Hr.

Carl Glener,

ein Brief mit 3 fl. 9 pf. an Herrn Unter-

offizier Raschke,

ein Brief recommandirt an Herrn Reichsgrafen v. Rostiz auf Gurtau bei Rauden,

können zurückgefordert werden.

Breslau, den 5. Oktober 1849.

Stadt-Post-Expedition.

Vorzellan-Auktion.

Mittwoch den 10. d. Mts. und folgende Tage, Vormittags von 9 Uhr und Nachmittags von 3 Uhr ab, werde ich im alten Rathhause 1 Treppe hoch

eine bedeutende Partie Porzellan

öffentlich versteigern.

Saul, Auktions-Kommissarius.

Anzeige.

In der Vorstadt einer der angenehmsten gelegenen und belebtesten Provinzialstädte Niederschlesiens ist ein erst vor zwei Jahren als Wintergarten neu gegründetes Etablissement (Kaffeehaus mit Restauration verbunden) aus freier Hand zu verkaufen. Es gehören zu diesem Grundstück circa 30 Morgen guten Acker und Wiesen, so wie ein schöner Garten mit Musik-Orchester und circa 3000. Topf-Gewächsen.

Das Etablissement selbst enthält einen herrlichen Saal nebst Billard-Zimmer und den nöthigen Nebenlokalen, welche zusammen 400 bis 500 Personen fassen. Inventarium ist vorhanden.

Darauf Reflektirende belieben sich wegen näherer Auskunft in frankirten Briefen an Herrn Agent A. Thomas in Liegnitz zu wenden.

Snadenfreier Pfeffermünzküchel.

d. Schachtel 5 Sgr.,

Süte wie bekannt, bei:

A. E. Mäthen,

Breslau,

Junkernstraße Nr. 5.

Diese Woche Montag und Dienstag

bleibt das Lichtbilder-Atelier,

Dhlauerstraße Nr. 9 geschlossen.

Gräuleins, im Puzmachen gelübt, finden

dauernde Beschäftigung. Auch werden Mädchen zum Lernen angenommen bei

C. Dutge, Schmiedebrücke 1, 2te Etage.

Meinen geehrten hiesigen und auswärtigen Kunden die ergebene Anzeige, daß ich von

heut ab Junkernstraße Nr. 35 wohne.

S. Mannaberg, Herrenkleiderverfertiger.

Einem hochgeehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich die Bierbrauerei und Ausschank, nebst Restauration und Billard, Herrenstraße Nr. 18, übernommen habe. Für gute warme und kalte Speisen, wie auch Getränke wird bestens gesorgt sein, weshalb um geneigten Zuspruch bitte:

J. G. Hirschberg.

Breslau, den 8. Oktober 1849.

Gute Flügel stehen billig zu verkaufen und

zu verleihen Nikolaisstraße 43, 1 Stiege.

Beste italien. Saiten

empfehle per Post und empfehle billigst

Adolph Langner, vormals Grona.

Zu verkaufen stehen:

1 Mahagony- und 1 Kirschbaum-Eximaur, nebst 2 Mahagony-Spiegeln mit Untersatz, sämmtlich neu, elegant und solide gefertigt, zu sehr billigen Preisen, bei

Lehmann, Schuhbrücke 19.

Meinen hohen und geehrten Kunden zeige

ich hierdurch an, daß ich von jetzt ab Weidenstraße Nr. 26, im Hofe 1 Stiege wohne.

Franz Toepler, Schuhmachermeister.

Ein 7-oktaviger Flügel steht zu verkaufen:

Sandstraße Nr. 7, im Hofe 1 Stiege.

Eine Drehmangel

steht zum Verkauf Klosterstraße Nr. 1 d im

Keller.

Ein großes und ein kleines Gewölbe

nebst Parterre-Wohnung

sind zu vermieten

Neuße Straße Nr. 55/56,

nahe dem Büchertage.

Zur Beachtung.

Ein geräumiges und gut gelegenes Handlungslokal auf einem frequenten Platze, in welchem bis jetzt schon seit 20 Jahren ein Materialgeschäft besteht, ist zu Ostern 1850 zu vermieten. Auch sind gute Keller und Remisen dabei. Das Nähere erfährt man Schweidnitzer Straße Nr. 4, dritte Etage.

Antiquar Ernst

wohnt jetzt Radlergasse Nr. 10 im Stadtrath Zwingerischen Hause.

Franz. od. ital. Conversation u. Grammatik lehrt für sehr mäßiges Honorar A. Maroschetti, Lektor an der königlichen Universität, Schmiedebrücke Nr. 67, dicht am Ringe.

Wer eine der angenehmsten und vortheilhaftesten Gelegenheiten ganz in der Nähe Breslaus erwerben will, der verabsäume nicht, in dem am 19. Oktober d. J. Vormittags 10 Uhr vor dem königl. Kreisgericht zu Breslau anberaumten Auktions-Termine auf die Pölschische Mühlenbesitzung zu Gahitz mitzubieten.

Es bedarf, um dieselbe zu ersteigen, eines disponibeln Kapitals von etwa 3000 Rthl., um dieselbe event. zu pachten, eines disponibeln Kapitals von 1000 Rthl.

Ein im Comptoir, Wein-, Eisen- und Specerei-Geschäft reutirter Commis sucht wo möglich ein baldiges Unterkommen. Näheres ertheilt bereitwilligst Herr Buchhalter Nirdorff, Antonienstraße Nr. 32.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder, eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr. 39.

Ein Uhrmachergehilfe, der auf Spinnweben gut eingearbeitet ist und eigenes Werkzeug hat, findet sogleich eine Stelle bei C. L. Phahlmeyer in Landberg a. d. W.

Alle Gattungen gut gegerbtes Leder,

eigenes Fabrikat, offerirt zu soliden Preisen im Ganzen und im Ausschnitt:

C. J. Zeuner, neue Weltgasse Nr.

Dritte Beilage zu № 234 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 7. Oktober 1849.

Englische Wachs-Garnituren

in dunkelblauen, grünen, rothen und bunt chinesischen Mustern sind in **allergrösster Auswahl** vorrätig.

Durch directe Verbindung mit engl. Fabriken, welche mir ausschliesslich für ganz Deutschland ihre Niederlagen übertragen haben, ist es mir möglich, diese Waschservise in grösster Form, bestehend aus Wasserkanne, Waschbecken, Nachgeschirr, Zahnbürstenbehälter und Seifnapf zu den Preisen von 4, 5 und 6 Rthl. complet zu liefern, auch jedes zerbrochene Stück einzeln nachzugeben. Aufträge von ausserhalb werden in Dutzenden so wie einzeln prompt ausgeführt. Berlin, im October 1849.

Julius Lange,

Markgrafenstrasse Nr. 45, Taubenstrassen-Ecke.

Die Mode-Waaren-Handlung von Wohl und Cohnstadt,

Nikolai-Strasse, im zweiten Gewölbe,

direct neben der Tuchhandlung der Herren Stern u. Weigert, empfiehlt:

- 5/8 breite karrierte Napolitaines, die Elle 4 1/2, 5 und 5 1/2 Sgr.,
- 5/8 breite karrierte Cachemirs, die Elle 7 bis 8 1/2 Sgr.,
- 5/8 breite Cachemirs, reine Wolle, die Elle 15 bis 17 1/2 Sgr.,
- 10/8 breite karrierte rein wollene Mantelstoffe, die Elle 17 1/2 Sgr.,
- Mousseline de laine Roben, à 2, 2 1/2 und 3 Rthl.,
- Schwarze Mailänder Glanz-Taffete, die Elle 14, 15, 16 und 17 1/2 Sgr.,
- Gestreifte und karrierte Seidenzeuge, per Robe von 18 Ellen, 8 Rthl.,
- Kleider-Kattune, die Elle 2, 2 1/2 und 3 Sgr.,
- Schwarze Ramlots, die Elle 6, 7 und 8 Sgr.,
- Schwarze Twilbs, die Elle 7 1/2, 8 und 9 Sgr.,
- Coulurte Twilbs in allen Farben, die Elle 8, 9 und 10 Sgr.,
- Changéant Twilbs, die Elle 9, 10 bis 12 Sgr.,
- 1 1/4 große, rein wollene Umschlag-Lücher, à 1 1/2, 2 und 2 1/2 Rthl.,
- Wollene Doppel-Shawls, à 3 1/2, 4 bis 5 Rthl.

Sämmtliche genannte Artikel sind von guter Qualität und können wir nur durch vorthellhaft gemachte Einkäufe zu obigen Preisen verkaufen.

Wohl u. Cohnstadt, Nikolai-Strasse, im 2. Gewölbe.

Bournusse, Damen-Mäntel, Gardinen und Möbelzeuge, Stickerien, Negligeezeuge, Morgenhauben, Steppdecken, Steppröcke in allen Farben, sind in großer Auswahl vorrätig, und versichern die reellste Bedienung:

Jungmann Gebrüder,

Raschmarktreite Nr. 52, Stockgassen-Ecke.

Am heutigen Tage eröffnen wir auf hiesigem Platze, Dhlauerstrasse Nr. 83, vis-à-vis dem Hotel zum blauen Hirsch

ein Cigarren- und Tabak-Geschäft,

en gros und en détail, unter der Firma:

A. Bial u. Comp.

Neben einer reichhaltigen Auswahl von **Bremer, Hamburger und echten Havanna-Cigarren**, besitzen wir ein großes assortirtes Lager von **in- und ausländischen Blätter-Tabaken**, wie auch Havanna-Seiden-Baste, und sind durch direkte, unter günstigen Umständen persönlich gemachte Einkäufe im Stande, nicht nur sehr convenable Preise zu notiren, sondern auch bei Abnahme von bedeutenden Partien besondere Vortheile zu gewähren.

Wir enthalten uns jeder selbstfuchtigen Anpreisung, versichern nur, daß strenge Reclität uns stets maßgebend sein wird, und daß wir das in uns gesetzte Vertrauen in hohem Grade rechtfertigen werden.

Breslau, den 1. Oktober 1849.

A. Bial u. Comp.

Von der Leipziger Messe

zurückgekehrt, beehre ich mich den Empfang der neuen Waaren ergebenst anzuzeigen, und empfehle einer besondern gütigen Beachtung:

Damen-Mäntel, Bournus und Mantelets, nach den neuesten Pariser Modells, in Atlas, Moire, Taff, Lama, Cachemire, Tartanglacee, Satin laine und anderen neuen Stoffen,

sehr dauerhafte schwarze und bunte **Seidenzeuge**, von 14 Sgr. an, **Cachemire, Tibets**, in dem beliebten Isly grün und andern Farben,

Wollene Changeants, den seidenen täuschend ähnlich, so wie viele andere neue wollene Kleiderstoffe,

Neue Doppel-Shawls und Tücher, in großer Auswahl und zu den billigsten Preisen.

Joseph Prager, Dhlauerstrasse Nr. 8.

Durch Zufall ist es mir gelungen, noch eine große Partie von den sehr beliebten **ächten Breslauer**

Rammwollen

an mich zu kaufen. Ich erlaube mir, diese anerkannt gute **Strumpfwolle**, sowie auch alle anderen Sorten **Schafwolle, Vigogne** und **Baumwolle** in allen Farben und weiß zur geneigten Abnahme bestens zu empfehlen.

J. G. Pasky, Schmiedebrücke Nr. 16, zur Stadt Warschau.

Der Ausverkauf von Mode-Schnittwaaren, Ring Nr. 60, Ecke der Oderstrasse, wird fortgesetzt.

Unser nach den neuesten Fagons reichhaltig assortirtes Lager von

Spiegeln und Möbeln,

in allen Holzarten empfehlen wir einer geneigten Beachtung.

Gebrüder Bauer,

Neue Schweidnitzer Strasse Nr. 1, Stadtgraben Nr. 11.

Porte-voix en miniature.

Kleiner Schall-Leiter oder Gehör-Instrument.

Diese neueste Erfindung besteht in einem kleinen akustischen Instrument, ganz nach dem Ohre gebildet, fast unmerklich, nur ein Centimeter im Durchschnitt, dennoch mächtig auf das mangelhafte Gehörorgan günstig wirkend, so daß durch anhaltendes Tragen bequem an der allgemeinen Unterhaltung wieder Theil zu nehmen ist.

Aufträge werden nach Wunsch ausgeführt, und habe ich Anstalten getroffen, daß einige Instrumente zur Ansicht bereit liegen. Die Preise incl. Porto stellen sich folgendermaßen: Ein Paar in Silber 3 Rthl., vergoldet 4 Rthl. und von Gold 1 Friedrichsd'or. — Seit der kurzen Einführung dieser Schall-Leiter in Schlesien sind mir schon mehrere briefliche und mündliche Anerkennungen von ausgezeichneten Ärzten und Privatpersonen zu Theil geworden, welche zur Durchsicht bereit liegen. Uebri-gens erreichen die Leiter von Silber zu 3 Rthl. dieselbe Wirkung, wie die goldenen zu 1 Friedrichsd'or. — Bei gefälligen auswärtigen Bestellungen ist nicht nöthig, den Betrag einzusenden, sondern kann derselbe durch die königliche Post nachgenom-men werden.

Eduard Groß in Breslau,

am Neumarkt Nr. 42.

Beim Beginne der Brennperiode empfehlen wir den Brennereien u. eine triebkräftige, täglich frisch fabricirte **Preßhese**, und werden **sämmtliche Aufträge durch unsere Haupt-Niederlage bei Herrn W. Schiff in Breslau, Neuschestrasse Nr. 58/59, aufs Beste und Prompteste zum Fabrikpreise ausgeführt.**

Die Preßhesen-Fabrik des Dominiums Giesmannsdorf.

Geschäfts-Anzeige.

Meinen hiesigen und auswärtigen Geschäftsfreunden die ganz ergebene Anzeige, daß ich die von meinem am 27. August d. J. verstorbenen Manne bisher betriebene **Seifensterei- und Lichtfabrik** unter der Firma:

August Julius Reichel

für meine alleinige Rechnung in dem eignen Hause, **Schmiedebrücke Nr. 57**, fortführe, das zweite Verkaufsfokal, **Dhlauerstrasse Nr. 66** dagegen vom **1. Oktober** ab aufhebe.

Indem ich mich meinen sämmtlichen Geschäftsfreunden ergebenst empfehle, bitte ich dieselben, mich mit dem, meinem seel. Ehegatten geschenkten Vertrauen geneigtest beehren zu wollen, welches zu verdienen ich stets bemüht sein werde.

Breslau, den 30. Septbr. 1849.

Pauline Reichel, geb. Wicke, Schmiedebrücke Nr. 57.

Für Destillateure und Branntweinbrenner!

Da ich neben Holzessig auch **Laubholz-Kohlenstaub** fabricire, so ersuche ich die Herren Destillateure und Branntweinbrenner, mich mit Aufträgen zu beehren. Indem ich die reellste und prompteste Bedienung zusichere, bemerke ich noch, daß der **Kohlenstaub** stark, mittel und fein gemahlen und in beliebiger Quantität geliefert wird.

Liebau bei Landeshut.

Jozafz Heinzl, Holzessig-Fabrikant.

Hyacinthen-Zwiebeln,

echte Harlemer, empfehlen laut Katalog:

Ritsche u. Comp., Schuhbrücke Nr. 5.

Breslau, den 2. Oktober 1849.

Vigogne-Jacken, Hosen und Strümpfe,

für Herren und Damen empfiehlt:

Herrmann Littauer,

Nikolai-Strasse Nr. 15, dicht an den drei Königen.

Öfen,

vom feinsten Gießguß, mit **gothischen Verzierungen** und **Figuren**, empfiehlt als eine höchst geschmackvolle, sehr praktische und nur wenig Raum und Brennmaterial erfordernde Sorte von **Heizöfen**:

Melchinger, Mehlgasse Nr. 6.

Landwirthschaftliche Maschinen aller Art, emaillirte Geschirre u. empfiehlt billigst:

Ferd. Nehm, Ritterplaz 1.

Leibbinden von Vigogne

sind in größter Auswahl vorrätig.

Herrmann Littauer,

Nikolai-Strasse Nr. 15, dicht an den drei Königen.

Echte Teltower Rübchen

empfinden gestern und empfehlen:

Karl Straka,

Albrechtstr. 39, der Egl. Bank gegenüber.

Herrmann Straka,

Dorotheens- und Junkernstraßen-Ecke 33.

